

land

Perfekte zweite Welle

Noch gibt es keine Anzeichen für Corona-*Hotspots* in den Schulen. Das könnte sich bald ändern

Le KEP reste le cap

Les assises culturelles se sont tenues en début de semaine. Un exercice difficile sur la forme comme sur le fond

Chaumières et châteaux

Comment la « Steiergerechtheit » fut inventée

Ëm eelef ass Zapestreech

Obwohl sie eine Ausgangssperre verhängen ließ, appelliert die Regierung noch immer an die Corona-Eigenverantwortung der Bevölkerung

SUPPLÉMENT PLACEMENTS

Et maintenant ? Penser l'après

Supplément de huit pages consacré aux placements

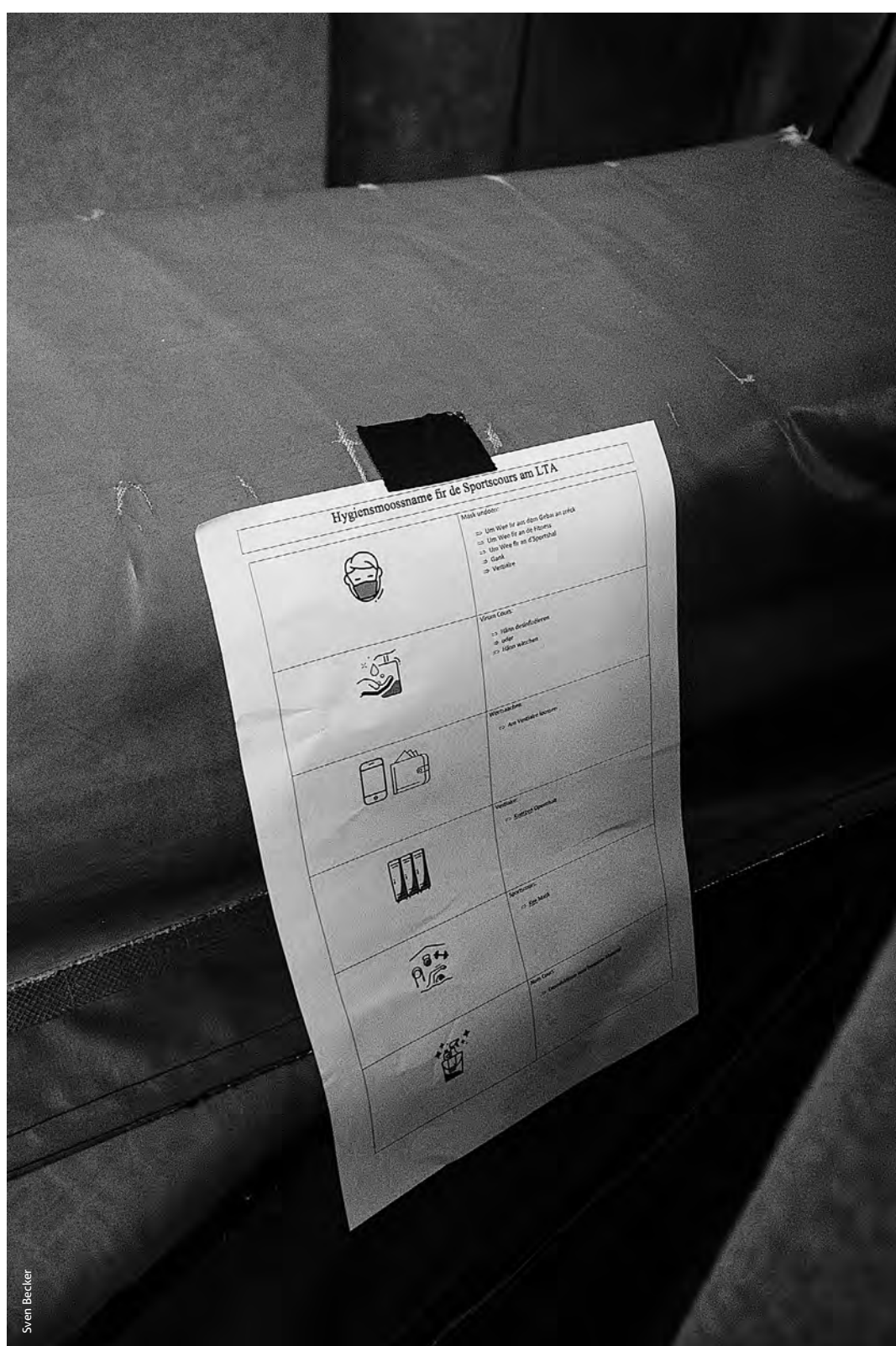
Photo : Sven Becker



Perfekte zweite Welle

Ines Kurschat

Noch gibt es keine Anzeichen für Corona-Hotspots in den Schulen. Damit das so bleibt, muss Bildungsminister Meisch jetzt präventiv handeln



Lehrer-gewerkschaften fordern eine allgemeine Maskenpflicht



Stoppt die Märchenstunde!, lautete der wütende Appell der Lehrgewerkschaft Feduse/CGFP am Sonntag an Erziehungsminister Claude Meisch (DP), er solle endlich eine Maskenpflicht an allen Schulen einführen und über „alternative Unterrichtsmodelle“ nachdenken. Das war ein Tag, nachdem die Regierung angekündigt hatte, angesichts inzwischen exponentiell steigender Neuinfektionen eine Ausgangssperre zu verhängen. Claude Meisch versicherte tags darauf, die Lage an den Schulen sei unter Kontrolle, es bräuchte keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen. Eine Woche zuvor hatte die Grundschullehrergewerkschaft SNE Alarm geschlagen und von „zwölf Prozent Kontaminationen“ im Schulbereich gesprochen, die Schule sei nach dem Familienumfeld die „zweithäufigste Kontaminationsursache“.

Am Montag lieferte der Minister Zahlen, die seiner Meinung nach einer vorsichtigen Herangehensweise recht geben: 290 Schüler seien zwischen dem 17. und dem 23. Oktober positiv auf

Laut Erziehungsminister Claude Meisch gab es seit der Rentrée nur zwei Infektionsketten in Schulen. Transparent nachvollziehen lässt sich das nicht

das Sars-CoV-2 Virus getestet worden, hätten sich aber nicht in der Schule angesteckt. 25 Grundschulklassen und 36 Klassen der Sekundarstufe seien in Quarantäne gesetzt worden. Im selben Zeitraum seien keine neuen Infektionsketten in den Schulen aufgetaucht, betonte der Minister. Die Covid-Koordinationszelle mit 25 Beamten des Erziehungsministeriums und weiteren aus dem Gesundheitsministerium würde jeden Fall einzeln prüfen, beteuerte Meisch gegenüber RTL.

Quarantänebedingte Schließung Die Lage an den Schulen ist gleichwohl angespannt. Von Montag bis Mittwoch hatte die Handelsschule ECG wegen einer positiv getesteten Verwaltungskraft vorübergehend den Betrieb ein- und auf Distanzunterricht umgestellt. Lehrer, die im Büro passiert waren, wurden in Quarantäne, Schüler nachhause geschickt. Dies, so unterstrich der Erste Regierungsrat Lex Folscheid gegenüber *Radio 100,7*, nicht aus sanitären Gründen, sondern aus organisatorischen: Die ECG hatte nicht genügend Per-

sonal, um den Stundenausfall aufzufangen. Mittlerweile wurden alle Lehrer negativ getestet. Aber auch andere Schulen stoßen ans Limit, weil sich mehrere Lehrkräfte in Quarantäne oder Isolation befinden. Um den quarantäne- oder isolationsbedingten Stundenausfall aufzufangen, verabschiedete die DP-LSAP-Grüne-Regierung am Mittwoch ein Gesetz, das eine beschleunigte Rekrutierung von Ersatzlehrern und Aufsichtspersonal ohne *Stage* ermöglichen soll.

Bis Redaktionsschluss blieb es jedoch dabei: Wohl sollen Schulen Anpassungen beim Essen in der Kantine vornehmen, die vergleichbar mit denen im Hotel- und Gaststättengewerbe sind. Künftig dürfen nicht mehr zehn, sondern nur noch vier Personen an einem Tisch sitzen, bei insgesamt 100 maximal. Im Fach Sport sollen nur Gruppen bis zu vier Personen ohne Maske zusammen turnen. Eine Maskenpflicht für alle Schulen aber lehnt Meisch weiterhin ab, die Entscheidung dafür oder dagegen überlässt er den Direktionen.

Keine allgemeine Maskenpflicht Meisch wäre nicht Meisch, würde er nicht ganz genau seine Worte abwägen. Man kann dem Minister manches vorwerfen, aber selten, dass er nicht weiß, was er redet: Der gelernte Mathematiker ist stets über die neusten Zahlen informiert. So konnte er den Einwurf der RTL-Nachrichtensprecherin parieren, die Zahlen der Neuinfektionen in der jüngsten Altersgruppe seien am höchsten: Zwar steigen die Infektionen in allen Altersgruppen, aber die Gruppe der Null- bis 20-Jährigen macht gleichbleibend rund 20 Prozent der Neuinfizierten aus. Wahr ist aber auch, dass sich die Infektionszahlen in der Schule binnen zwei Wochen mehr als verdoppelt haben; das reicht als Nachweis für einen exponentiellen Kurvenverlauf (bisher) nicht aus. Bloß: Wie lange geht das noch gut?

Worauf der Minister nicht eingeht, ist ein Widerspruch in seiner eigenen Argumentation: In der Wochenübersicht steht zwar, dass zwischen 18. und 23. Oktober keine neuen Infektionsket-

ten gemeldet wurden; es gab 81 Fälle, bei denen der Ansteckungsweg nicht eindeutig bestimmt werden konnte, aber angenommen wird, dass die Quelle außerhalb der Schule liege. Bei rund einem Drittel der positiv Getesteten ist demnach nicht geklärt, wo sie sich angesteckt haben.

Das deckt sich mit der Aussage von Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP), die am Montagabend auf einer dringlich einberufenen Pressekonferenz erneut unterstrich, bei rund der Hälfte der Fälle lasse sich der Übertragungsweg nicht mehr eindeutig klären. Mit dem Widerspruch konfrontiert, weicht Meisch, der Lenerts Pressekonferenz mit einem Interview im *RTL-Journal* zuvorkam (was erneut kein gutes Bild über die Abstimmung und Kommunikation beider Ministerien abgibt), aus: Ihm zufolge arbeiten die Beamten in der Koordinationszelle eben besonders effizient. Diese Argumentation weckt Erinnerungen: Im Sommer hatte Meisch mit Gesundheitsministerin Lenert öffentlich per Kommunikée über die Definitionen von „Cluster“ und „Infektionsherd“ im schulischen Kontext gestritten.

Offiziell zwei Infektionsketten Infektionsketten sind mehrere zusammenhängende Covid-19-positive Fälle. Eine Schülerin oder ein Lehrer muss nachweislich mehrere Schüler oder Kollegen mit dem Virus angesteckt haben. Das gab es laut Bildungsministeriums seit der *Rentrée* nur zweimal, mit einem Total von acht Personen. Um das mit Bestimmtheit sagen zu können, müssen *Tracing*-Verantwortliche genau ermitteln, wo sich die Person angesteckt hat und ob und wie sie das Virus weitergereicht hat. Das Unterfangen wird erschwert, weil wegen der Inkubationszeit Ansteckungen mit einigen Tagen Verspätung auftreten: Dem *Land* wurde von Fällen berichtet, wonach in einer Klasse zunächst ein Kind Covid-19 positiv getestet wurde, knapp eine Woche darauf das nächste und dann noch eins.

Direktionen, die dem Ministerium Fälle melden, haben selten Informationen über den konkreten Übertragungsweg. Es obliegt den Kräften des *Contact-Tracing* dem nachzugehen. Eine Covid-19-positive Schülerin kann einen Mitschüler im Unterricht angesteckt haben; er könnte sich das Virus aber auch auf dem Pausenhof, im Verein, im Bus oder in der *Maison relais* eingefangen haben. Weil im ministeriellen Bericht Angaben zu Cluster-Bildungen, nach Schulen und Klassen aufgeschlüsselt, fehlen, ist es für Außenstehende schwierig, sich ein Bild zu machen: Die Wochenübersicht enthält lediglich absolute Zahlen und nur die allernötigsten. Die Positiv-Fälle aus den *Maisons relais* und *Crèches* fehlen, ebenso Angaben darüber, wie viele Schüler und Lehrer im jeweiligen Zeitraum insgesamt getestet wurden. *Land*-Informationen nach wurden seit der *Rentrée* 35 Kinder und 102 Erwachsene aus Betreuungseinrichtungen positiv auf das Virus getestet.

Lückenhafte Infos Um mögliche *Superspreader* zu entdecken, zählt jede Information. Virologen gehen davon aus, dass Erwachsene das Virus häufiger übertragen als Kinder. Die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts vom 12. Oktober zu *Präventionsmaßnahmen in den Schulen* halten fest, dass „Kinder und jüngere Jugendliche seltener betroffen sind als Erwachsene und nicht Treiber der Pandemie“ seien. Das deckt sich mit Beobachtungen von Gesundheits- und Erziehungsministerium mit Forschern der Research Taskforce, die im August veröffentlicht wurden.

Um eine Kette zu konstatieren, müsste ein Covid-19-Positiver zweifelsfrei mehrere, Meisch spricht von „drei bis fünf“, weitere Personen in der Schule angesteckt haben. Vier Positive in ein- und derselben Klasse reichen nicht aus. Ist ein Fall nicht eindeutig zuzuordnen, landet er in der Kategorie 2. Hier kommen zwei weitere Faktoren ins Spiel: Um die Ansteckungsweise präzise zu bestimmen, benötigt das *Tracing*-Team ausreichend Ressourcen. Die Gesundheitsministerin hat inzwischen eingeräumt, dass die *Tracing*-Kapazitäten an Grenzen stoßen; inzwischen werden Mitarbeiter von Luxair und vom Militär rekrutiert, um die Engpässe aufzufangen.



Bei rund der Hälfte der Covid-19-Fälle können die

Mitarbeiter des Contact-Tracing keine Quelle mehr ausmachen

„Fighting a pandemic requires trust.“
Erziehungsminister Claude Meisch (DP) ist dabei, wichtiges Vertrauen zu verspielen

Eltern und Lehrern zufolge gestaltet sich die Kommunikation rund um die Spurensuche und Quarantänemaßnahmen zudem alles andere als einfach und kohärent, im Gegenteil: Zwar haben die meisten Schulen eine Covid-Zelle, die bei einem Covid-Verdachtsfall Daten dazu sammelt, mit welchen anderen Menschen diese Person in Kontakt gekommen ist. Oft sind es Lehrbeauftragte oder Erzieher aus dem schulpseudologischen Dienst, die diese Aufgabe zusätzlich zu ihrer eigentlichen Arbeit übernehmen. „Unsere Leute machen derzeit nicht anderes mehr“, sagt Jean-Paul Lenertz, Direktor des Lycée technique du Centre, und seine Schule ist nicht die einzige. Alle Daten werden in einer Excel-Tabelle zentral erfasst und an die Schul- oder Regionaldirektion weitergegeben, die wiederum die Informationen ans Gesundheitsministerium weiterreicht.

Der Minister beteuert unverdrossen, das System funktioniere gut, doch Eltern und Lehrer berichten von um mehrere Tage verspäteten Testergebnissen und gravierenden Lücken im Kommunikationsablauf. Ein Vater eines Kindes, in dessen Klasse in Esch ein Mitschüler positiv getestet wurde, informierte die *Maison relais*; sein Sohn war derweil in Quarantäne. Doch das Attest für einen Covid-Test erhielt er nie. Eine Mutter, deren Tochter in einer Klasse war, wo ein Schüler positiv getestet und deshalb in Quarantäne geschickt worden war, wartete drei Tage auf das Ergebnis und musste die Betreuung selbst organisieren.

Fehler tauchen offenbar vor allem da auf, wo andere Zuständigkeiten greifen, etwa zwischen der

Schule und der außerschulischen Betreuung im Rahmen der *Maisons relais*. Die Regionaldirektion Differdingen sucht deshalb verstärkt das Gespräch mit den Trägern: „Wir haben Glück, denn wir haben einen einzigen Träger, die Gemeinde. Das ist in anderen Bezirken anders“, sagt Regionaldirektor Marc Bodson. Um Reibungs- und Zeitverluste zu vermeiden, schlägt er vor, die Regionaldirektionen mögen Attests zum Testen an die Eltern nachhause schicken; das ist bisher der Gesundheitsbehörde vorbehalten.

Kinder meist asymptomatisch Es gibt ein anderes grundsätzliches Problem: Viele Kinder, die Covid positiv sind, zeigen kaum bis gar keine Symptome. Ihre Ansteckung fällt nur auf, wenn andere um sie herum krank werden oder sie im Rahmen eines Tests entdeckt werden. Bleibt der aus, können sie, quasi unterm Radar, zumindest eine Zeit lang das Virus weitergeben. Minister Claude Meisch zufolge fallen solche Fälle spätestens eine Woche darauf auf. Das ist aber gar nicht so sicher.

Wie hoch die Dunkelziffer unentdeckter Covid-19-Positiver ist, weiß derzeit niemand. Das ließe sich durch verstärktes gezieltes Testen ermitteln, doch wer sich in den sozialen Netzwerken umhört, findet viele Lehrer und Schüler, die berichten, im Gegensatz zum Schulstart, als sie zu Gratestests aufgefordert wurden, seitdem keine solchen Einladungen zum Testen mehr bekommen zu haben. Minister Mensch sagte, gezieltes *Large-Scale-Testing* sei da sinnvoll, wo das Virus präsent sein; das sei in der Schule aber nicht der Fall. So beißt sich die Katze in den Schwanz.

Diese Argumentation dreht sich nicht nur im Kreis, sie widerspricht zudem dem Präventionsgedanken: Zwar gibt es Grund zur Annahme, dass die Schutzmaßnahmen in der Schule besser sind und strenger überwacht werden, als in der Freizeit. Das ist aber keine Garantie dafür, dass Schulen per se von einem exponentiell wachsenden Infektionsgeschehen verschont bleiben. Der Minister weiß das: „Ich weiß auch, dass es nicht so bleiben wird“, sagte er im *RTL-Journal*. Antizipieren heißt genau das: auf die Bremse treten, riskante Situationen in der Schule verringern und die Teststrategie anzupassen, damit Infektionsketten frühzeitig entdeckt und unterbrochen werden und so ein exponentieller Kurvenverlauf doch noch verhindert wird.

Das wünschen sich jedenfalls Lehrer und Direktionen, mit denen das *Land* gesprochen hat.

„Mehr zu testen, könnte die Gemüter beruhigen“, sagt Marc Bodson. Sofern es nicht zu mehr entdeckten Fällen in den Schulen führt. Dasselbe gilt übrigens für eine freiwillige *Tracing-App* zur Kontaktverfolgung, gegen deren Einführung sich die Regierung weiterhin sperrt. Abgesehen von Datenschutzproblemen, könnte sie helfen, ein besseres Bild über die Verbreitung des Virus zu geben.

„Fighting a pandemic requires trust“, schrieb das Politik-Magazin *Foreign Affairs* kürzlich und der CSV-Politiker Claude Wiseler stieß Anfang der Woche ins selbe Horn. Seine Partei hinterlegte am Mittwoch eine Motion mit 13 konkreten Maßnahmen, um die Virusverbreitung in den Schulen einzudämmen, darunter eine obligatorische Maskenpflicht, aber auch regelmäßiges Fiebermessen am Schuleingang, die Verringerung der Schülerzahlen durch A- und B-Gruppen und verstärkten Einsatz von *Homeschooling*.

Schwindendes Vertrauen Minister Meisch aber spielt auf Zeit und läuft so Gefahr, Vertrauen zu verspielen und das der Gesundheitsministerin gleich mit. Immer mehr Lehrer und Schüler sind tief verunsichert und erleben das Infektionsgeschehen und die Kommunikation vor Ort diametral anders als der Minister und seine Beamten mit ihren Beschwichtigungen. Die Kritik am Krisenmanagement in den Schulen wächst: Erst der Brandbrief der Feduse, am Mittwoch erneuerte das SEW/OGBL seine Forderungen, die Zahl der Schüler in den Schulen durch alternative Unterrichtsmodelle zu verringern. Das ist nur die Spitze eines wachsenden Unverständnisses, das seit Tagen durch die sozialen Netzwerke wabert.

Denn wenngleich Claude Meisch stoisch seinen Kurs fährt, deutet er in Nebensätzen immer wieder an, dass er durchaus um die Volatilität des Infektionsgeschehens weiß. Gesundheitsministerin Paulette Lenert hatte anhand von vergangenen Infektionszahlen demonstriert, wie schnell sich das Krisenszenario zuspitzen kann. – genau das ist die bittere Lektion, die gerade Länder überall in Europa lernen.

„Wir sagen ja nicht, dass eine Infektion unmöglich ist“, hatte Meisch im *Journal* eingeräumt. Um kurz darauf mit demselben Selbstbewusstsein zu behaupten, es lägen keine Indikationen vor, dass sich Schüler in Bussen anstecken. Er will mit einer Analyse klären, ob dem so ist. Wer einmal in einem solchen Bus mitgefahren ist, kann an-

gesichts solcher Behauptungen nur den Kopf schütteln: Schüler sitzen dort oft länger als 20 Minuten zusammengepfercht, oft ist die Maske verrutscht, wenn sie überhaupt auf Mund und Nase und nicht am Kinn getragen wird. Ständig steigen Leute ein und aus. Dass die Enge in den Verkehrsmitteln ein Einfallstor für das Virus sein könnte, vermuten Schulleitungen seit langem und das hält auch der Wissenschaftler Alexander Skupin von der Taskforce Research nicht für ausgeschlossen. Die Taktung der Busse und Züge zu erhöhen oder die Zahl der Schüler zu reduzieren, lehnt Meisch aber ebenso ab, wie die Allerheiligen-Ferien zu verlängern.

Auf eigenes Risiko Schulen bereiten sich derweil unter Hochdruck vor, um dem coronabedingten Lehrer- und Schülerausfall zu begegnen – dann eben in Eigeninitiative. Einigen war die Entscheidungsfreiheit von Anfang an nicht geheuer und sie hatten direkt zu Schulbeginn auf eine Maskenpflicht gesetzt, einzige Ausnahme waren die Prüfungen. Jetzt gehen einige Lyzeen wie das Lycée Aline Mayrisch dazu über, auch da einen Mund- und Nase-Schutz vorzuschreiben.

Lehrer lüften mehrmals am Tag, oft zweimal in einer Unterrichtsstunde. Manche haben CO₂-Ampeln im Klassensaal aufgestellt, die anzeigen, wenn ein bestimmter Kohlenstoffdioxid-Wert erreicht wird und gelüftet werden muss. Die Angst vor einer Übertragung über die Atemluft ist nicht unbegründet: In Florida fanden Forscher in Aerosolen Sars-CoV-2-Viren, die sich vermehren können. Sie untersuchten dafür in einem Abstand von zwei und fünf Metern die Luft im Krankenhauszimmer zweier Covid-19-Patienten und konnten Sars-CoV-2 isolieren. Dies führten sie einer Zellkultur zu, worauf das Virus lebende Zellen infizierte und sich vermehrte. Ein Beweis, dass die *Six-Feet*-Regel ohne Maske, der Sicherheitsabstand von zwei Metern, nicht Schutz genug vor einer Infektion ist.

Marcel Kramer, Direktor am Diekircher Lyzeum, überlegt deshalb, außerschulische Aktivitäten auszusetzen: „Wir brauchen jede Person und wollen unsere Kräfte so bündeln, dass der Hauptunterricht gewährleistet werden kann“, sagte er dem *Land*. Kramer, der im Rahmen eines Statistikprojekts intensiv das Infektionsgeschehen analysiert, macht sich auf das Schlimmste gefasst: Seine Team spielt Szenarien durch, wie Schüler einer Jahrgangsstufe tageweise in der Schule und an anderen Tagen zuhause unterrichtet werden. Von A- und B-Gruppen hält er wegen der Doppelbelastung nicht viel. Kramer schlägt überdies vor, einen landesweit gültigen Schwellenwert festzulegen, etwa die Schülerzahlen in den Schulen um 20 Prozent zu reduzieren: „So kann man die lokalen Gegebenheiten einer Schule berücksichtigen, trotzdem die Schülerzahlen senken und den Lauf der Infektionen bremsen“, meint er.

Nahezu alle Schulen haben ihre Online-Plattformen verstärkt, sollte der Lehrermangel nach den Ferien anhalten und Schulen doch stärker auf das *Homeschooling* zurückgreifen müssen. Lehrgewerkschaften sprechen empört von „delegierter Verantwortung“. Eine Direktion erzählte dem *Land*, dass aufgrund der Covid-Krisenkommunikation „kein Wochenende ohne Notanrufe vergeht“. Von einem normalen Schullalltag kann keine Rede mehr sein. Lehrer wechseln sich ab, wenn wieder ein Kollege in Quarantäne muss, Krisensitzung folgt auf Krisensitzung und Lehrer und Direktionen grübeln gemeinsam, wie sie den Unterrichtsausfall eindämmen können.

Einen kompletten *Lockdown* auch der Schulen, das scheint, von vereinzelt Ruf abgesehen, der allgemeine Konsens zu sein, will von den Schulakteuren niemand. Schon wegen der sich immer weiter öffnenden Schere in punkto Bildungsgerechtigkeit. Aber auch weil der digitale Fernunterricht den direkten Kontakt zwischen Lehrer und Schüler nicht ersetzt und zudem mit viel Mühe und Unwägbarkeiten versehen ist. Immerhin in dem Punkt sind sich Schulen, Gewerkschaften und Ministerium einig. ●





Terrains



Appartements



Maisons

CREATE YOUR HOME



A.E. 001970680

Découvrez nos projets sur: [arend-fischbach.lu](https://www.arend-fischbach.lu)

AREND & FISCHBACH
PROMOTION IMMOBILIÈRE

LEITARTIKEL

Wie der DP-Staat entsteht

Ines Kurschat

Nicht heimlich, aber still und leise während der Sommerferien inmitten der Corona-Krise hinterlegte Erziehungsminister Claude Meisch im August und September im Parlament gleich zwei Gesetzesvorhaben, die einen Paradigmenwechsel in der Luxemburger Bildungslandschaft darstellen: Künftig sollen Leitungen für spezialisierte Lyzeen wie die Erzieherschule in Mersch, die Hotelschule in Diekirch oder die Landwirtschaftsschule in Ettelbrück nicht mehr nur von höheren Beamt/innen besetzt werden können, die mindestens fünf Jahre Unterrichtserfahrung im hiesigen Schulsystem haben und alle drei Amtssprachen beherrschen, sondern auch von Bewerber/innen aus der Privatwirtschaft, die nicht alle drei Amtssprachen beherrschen.

Damit nicht genug: Der Motivenbericht behält sich vor, dieses Modell auf weitere Sekundarschulen auszudehnen. Auch die Litungen der Bildungseinrichtungen Service de Coordination de la Recherche et de l’Innovation pédagogiques et technologiques (Script), des Lehrerweiterbildungsinstituts (Ifen) sowie des Centre de gestion informatique de l’éducation (CGIE) auf dem Campus in Walferdingen sollen künftig nicht mehr höheren Beamt/innen vorbehalten sein. Meisch begründet die geplante Gesetzesänderung damit, es sei immer schwieriger, Kandidat/innen für derartige Leitungsposten zu finden, allerdings legte er dafür keine Beweise vor und wird dieses Motiv von Direktoren bezweifelt.

Die Reform sorgt für Empörung, und zwar nicht nur bei der Staatsbeamtenkammer, die darin vor allem eine Attacke auf die höhere Beamtenlaufbahn und die luxemburgische Dreisprachigkeit sieht. An den betroffenen Schulen rumort es ebenfalls, denn wie so oft in der Vergangenheit, hat Claude Meisch es versäumt, diese Kursänderung genauer mit den Direktionen abzusprechen. Die Argumente, die die Lehrgewerkschaft Feduse gegen die Öffnung insbesondere der Sekundarschulen vorbringt, sind nicht nur korporatistischer Natur, wo Lehrer sich um Aufstiegschancen beraubt sehen. Sie sind auch fachliche: Kandidat/innen müssten das Bildungssystem kennen und pädagogisches Know-how besitzen, denn sie bewerten in den Examenjurys und sitzen dem *Conseil d’éducation* vor, schreibt die Feduse in ihrem Gutachten, und sie warnt vor Nepotismus, also Vetternwirtschaft.

In der Tat gehen Gerüchte um, denen zufolge Minister Meisch die Reform anstrebe, um einigen Beamt/innen das Karriereende mit einem prestigiosen Posten zu versüßen. Belege dafür gibt es bislang aber keine. An der Merscher Erzieherschule soll Direktor Henri Welschbillig demnächst in Rente gehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Minister ihm gefällige Leute an die Spitze wichtiger Einrichtungen holt. Erst kürzlich sorgte Meischs liberaler Parteikollege, Finanzminister Pierre Gramegna, für Schlagzeilen mit einer überraschenden Gesetzesänderung, die es laut Online-Magazin *Reporter* dem ABL-Direktor Yves Maas erlauben soll, neben der Führung der Bankenvereinigung seinen Posten als Geschäftsführer von Crédit Suisse zu behalten; zwei Posten, die wegen möglicher Interessenkonflikte eigentlich als unvereinbar gelten.

Noch bemerkenswerter ist, dass Meisch mit der geplanten Reform seinen Umbau des Luxemburger Bildungswesen konsequent fortsetzt und ihm dabei kaum politischer Gegenwind entgegenbläst. Denn nach der Lehrerausbildung, die er für Quereinsteiger/innen geöffnet hat, scheinen mit den Direktionen weitere Karrierewege verloren zu gehen, die vorher dreisprachig ausgebildeten Staatsbeamten vorbehalten waren und künftig Kandidat/innen aus der Privatwirtschaft offen stehen. Vermutlich ist die Opposition wegen Coronavirus und Sommerpause vom Projekt überrascht worden. Auf *Land*-Nachfrage zweifelte Martine Hansen, CSV-Fraktionschefin und schulpolitische Sprecherin, die Notwendigkeit der Reform an. Ihr Gegenvorschlag: Lieber sollte die Attraktivität dieser Führungspositionen verbessert werden. Dass die Direktionen zudem bei für sie so wichtigen Entscheidungen respektlos umgangen werden, fördert die Attraktivität sicherlich nicht.

LANDESPLANUNG

Imagination für 2050

François Bausch hatte es in der vorigen Legislaturperiode „Lëtzebuerg zesummen entwéckelen“ genannt. Damit sollte den Bürger/innen die Angst vor dem 1,1-Millionen-Einwohnerstaat genommen werden und der Landesplanungsminister als fähiger Wachstumsmanager erscheinen. Sein Parteikollege und Nachfolger Claude Turmes macht unter dem Titel „Luxembourg in Transition“ weiter. Wie Bausch will auch er ein neues *Programme directeur* für die Raumplanung ausarbeiten lassen; das aktuelle datiert von 2003. Aber während Bausch erarbeiten lassen wollte, wie Luxemburg bis 2030 in drei Agglomerationen „koordiniert“ wachsen soll, peilt Turmes in zwei Szenarien 2030 und 2050 an. Er will auch die bis 2050 in der EU angestrebte Klimaneutralität planerisch fassen und obendrein grenzüberschreitend denken, denn seit 2008 betrachten Wissenschaftler von Uni und Liser Luxemburg als eine „Metropolitanregion“ mit über eine Million Einwohnern. Am Montag startete Turmes das Vorhaben mit einer Pressekonferenz. Aber obwohl dem Projekt ein interministerielles Komitee vorsteht, das sich auf einen wissenschaftlichen Beirat stützen soll, bleibt zu fürchten, dass die bis Ende 2021 veranschlagte Übung nicht weit führt. Tangiert sie doch Interessen von Grundbesitzern, von Gemeinden mit Autonomie und Planungshoheit sowie nun obendrein Gebiete im Ausland, die politisch bald mehr, bald weniger selber entscheiden dürfen. Zum Glück gab 2018 der Gesetzgeber dem Staatsrat nach, der bei der Reform des Landesplanungsgesetzes verlangte, das *Programme directeur* dürfe keinerlei verbindlichen Charakter für kommunale Flächennutzungspläne (PAG) mehr haben (Foto: sb). pf

P E R S O N A L I E

Miguel Vicente Núñez,

Präsident der EU-Beamten-gewerkschaft Union Syndicale Luxembourg (USL), hat in einer Anfang der Woche verbreiteten Erklärung verlangt, kurzfristig die Kaufkraft der hier tätigen EU-Beamten zu erhöhen. Deren Gehälter hängen unter anderem von einem „Korrekturfaktor“ ab. Er ist in den europäischen Hauptstädten bald höher, bald niedriger; in Luxemburg ist er so hoch wie in Brüssel (nämlich 1). Laut EU-Statistikamt Eurostat aber habe der Kaufkraftverlust zuungunsten Luxemburgs gegenüber Brüssel sich von 5,7 Prozent im Jahr 2006 auf 20 Prozent dieses Jahr erhöht, so Núñez. Nicht von ungefähr wohne jeder dritte hier tätige Beamte in einem der Nachbarländer, wo Wohnungen preiswerter sind. Die Folge seien zunehmende Rekrutierungsschwierigkeiten der hier ansässigen EU-Institutionen und Verlagerungen von Dienststellen nach Brüssel. pf

Blog



Anne-Marie Hanff,

Präsidentin des Verbands der Krankenpfleger/innen (Anil), hat im Namen des Vorstands ihrer Organisation einen Offenen Brief an Premier Xavier Bettel (DP) geschickt. Darin hält die Anil-Spitze ihm vor, Mitte des Monats in seiner Erklärung zur Lage der Nation „mit keinem Wort gewürdigt“ zu haben, welchen Herausforderungen der Pfleger/innenberuf in der ersten Covid-Welle gegenüberstand, und ebenfalls unerwähnt gelassen zu haben, wie „lang überfällig Reformen unseres Gesundheits- und Pflegesystems“ seien. In der aktuellen Lage fordert die Anil ein für sämtliche Alten- und Pflegeheime gültiges Schutzkonzept: In der ersten Welle sei „die Verantwortung auf die einzelnen Direktionen abgewälzt, die Betroffenen, ihre Familien und das Pflegepersonal im Stich gelassen“ worden. pf

P O L I T I K

Der Preis des CO₂

Ein Verordnungsentwurf des Finanzministeriums präzisiert sämtliche Bestimmungen, die über das Staatshaushaltsgesetz 2021 das Steuersystem abändern sollen. Unter anderem werden darin die CO₂-Steuern für jedes Energieprodukt aufgelistet, auf das ab 1. Januar 20 Euro pro Tonne CO₂-Anteil erhoben werden. Demnach wird die Steuer für bleifreies Benzin 69,22 Euro pro tausend Liter betragen, für verbleites 68,24 Euro. Auf tausend Liter Diesel, der als Kraftstoff benutzt wird, werden 84,42 Euro fällig, bei industrieller Nutzung 49,42 Euro und bei Nutzung als Brennstoff 53,55 Euro. Auf Leuchtpetroleum stehen 48,51 Euro pro tausend Liter im Text. Auf Schweröl soll die Steuer bei 61,92 Euro auf tausend Kilogramm liegen, auf Flüssiggas bei 59,99 Euro auf tausend Kilo. Erdgas gleich welcher Nutzung und bei gleich welchem

Verbrauch wird mit vier Euro pro Megawattstunde besteuert. An den Steuersätzen fällt vor allem auf, dass der Liter Diesel stärker besteuert wird als der Liter Benzin. Physikalisch ist das völlig einleuchtend wegen der höheren Energiedichte pro Dieselvolumen. Politisch ist es bemerkenswert, weil damit die steuerliche Besserstellung von Diesel ein Stück reduziert wird. Weil die CO₂-Steuer eine Akzise ist, die vor der Mehrwertsteuer erhoben wird, müssen die genannten Steuersätze noch mit 1,17 multipliziert werden, um den CO₂-Preis insgesamt zu erhalten. pf

Nicht untersuchen

Einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss über das Luxeosys-Satellitenprojekt wird es nicht geben. Die Koalitionsmehrheit sieht darin keinen Nutzen: Da der frühere Verteidigungsminister Etienne Schneider (LSAP) nicht mehr im Amt ist, könne er auch keine politische Verantwortung übernehmen. Die CSV beklagte diese Entscheidung weniger als die kleineren Oppositionsparteien; die Affäre um den Satelliten kann ihr womöglich noch als politischer Hebel gegenüber dem aktuellen Verteidigungsminister nützlich sein. Der ADR-Abgeordnete Fernand Kartheiser hingegen nutzte die Gelegenheit, um seine *Sensibilité politique* als Bewahrerin der Demokratie zu inszenieren: Der Verzicht auf einen Untersuchungsausschuss komme einem Versagen der Institutionen gleich. pf

T R A N S P O R T

Lange Fahrten

2019 dauerte für 36 Prozent der in Luxemburg Berufstätigen der Weg zur Arbeit 30 Minuten oder länger. Laut Eurostat ist das im Vergleich der EU-Staaten der zweithöchste Anteil nach Lettland (38 Prozent). Rund

20 Prozent waren zwischen 45 und 59 Minuten unterwegs, zehn Prozent länger als eine Stunde. Eurostat unterstreicht, die Bilanz gebe die Situation „vor Corona“ wieder, denn für dieses Jahr werden die Fahrzeiten wegen der verbreiteten Heimarbeit im Schnitt sinken. pf

S O Z I A L E S

Sozialversicherung

Beim „Tiers payant social“ bezahlt die CNS die Arztrechnung eines Versicherten komplett, aber nur für Personen in einer „situation d’indigence“, die das Sozialamt bescheinigt. In Anspruch genommen wird der soziale Drittzahler immer öfter: Laut dem diese Woche veröffentlichten Jahresbericht 2019 der CNS wurden von ihr im vergangenen Jahr 54 694 Rechnungen im „Tiers payant social verarbeitet“. 2015 waren es 24 819. Weiter zugenommen hat auch die Zahl der von der CNS an Krankenversicherte ausgestellten Schecks: von 251 404 im Jahr 2018 auf 258 513 im vergangenen Jahr. Im Schnitt wurden Schecks über 247,30 Euro ausgegeben, 30 Cent weniger als 2018. pf

60 Stunden die Woche

In „essentiellen Branchen“ kann wegen der Pandemie die Arbeitszeit auf Antrag beim Arbeitsminister auf bis zu zwölf Stunden täglich, beziehungsweise 60 Stunden die Woche erhöht werden. Die Änderung am *Code du travail* wurde am Mittwoch vom Parlament verabschiedet und gilt bis Ende des Jahres. LSAP-Arbeitsminister Dan Kersch nannte sie „präventiv für den Fall, dass die Situation sich verschärft“.

Wanteraktion früher

Um Obdachlose während der seit heute Nacht geltenden Ausgangssperre nicht in unmögliche Situationen zu bringen, lässt

das Familienministerium die Schlafsäle für Obdachlose im Rahmen der *Wanteraktioun* von Caritas und Croix-rouge nicht erst am 1. Dezember, sondern schon kommenden Montag öffnen. Die Präsidentin der Hilfsorganisation Stëmm vun der Strooss, Alexandra Oxaceley, hatte am Mittwoch Alarm geschlagen. In den bis Montag verbleibenden Tagen sollen Obdachlose von der Polizei nicht belangt werden, falls sie nachts auf der Straße sind. Familienministerin Corinne Cahen (DP) erklärte dem *Land*, sich mit Polizeiminister Henri Kox (Grüne) darauf verständigt zu haben. „Auch wenn die Schlafsäle der *Wanteraktioun* geöffnet sind, werden nicht alle Obdachlosen sie nutzen“, so Cahen. Die Polizei werde aber „nicht denen in die Tasche greifen, die sowieso schon nichts haben“. pf

G E S U N D H E I T

Kein Covid-Spital

Der Ärzterverband AMMD beklagt, „bestimmte Spitäler“ seien nicht bereit für eine „Konzentration“ der Covid-Behandlungen. Seit Mai tritt die AMMD für ein spezialisiertes Covid-Spital ein: Dadurch könnten in den anderen Häusern die Aktivitäten wie gewohnt weitergehen. Nicht-Covid-Patienten würden versorgt wie gehabt, Ärzte könnten dafür Leistungen abrechnen wie gehabt. *Land*-Informationen nach soll die Schuman-Krankenhausgruppe unlängst erneut die Escher Clinique Sainte-Marie als Covid-Spital vorgeschlagen haben. Schuman-Generaldirektor Claude Schummer dementierte das nicht, sagte aber, die nationale Krisenzelle halte die Infrastruktur der Escher Klinik für unzureichend. Vor allem CHL-Direktor Romain Nati sah die Spezialklinik-Idee bisher kritisch: Ärzte und Pfleger, die ohnehin knapp sind, könne man nicht an eine Extra-Klinik abstellen. Worauf die AMMD nun verlangt, dass alle Spitäler „ihre Organigramme“ veröffentlichen“. pf

Le KEP reste le cap

France Clarinval

Les troisièmes assises culturelles se sont tenues lundi. Un exercice difficile dans la forme comme dans le fond



Sur la scène de la Philharmonie, le débat bat son plein

À Bruxelles, les théâtres, les musées et les salles de concert ont à nouveau fermé leurs portes, au moins pour un mois. À Paris et dans de nombreuses villes de France, les programmeurs s'écroulent à trouver des astuces pour faire venir leur public assez tôt, avant le couvre-feu de 21 heures. Et au Luxembourg ? Il serait illusoire de penser que la nouvelle vague d'infections au Covid-19 ne touche pas le secteur de la culture. Si, pour l'heure, le couvre-feu de 23 heures ne devrait pas trop perturber les spectacles, la jauge de cent personnes par salle va affecter plusieurs institutions qui se réjouissaient de revoir leur spectateurs (masqués) remplir leurs rangs et les ateliers ou visites guidées auront bien du mal à se maintenir pour des groupes de quatre. Ces préoccupations étaient bien évidemment dans toutes les têtes des participants aux troisièmes assises culturelles dès avant les annonces que la ministre de la Culture Sam Tanson (Déi Gréng) a lâchées à son retour du conseil de gouvernement. La salle de la Philharmonie était évidemment clairsemée puisque seules cent personnes (encore une fois, masquées) y étaient admises ; les autres (700 personnes selon le ministère de la Culture) ont pu suivre en *streaming*, avec ou sans traduction en français, et même poser des questions en ligne. C'est mieux que rien, mais la distance et le digital ont bien du mal à remplir les mêmes fonctions et le même enthousiasme que le *live*. Voilà pour la forme.

Pour le fond, les assises, c'est d'abord une émanation et une volonté du plan de développement culturel – en court, KEP pour *Kulturentwécklungsplang* — et il était donc l'heure d'en tirer un premier bilan. C'est-à-dire de « porter un regard critique sur notre travail pour savoir quel cap suivre à l'avenir », selon les mots de la ministre. Avec des graphiques très business et insistant sur la transparence de la communication, Jo Kox a fait valoir que « huit des 62 recommandations ont été entièrement mises en œuvre et 44 mesures sont actuellement en cours d'élaboration ». Le coordinateur de la mise en œuvre du KEP a bien admis que certains aspects ont pris du retard, mais que d'autres, poussés par l'urgence du confinement et de ses conséquences, ont été accélérés, comme la TVA super réduite ou la révision du statut de l'artiste. Il a également mis en avant la flexibilité et la durabilité du KEP qui voit ses recommandations évoluer au fil des besoins, des urgences ou des constats de manques. « Aujourd'hui, le KEP a mis l'accent sur les artistes eux-mêmes. Il conviendra de réfléchir comment le développement des institutions pourra être intégré dans un deuxième KEP. La date de 2028 n'est pas une fin en soi, le travail se prolongera par la suite. »

Mais le moment le plus intéressant de ces assises aura été la table ronde animée par Samuel Hamen qui affichait l'ambition de faire le point sur les conséquences, de la crise sanitaire pour le secteur culturel. Moins policé qu'à l'ordinaire, le débat est passé des constats de crise à une question bien plus cruciale : c'est quoi un artiste ? Question qui fait écho aux critères mis

en œuvre dans l'adaptation de la loi sur le statut de l'artiste prévue dans les mois à venir. Car la crise a donné à chacun le temps de penser et de remettre en question non seulement sa pratique, mais son rapport à la création, au public et aux institutions. Ainsi, le plasticien et musicien Filip Markiewicz constate que « la vie de l'artiste se situe par définition dans une zone à risque, avec ou sans pandémie » et s'interroge sur son avenir : « Je me demande chaque semaine de quoi sera fait le lendemain. Je continue à créer, mais je ne sais pas combien de temps ce sera possible. » La danseuse et chorégraphe Simone Mousset abonde dans le même sens en estimant qu'elle « ne sait pas ce que le futur va nous apporter ». C'est elle aussi qui regrette qu'il n'y ait pas plus de place pour le dialogue, l'échange, l'humanisme car « on doit toujours penser à la création suivante et travailler à un rythme frénétique ». Pour la metteuse en scène Anne Simon, cette course à la production mène les artistes dans le mur : « On a foncé pour créer, pour remplir le vide pendant le confinement. On travaille sur des petites formes, plus faciles et plus légères, pour avoir une activité, mais il ne faudrait pas que ça devienne la norme, que l'on devienne des amuseurs ou des décorateurs. Les artistes doivent être autre chose, pouvoir tendre un miroir à la société, s'écarter de la facilité. »

Vient ainsi la question de la rémunération de l'artiste qui « est moins bien payé que le directeur de l'institution qui le programme, ce qui interroge la valeur de chacun » (Simone Mousset) et qui « devrait pouvoir être considéré en dehors d'un projet, d'un produit ou d'une création », comme l'espère Anne Simon. Marc Rettel de Reading Luxembourg lui emboîte le pas en suggérant des bourses à long terme comme il en existe en Norvège et Marc Nickts, gérant de la Sacem, détaille avoir créé un programme d'aide pour les musiciens en leur versant des avances sur leurs droits d'auteur. Cependant, avances et aides ne remplacent une réelle perspective de vivre de son travail artistique et des questions structurelles restent en suspens. C'est dans ce contexte que Filip Markiewicz souligne l'absence d'école d'art, de formation critique, de débat analytique et d'éducation culturelle au Luxembourg. Il fustige l'emploi d'un vocabulaire « néo-libéral, issu du marché » qui intime les artistes à être des « managers », pour « développer leur carrière », « faire de l'export », « suivre des keynotes ».

L'importance et la reconnaissance de la culture dans son rôle social devraient être mieux valorisées et le rapport entre les artistes et les institutions devrait trouver un meilleur équilibre, plaide Odile Simon, directrice du centre culturel régional Cube 521 : sans les artistes, rien à programmer, mais sans les lieux de monstration, pas de public pour les artistes. Cet éternel débat entre la poule et l'œuf n'a pas trouvé d'issue pendant la crise d'autant que la diffusion numérique a montré ses limites. « Nous avons mis en place une offre numérique importante, mais elle n'a quasiment pas été utilisée par le public », relate Mi-

chel Polfer, directeur du Musée national d'histoire et d'art, qui a vu la fréquentation de son musée chuter de plus de 75 pour cent. Mais au-delà de cet échec, c'est la nature-même du musée qui est mise à rude épreuve par cette interface virtuelle : « Le cœur de notre métier est justement de montrer des œuvres originales. » Pour tous, l'expérience directe, le contact avec les spectateurs, les rencontres de vernissage, les applaudissements... ne peuvent pas se vivre dans le numérique.

Artistes comme institutions se heurtent aux problèmes de mobilité. Les uns ne peuvent pas exporter le travail, les autres ne peuvent pas faire venir des créateurs étrangers. Le soutien à la création et au développement de projets doivent donc être une priorité – « si on n'a pas de création ici, on n'a rien à exporter », disait prosaïquement Marc Rettel – et c'est un des axes que veut mettre en avant l'Arts Council désormais appelé Kultur:LX, dont on a un peu vite dit qu'il s'agissait seulement d'un bureau export. Ce vieux serpent de mer – ça fait au moins dix ans qu'on en parle – a connu un coup d'accélérateur cet été avec la création de l'ASBL de préfiguration qui est en train de recruter son coordinateur supposé prendre poste en début 2021, avant de mettre en place une équipe. Le cap des prochaines étapes a été fixé avec l'intégration progressive des programmes existants (music:LX, Reading Luxembourg, aides à la mobilité du Fonds culturel national, Trois-CL), l'équilibrage des différents secteurs et l'évaluation des pratiques. « La continuité des aides et programmes existants, le travail en coopération avec les artistes et institutions et l'assurance que la part principale du budget ira réellement aux artistes, sont les axes que nous voulons défendre », met en avant Catherine Decker du ministère de la Culture et présidente du conseil d'administration de l'ASBL. Six secteurs ont été déterminés (architecture et design, musique, spectacle vivant, littérature, arts visuels et audiovisuels, arts multimédias et numériques) où des comités de sélection seront à l'œuvre pour choisir les projets. Alors que le conseil d'administration comprend onze membres, dont six issus des ministères et seulement cinq du secteur culturel, les comités de sélection ne seront composés que d'acteurs du secteur et se verront imposer une rotation. « Un code de déontologie sera mis en place comme garde fou pour éviter toute immixtion de la politique dans les décisions de soutien », assure Catherine Decker vis-à-vis du *Land*. Les espoirs sont élevés et l'impatience grandit à un moment où, plus que jamais, le besoin de culture et d'art se fait ressentir. ●

« L'artiste devrait être pouvoir être considéré sans la pression d'un projet, d'un produit ou d'une création », espère Anne Simon

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Eine gewisse Neuausrichtung

Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) ist im Nebenberuf Minister für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Vergangene Woche verlas er vor dem Parlament die jährliche Erklärung über die Entwicklungshilfepolitik. Sie fand mäßig Beachtung. Das ist nicht nur wegen der Corona-Panik verständlich. In der Regel richten sich solche Erklärungen an eine geschlossene Veranstaltung von ONG-Funktionären. Aber sie hätte mehr Aufmerksamkeit verdient gehabt.

Die Entwicklungshilfe und das Militär sind staatliche Prozenpolitiken, die Jahr für Jahr Verwendung für Hunderte Millionen Euro finden müssen. Sie vermögen weder die Armen der Welt noch die Landesgrenzen zu schützen: Sie sind, wie *eisfinanzplaz.lu*, Investitionen in den Fortbestand des Finanzsektors. Sie sollen den Verdacht zerstreuen, dass Luxemburg auf Kosten anderer Staaten und deren Steuereinnahmen nassauert. Deshalb stellen sie es als ein mitfühlendes, solidarisches und großzügiges Land dar, das den Armen im Süden hilft und sich an den Militärausgaben anderer Länder beteiligt. Das sahen vor einer Woche alle Parteien so mit Ausnahme der Linken, die beim Militär, und der ADR, die bei der Entwicklungshilfe sparen wollte.

Franz Fayot übernahm das Ressort vor acht Monaten. Man hatte sich fragen können, ob er seiner ersten Erklärung zur Entwicklungshilfepolitik eine persönliche Note verleihen wollte. Er enttäuschte nicht. Wie seine Vorgänger zählte er Zielländer Luxemburger Entwicklungshilfe auf, die nach politischen und wirtschaftlich Kriterien ausgewählt werden und die hierzulande rasch wechselnden Moden über sich ergehen lassen müssen, wie Heidenbekehrung, Menschenrechte, Frauenförderung, Privatisierung, Nachhaltigkeit, Mikrofinanzen, Managerismus und Digitalisierung. Doch am Ende gestand der Minister ein: „Déi klassesch Entwicklungshëllef stéisst ëmmer méi un hir Grenzen.“

An sich wäre das keine Neuigkeit gewesen. Denn nach der Entkolonisierung war im Kalten Krieg die Vorstellung verbreitet worden, dass sich Gesellschaften mit weiter Subsistenzwirtschaft mittels Entwicklungshilfe zu durchkapitalisierten Konsumgesellschaften und demokratischen Klientelstaaten entwickeln würden. Wie man sich vor Ort vergewissern kann, hat das nur

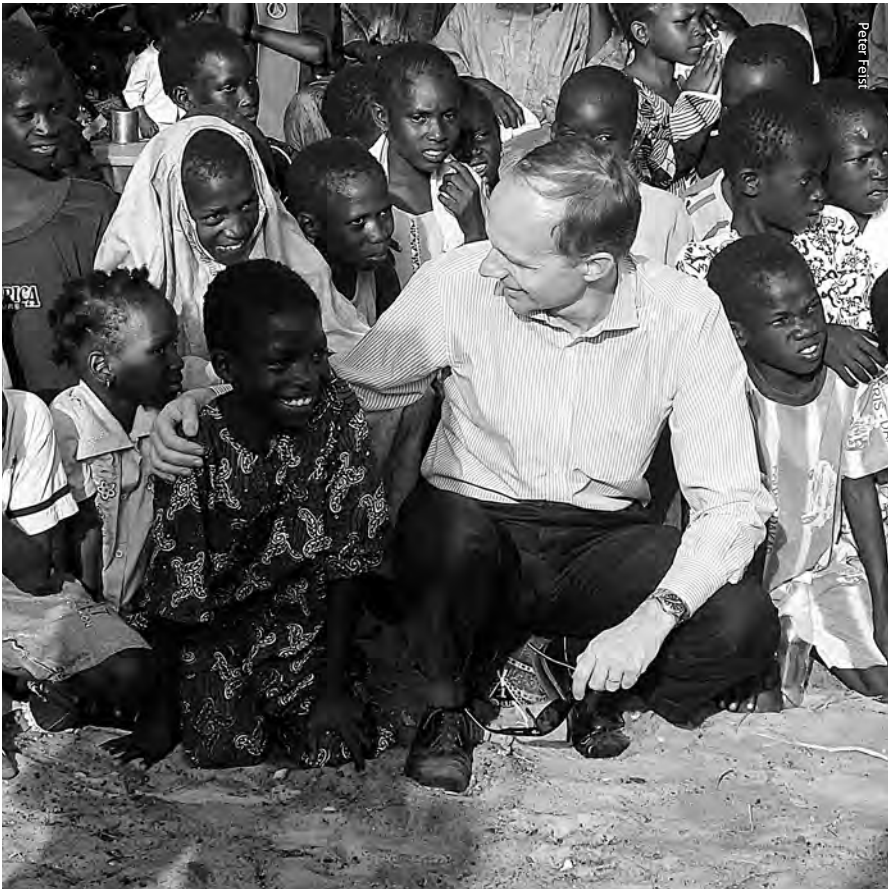
ausnahmsweise geklappt und dann aus anderen Gründen.

Franz Fayot ging nicht genauer auf das Ende der klassischen Entwicklungshilfe ein. Er erwähnte „d'Globaliséierung, de Klimawandel oder de Covid-19“. Die Ursachen zu ergründen, weshalb Länder wirtschaftlich unterentwickelt waren und bleiben, würde das *Charity business* in Verlegenheit bringen. Deshalb muss es Therapie ohne Diagnose sein. Stattdessen dekretierte der neue Minister: „D'Zukunft vun der Lëtzebuerger Kooperatiou gesinn ech deemmo am Kader vum *Build back better and greener*.“

Die Entwicklungshilfe und das Militär sind, wie *eisfinanzplaz.lu*, Investitionen in den Fortbestand des Finanzsektors

Davon steht nichts in der vor zwei Jahren festgelegten *Stratégie générale de la coopération luxembourgeoise. En route pour 2030*. „Build back better“ ist das Motto des United Nations office for disaster risk reduction. Es verzichtet auf die klassischen Ziele der Entwicklungshilfe und ist Teil der Katastrophenhilfe. Daneben ist „build back better“ die Wahlkampflosung von Präsidentschaftskandidat Joe Biden im *Rust Belt* der USA.

Der Minister fand für die Entwicklungshilfepolitik „e gewisse Repositionnement néideg“. Deshalb habe er „Orientierungspabeieren“ in Auftrag gegeben „an de Beräicher vun der Finance inclusive an der Kooperatiou mam Privatsektor, am Digital for Development, an der humanitärer Hëllef an, last but not least, an der Gläichstellung tëschent de Geschlechter“. Sein Vorgänger im Wirtschaftsministerium, Etienne Schneider, war nebenbei Verteidigungsminister und baute die Luxemburger Rüstungsindustrie aus. Franz Fayot ist der erste Wirtschaftsminister seit 31 Jahren, der auch Entwicklungshilfeminister ist. Damit aus der Mikrofinanz endlich eine Makrofinanz wird. ● Romain Hilgert



Den Armen helfen: CSV-Finanzminister Luc Frieden 2008 in einem Dorf in Senegal

Ëm eelef ass Zapestreech

Peter Feist

Obwohl sie eine Ausgangssperre verhängen ließ, versucht die Regierung noch immer, an die Eigenverantwortung der Bürger/innen zu appellieren. Und sich selbst als führungsstark darzustellen, denn die Infektionen werden zunächst weiter steigen



Menschen sollen sich nachts vorerst möglichst nicht mehr im Freien aufhalten

Am Mittwochnachmittag gegen 15.10 Uhr wurde im Plenum der Abgeordnetenkommission ein Polit-Stück gespielt, wie es nicht oft zu erleben ist. Die Abstimmung über die Änderungen am Covid-Gesetz stand auf der Tagesordnung, mit der Ausgangssperre und der neuen „Vierer-Regel“. Doch der Gesundheitsausschuss war mit der Diskussion des Gesetzentwurfs noch nicht fertig, denn der Staatsrat hatte sein Gutachten dazu kaum drei Stunden zuvor verabschiedet und verlangte einige Nachbesserungen. Worauf die Opposition aus CSV, ADR, Linken und Piraten sich dafür aussprach, den Gesetzentwurf im Ausschuss fertig zu besprechen, Berichterstatter Mars Di Bartolomeo (LSAP) seinen Bericht schreiben zu lassen und anschließend mit halbwegs klarem Kopf im Plenum darüber abzustimmen. Und sei das erst am Donnerstag.

Bemerkenswert war, dass LSAP-Fraktionschef Georges Engel das genauso sah, er sprach aber nur für sich „persönlich“. Grünen-Fraktionschefin Josée Lorsché äußerte die gleiche Ansicht, die aber die ihrer Fraktion zu sein schien. DP-Fraktionspräsident Gilles Baum dagegen hätte lieber die laufende Sitzung des Kammerplenums unterbrochen, den Gesundheitsausschuss für noch ein paar Stunden zusammen-treten lassen und notfalls spätabends über die

Gesetzesänderung abgestimmt: Die Ausgangssperre solle schon am Donnerstag um null Uhr in Kraft treten. Statt im Kampf gegen die Corona-Pandemie geeint noch einen Zahn zuzulegen, schien die Regierungsmehrheit für ein paar Minuten einer Koalitionskrise entgegenzusteuern. Di Bartolomeo rettete den Tag. Schlug vor, den Gesundheitsausschuss eine Stunde weiterberaten zu lassen, zu schauen, ob das reicht, und gegebenenfalls erst am nächsten Tag über das Gesetz abzustimmen. Auch in einer Pandemie müsse der Gesetzgeber saubere Arbeit leisten, dozierte der Ex-Parlamentspräsident. Und baute damit Gilles Baum und der DP eine Brücke, um sich allen anderen anschließen zu können.

Wieso es der liberalen Fraktion so wichtig war, so schnell wie nur irgend möglich ein Gesetz wirksam werden zu lassen, das immerhin die erste nächtliche Ausgangssperre seit dem Zweiten Weltkrieg einführt, liegt auf der Hand: Die Regierung steht in der Öffentlichkeit unter Verdacht, dem Corona-Geschehen in letzter Zeit zu lange zugeschaut zu haben. Mit Bildungsminister Claude Meisch ist ein DP-Minister besonders unter Beschuss. Seit einer Woche muss er sich von Lehrgewerkschaften anhören, sein Corona-Stufenplan für die Schulen reiche nicht. „Übernehmen Sie endlich Verantwortung, ehe

es zu spät ist!“, postete die der DP nicht fernstehende Feduse/CGFP am Sonntag auf Facebook an Meischs Adresse.

Und natürlich muss der Premier sich Sorgen machen um sein Image als Kapitän, das er in der Krise viel mehr pflegt als sonst. In letzter Zeit hat das nicht so gut funktioniert. Erst eilte Xavier Bettel am Samstag vor zwei Wochen medienwirksam von einem EU-Gipfel zu einem außerplanmäßigen Regierungsrat in Sennungen. Von dort hieß es am Ende, „alles unter Kontrolle“ und „jetzt ist nicht der Zeitpunkt für einschneidende Maßnahmen“. Appelliert wurde zunächst an die Eigenverantwortung der Bevölkerung, die die *gestes barrières* ja verinnerlicht haben muss. In den Tagen danach aber wurde es ungemütlich, epidemiologisch wie politisch. Die Zahlen der Neuinfizierten erreichten Rekordhöhen, in den Nachbarländern begannen Diskussionen über neue *Lockdowns*. So kam es, dass der Regierungsrat, der eigentlich abwarten wollte, dass die Eigenverantwortung der Menschen griffe und von Xavier Bettel vor zwei Wochen darauf vorbereitet worden war, dass „erst einmal“ mit weiteren Fällen zu rechnen sein werde, am vergangenen Freitag entschied, bis Ende November eine nächtliche Ausgangssperre zu verhängen. So ähnlich wie 1940: Am 10. Mai 1940 führte die

Nazi-Besatzungsmacht ein militärisches Ausgangsverbot für Zivilisten nach 22 Uhr ein, ab 23 Uhr war Polizeistunde.

Der historische Vergleich ist nicht unbedingt perfide. Damals wollten die Besatzer in Luxemburg nachts keine Zivilisten auf der Straße haben, die Botschaft war klar. Dagegen ist der *Zapestreech*, der nun gilt, weniger leicht einzusehen: Im Grunde appelliert die Regierung noch immer an die Eigenverantwortung der Menschen, diesmal nur deutlicher und unter Androhung eines Strafgebots. Aber was heißt Ausgangssperre: Hunde Gassi zu führen, ist erlaubt. Mal vor die Tür zu gehen, um frische Luft zu schnappen, auch. Und bei aller Entschlossenheit, Führungsstärke zu demonstrieren, kam es der DP darauf an, die Gastronomiebranche nicht über Gebühr zu belasten. Dass die LSAP sich hätte vorstellen können, Restaurants und Cafés schon um 22 Uhr zu schließen, wurde Anfang der Woche publik. Der Staatsrat schrieb ganz zu Recht in seinem Avis: Man könne die neuen Einschränkungen entweder danach beurteilen, ob sie zu weit gehen, oder nicht weit genug.

Das muss sich im wahrsten Sinne des Wortes zeigen. Nachdem Xavier Bettel und Paulette Lenert nach der Kabinettsitzung vom 17. Oktober nur einen „toilettag“ des Covid-Gesetzes angekündigt hatten, der nicht dringend sei, wurden seit Mitte vergangener Woche nicht nur Rekordhöhen an Neuinfizierten gezählt. Noch schlimmer war, dass es am Centre hospitalier de Luxembourg, in den Schuman-Spitälern und an der Niederkorner Klinik des Centre hospitalier Emile Mayrisch Covid-Ausbrüche gab. Dass offenbar nicht einmal Spitäler mit ihrer professionell betriebenen Hygiene in Luxemburg sicher sind vor Sars-CoV-2, war unerhört. Da war es auch nur eine Frage der Zeit, bis die größte Oppositionspartei, die nach wie vor auf der Suche nach Themen ist, Covid-19 aufgriff wie schon auf ihrem Parteikongress am 17. Oktober. Als für die CSV-Kammerfraktion am Montag dieser Woche Claude Wiseler zum Morgeninterview ins *Radio 100,7* ging, dort staatsmännisch erklärte, was er alles anders gemacht hätte als Xavier Bettel, und die CSV auch den Druck auf Claude Meisch erhöhte, war für die DP endgültig dringender politischer Handlungsbedarf gegeben. Wenngleich auch die CSV nur mit Wasser kocht: Ihre Fraktionschefin Martine Hansen fand vor zwei Wochen genau wie ihre grüne Amtskollegin Josée Lorsché im „Riicht eraus“ im *Radio 100,7*: „Für drastischere Maßnahmen beteht kein Bedarf.“

Vergangenes Wochenende aber erhielt die Regierung Modellierungen zum mittelfristigen Infektionsgeschehen, die nun von einer „exponentiellen“ Zunahme sprechen und in vier Wochen bis zu 1 400 neue Infektionen pro Tag nicht ausschließen. Vor allem aber erreichten die Regierung beunruhigende Nachrichten aus den Virustests am Abwasser. Paulette Lenert hatte am Mittwoch vergangener Woche schon erwähnt: Die Abwassertests zeigten, dass das Virus „überall ganz präsent“ sei. Unerwähnt ließ sie, dass die Resultate der Abwasseranalysen den amtlich registrierten Infiziertenzahlen stets um drei bis vier Tage vorausseilen. Sonst hätte sie hinzufügen müssen, dass die Infektionen weiter zunehmen werden und damit sich und die Regierung schon Mitte letzter Woche in Zugzwang gebracht. Nur ein paar Tage, nachdem der Premier die Bevölkerung an ihre Eigenverantwortung erinnert, aber auch erklärt hatte, in Luxemburg sei die Lage eine andere als in Belgien, und dass die Zahlen erst einmal weiter zunehmen würden. Fragte sich nur, bis zu welchem Punkt.

Dass die Regierung vor einer Woche weitere Maßnahmen einzuführen beschloss, hat viel mit einem Update der Abwasseranalysen zu tun. Seit Mitte dieser Woche veröffentlichten das Luxembourg Institute of Science and Technology (List) und das Wasserwirtschaftsamt die Abwasser- Coronaberichte unter www.list.lu/en/covid-19/. Der Bericht Nummer 15, der die Woche vom 19. Oktober zum Gegenstand hatte und dem Regierungsrat am Freitag vorlag, schätzte die Viruspräsenz im Abwasser vier Mal höher als zur

Spitzenzeit Ende März gemessen wurde. Hinzuzufügen wäre, dass am Dienstag dieser Woche ein weiterer Bericht herauskam, denn das List nimmt die Analysen nun zweimal wöchentlich vor. In diesem jüngsten Papier mit der Nummer 16 liegt die Viruspräsenz im Abwasser acht Mal höher als im März.

Vor allem der DP war daran gelegen, dass die neuen Covid-Regelungen so schnell wie möglich in Kraft träten. Minister Claude Meisch steht seit einer Woche unter Druck, und der Premier muss sich Sorgen machen um sein Image als Kapitän

Die Zusammenhänge mit dem Abwasser sind eigentlich simpel: Wer mit dem Coronavirus so stark infiziert ist, dass dieses sich vermehren kann, scheidet mit jedem Gang zur Toilette Virusreste aus. Ein List-Team fahndet nach dieser Virus-RNA mit ganz ähnlichen PCR-Tests wie biomedizinische Labors auf Rachenabstrichen. Der Unterschied dabei: Ehe jemand sich auf Sars-CoV-2 testen lässt, vergeht Zeit. Es müssen sich Symptome zeigen, ein Besuch beim Arzt beschlossen werden, der den Test verschreiben muss. Der muss dann vorgenommen, analysiert und ein positives Resultat gemeldet werden. Deshalb ist Virus-RNA im Abwasser ein schneller Indikator. Und wenn er weiterhin zutrifft wie bisher, werden die amtlich gemeldeten Infiziertenzahlen weiter zunehmen. Trotz Ausgangssperre. Vorerst.

Keine einfache Situation. Zumal, wenn die Nachbarländer wesentlich weiter gehen. Aber wie schon im März ist in Luxemburg nun wieder die Rede vom dem knappen Personal in den Krankenhäusern. Und davon dass rund zwei Drittel der Pfleger/innen im Ausland wohnen und sich damit weniger die Frage stellt, ob Luxemburg genug Intensivbetten und Beatmungsapparate hat, sondern genug qualifiziertes Personal dafür. Wieder schwebt das Angstscenario im Raum, die Nachbarländer könnten ihre Gesundheitsberufler beschlagnahmen.

Noch sei die Situation in den Krankenhäusern „unter Kontrolle“ versicherte Gesundheitsamts-Direktor Jean-Claude Schmit am gestrigen Donnerstag gegenüber *L'Essentiel*. Die Spitäler nicht zu überfordern, ist nun ähnlich wie im Frühjahr die sozusagen nationale Aufgabe geworden. Damals aber hatte Luxemburg es wie die Nachbarländer mit „importierten“ Infektionen zu tun – etwa aus Skigebieten. Heute dagegen diffundiert das Coronavirus allmählich in die Bevölkerung. Kontakte nachzuverfolgen, wird bald unmöglich. Während der Gesundheitsamtschef im Sommer 60 Neuinfektionen pro Tag für durch *Contact Tracing* beherrschbar hielt, sind es nun dank Personalaufstockungen etwa 250, doch auch davon ist Luxemburg mittlerweile weit entfernt. Will man das Virus niedrig halten, was stets eine politische Frage ist, bleiben nur Einschränkungen – bis hin zu einer erneuten Kollektiv-Quarantäne. ●

BRIEF AN DIE REDAKTION

Antwort des Mannes in der Eisenbahn

Als treuem und regelmäßigem Leser Ihrer Zeitung, die ich sehr wertschätze, sind mir im Artikel „Mietstreitigkeiten“ auf Seite 5 in Ausgabe 42 vom 16.10.2020 statistische und betriebswirtschaftliche Aussagen aufgefallen, zu denen ich gern Stellung nehmen möchte.

Die Aussage: „Fünf Prozent [jährliche Verzinsung oder Rendite, Anmerkung Pierre Mangers] heißt, dass der Vermieter nach 20 Jahren sein Vermögen verdoppelt hat“, stimmt nicht. Der Vermieter benötigt durch die Regel der Verdopplungszeit (natürlicher Logarithmus von 2 geteilt durch die Verdopplungszeit in Jahren) nur 3,5 Prozent Rendite, um sein Vermögen nach 20 Jahren zu verdoppeln. Mit einer Rendite von fünf Prozent würde sich der Wert der verzinsten Immobilie bereits nach 14 Jahren verdoppeln. Das war die Berichtigung zur Statistik.

Zusätzlich möchte ich anmerken, dass eine Mietrendite von fünf Prozent aus betriebswirtschaftlichen Gründen unzureichend ist. Um eine schwarze Null (*Break-Even*) zu erhalten, sind mindestens sechs Prozent Brutto-Mietrendite notwendig. Neben der Finanzierung, die etwa vier Prozent an Kapitaldienst (Tilgung und Zinsen) von der Rendite aufzehrt, fallen noch circa ein Prozent Instandhaltungs- und Mietausfallkosten und circa ein Prozent Steuern an. Also wird die Immobilieninvestition erst ab dem sechsten Prozentpunkt wirtschaftlich interessant.

Dies stimmt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass keine außerplanmäßigen Sanierungskosten anfallen und dass Vermieter keine weiteren Kosten finanzieren müssen, wie Maklergebühren bei Leerstand oder Anwaltsgebühren bei Prozesskostenhilfe. ● Pierre Mangers

En attendant Rapport

Misch Pautsch

Die Rentenreserve soll 2019 rund 256 Millionen Euro in Kohleunternehmen investiert haben. Sind diese Investitionen Grund zur Sorge?

Der Dialog ist perfekt eingeübt, die Akteure sind mit ihren Rollen derart vertraut, dass sie ihre Sätze gegenseitig beenden können: Martina Holbach von Greenpeace eröffnet: „Immer wieder kommt von Seiten des Verwaltungsrates des Fonds de Compensation (FDC) das Argument, man könne nicht einfach verschiedene Sektoren aus dem Investitionsportfolio ausklammern“.

„Der Verwaltungsrat des FDC bleibt überzeugt, dass Ausschlüsse aus dem Investitionsuniversum nach exklusiv thematischen Kriterien, wie Greenpeace es will, nur möglich sind, wenn die Mission des FDC über den Weg einer Gesetzesänderung ergänzt und spezifiziert wird“, bestätigt Fernand Lepage, Präsident des FDC, per E-Mail und macht dem Sozialministerium die Bühne frei: Minister Romain Schneider (LSAP) habe „den Präsidenten des FDC gebeten, das Thema zuerst im Verwaltungsrat zu thematisieren. Dies wurde so mit den Sozialpartnern ausgemacht, da sie von diesem Thema direkt betroffen sind. Auf Basis des Feedbacks wird der Minister dann entscheiden, was die nächsten Schritte sind. Bis wir keine Rückmeldung haben, können wir uns zu dem Thema nicht groß äußern“, schreibt Abílio Fernandes, Erster Regierungsrat im Sozialministerium.

FDC, Mitte Bühne: Genau dieser erste Nachhaltigkeitsbericht, bestätigt Lepage, wird samt Klimaanalyse Ende November veröffentlicht. Er werde dabei helfen, die Investitionsstrategie des Verwaltungsrates zu definieren. Finale, alle im Einklang: „Anfang Dezember werden Greenpeace, der Minister und der FDC sich treffen, um über den Bericht zu sprechen. Vorhang fällt. Happy End?

Das Problem mit dieser Investitionspolitik liegt laut der Greenpeace nicht bei ihrem ökologischen Fußabdruck. Stattdessen zielt Greenpeace dorthin, wo es wehtut

Nicht-Null-Summen-Spiel Der thettrischen Karussellfahrt zugrunde liegen die 1,2 Prozent der Aktien des FDC, der mit der Betreuung der 22,18 Milliarden Euro schweren Rentenreserve beauftragt ist, und seiner Sicav. 1,2 Prozent ihres Portfolios befinden sich laut ihrem FDC-Präsident Lepage gegenwärtig in Aktien von Unternehmen, die im Sektor der fossilen Energien aktiv sind. Rund 256 Millionen Euro sollen alleine im Jahr 2019 laut einer Studie des deutschen Ökonomen Martin Granzow, die im Auftrag von Greenpeace durchgeführt wurde, in „einige der größten Kohleunternehmen der Welt“ geflossen sein. Das Problem mit dieser Investitionspolitik liegt laut der Umweltschutzorganisation nicht primär bei ihrem ökologischen Fußabdruck. Stattdessen zielt Greenpeace dorthin, wo es wehtut: „Der FDC verstößt hier eindeutig gegen seine Pflichten als Treuhänder. Fossile Energie ist kein interessantes *long term investment* und mit akuten finanziellen Risiken verbunden. Dies wird durch rezente Studien immer deutlicher.“ Diese Risiken, so Martina Holbachs Argumentation, stehe in direktem Gegensatz zur gesetzlich festgelegten *raison d'être* des FDC: der Risikominimierung. „Sie wird in diesem Fall ihrem Anspruch offensichtlich nicht gerecht. Wir wollen den Mythos abschaffen, dass in dreckige Aktien investiert werden muss, um Risiken zu minimieren.“ So seien 90 Prozent der nachhaltigen, grünen Investitionen heute performanter als ihre braunen Konterparts. Nicht transformable Unternehmen seien, so das Kernargument von Greenpeace, finanziell schlichtweg nicht länger interessant und stellten dadurch ein Risiko dar.

Im Bericht zu einer Sitzung des parlamentarischen Sozialausschusses, vom Juli diesen Jahres, die auf Antrag der Linken einberufen wurde, zitiert FDC-Präsident Fernand Lepage die exakt gleichen 1,2 Prozent als „Risikolimitierung an und für sich“. Verlieren die betroffenen Unternehmen – gemessen an festgelegten *Benchmarks* – zu viel Wert, so werden die Anteile, die der FDC besitzt, entsprechend reduziert oder abgestoßen. Auch Teilverwalter der Aktiva durch Unterfonds – die große Mehrheit der Reserve – sind nicht befugt, Gelder in in Gefahr zu bringen. Die bestehenden Mechanismen, festgelegt durch den legislativen Rahmen, würden so die Investitionen wirksam schützen, unterstreicht Lepage. Sie würden erlauben, die gesetzlich festgelegte Mission des FDC zu erfüllen: den Fortbestand der Rentenreserve zu sichern, indem die Risiken diversifiziert und somit minimiert werden. Während der FDC-Verwaltungsrat prinzipiell einer „thematischen“ Ausschlussliste, wie die Forderungen von Greenpeace voraussetzen würden, nicht entgegenstünde, wäre sie im aktuellen legalen Rahmen nicht möglich. Eine Liste von Investitionen ausgeschlossener Unternehmen besteht bereits, aber nicht nach Themen, sondern nach Legalität: 126 Einträge umfasst die *Exclusion List* des Fonds (Stand Mai 2020) aktuell, 16 davon wegen Verstößen gegen Kriterien der „Norm Area: Environment“. Es darf demnach in nichts investiert werden, das illegal ist oder gegen die Umwelt- und Menschenrechtsstandards des FDC verstößt. Internationale Konventionen und legale Einschränkungen gelten auch für den Finanzbereich und der FDC ist keine Ausnahme. Da es jedoch keine legale Einschränkungen bezüglich Kohle, Öl oder Erdgas gibt, so die Logik, existiert auch keine legale Grundlage, solche Investitionen pauschal auszuschließen.



Die Mission des Kompensationsfonds lautet: Absicherung der Rentenreserve

Einfach, zumindest konzeptuell. Josée Lorsché, Präsidentin der Fraktion von Déi Gréng, sieht in dieser Liste einen ersten wichtigen Schritt auf dem Weg zum Divestment aus nicht nachhaltigen Anlagen – wenn auch keinen ausreichenden. „Denn der FDC investiert auch heute in klimafeindliche Firmen.“ Firmen, die laut Lorsché mit Hinblick auf das Pariser Abkommen durch den Fonds nicht finanziert werden dürften. Diese Arbeit fällt der Politik zu. Kein Problem mit Aktien fossiler Energie-Unternehmen hat Fernand Kartheiser (ADR). Im Gegenteil: Die Politik solle sich so weit wie möglich aus der Verwaltung der Pensionsreserve raushalten. „Die Wettbewerbsfähigkeit der fossilen Energien wird vor allem durch Übersubventionierung alternativer Energien in Frage gestellt, was eine ökonomisch unsinnige

Herangehensweise ist.“ Alternative Energien, sagt Kartheiser mit Verweis auf auf kongolesische Kobaltminen und durch Lithium-Abbau bedingte Wasserprobleme in verschiedenen Gegenden in Chile, seinen bezüglich „Menschenrechte und Nachhaltigkeit selbst alles andere als vorbildlich“. Die *Exclusion List* des FDC umfasst aktuell bereits 45 Unternehmen wegen Geschäftspraktiken, die gegen Menschenrechte verstoßen, und vier, weil sie gegen das Arbeitsrecht verstoßen.

Stickeralbum Neben der rechtlichen Frage, auf die sowohl Greenpeace wie auch der FDC sich berufen, steht nur leicht außerhalb des Rampenlichts die Frage des Umweltschutzes an und für sich. Das Portfolio des FDC umfasst aktuell neun Teilfonds mit dem von LuxFlag ausgestellten Label „ESG“ und einen mit dem Label „Environment“. Laut Greenpeace haben vier der sechs (von insgesamt 24) Unterfonds des FDC trotz ihrer Labels in Öl-, Kohle- und Gasunternehmen oder auch beispielsweise in Autohersteller investiert. Georges Engel, Fraktionschef der LSAP, sieht in diesen Zertifizierungen ein wichtiges Element der Investitionsstrategie des FDC und gibt zu bedenken, dass es sich bei diesen Investitionen nicht zwangsläufig um Widersprüche handelt: Viele Unternehmen, die klassischerweise mit fossiler Energie assoziiert würden, investierten gegenwärtig in erneuerbare Projekte.

Leuchtfieber Mit den gegenwärtigen Informationen steckt die Diskussion also in der Sackgasse, was zurück zum Anfang des Jahres angekündigten *Rapport* führt: Er sei, schreibt Lepage, eine Bemühung, die Investitionen des FDC vollkommen transparent zu machen und „öffentlich über sein Engagement als verantwortungsvoller Investor zu berichten“. Der Bericht, sagt Lepage, werde hoffentlich nicht nur zeigen, dass der FDC derzeit nicht im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens steht, sondern auch, dass der Fonds finanzielle Risiken nicht in Betracht zieht, die mit diesen nicht-nachhaltigen Aktien verbunden sind.

Thematische Ausschlüsse, oder nur engere Regulationen werden eine politische Entscheidung sein müssen. Der Bericht, der bis Dezember zu Händen von Minister Romain Schneider adressiert sein wird und voraussichtlich am 10. Dezember vom Triumvirat Minister-FDC-Greenpeace diskutiert wird, könnte das Zünglein an der Waage sein. Nur in welche Richtung, ist noch unklar. Für die Asset-Manager ist die Situation einfach: Ihnen werden klare Vorgaben geliefert, an die sie sich halten. Viel spannender findet Martina Holbach von Greenpeace das Signal, das eine politische Entscheidung in diesem Dossier senden könnte: Der FDC könnte ein wahres Leuchtturmprojekt werden, das dem Bild Luxemburgs als grüner Finanzplatz viel Glaubwürdigkeit verschaffen könnte. ●



Licenciement pas très chrétien

La conciliation entre les partenaires sociaux en vue d'un plan social chez Saint-Paul a tourné en eau de boudin, a informé mardi le LCGB. Les demandes du syndicat chrétien ont paru excessives à la direction de la maison d'édition du *Luxemburger Wort* (rachetée au mois d'avril par le groupe belge Mediahuis et donc plus propriété de l'Archevêché) qui préfère passer par des licenciements pour raisons économiques. 80 emplois, soit un quart des effectifs, devaient disparaître à la faveur d'un plan social, puis 74. L'on sait ce jeudi que 71 lettres de licenciement ont été postées dans la matinée et que les personnes concernées ne savent pas encore qu'elles en sont les destinataires. Le directeur général, Paul Peckels, en a informé l'ensemble des salariés ce jeudi matin par Skype,

en précisant que la méthode lui paraissait moins abrupte que d'appeler par téléphone alors que « la personne en question faisait les courses avec sa famille », nous explique-t-on, de nombreux employés ayant opté pour le télétravail. Tous les départements de Saint-Paul sont affectés, détaille Paul Peckels, contacté par le *Land*, de l'imprimerie aux rédactions (outre le *Wort*, le groupe publie *Télécran*, *Luxembourg Times* et *Contacto*, puis diffuse *Radio Latina*) en passant par la régie ou le service informatique. Tous les niveaux d'ancienneté sont également impactés. « De cinq à 35 ans, tout le monde est concerné », détaille Céline Conter, secrétaire syndicale au

LCGB. Interrogé précisément sur la logique employée, l'ancien directeur de Post répond qu'il y a « une logique, mais quelle n'est pas publique ». Les comptes rectificatifs de la société pour 2019, publiés mercredi, révèlent un bénéfice de quatre millions d'euros pour 2019, contre 1,5 en 2018. « Des bénéfices du passé », tempère Paul Peckels. « C'est



l'avenir qui inquiète », ajoute-t-il. Cinq millions d'euros inscrits en provision pour retraites sont devenus, à la faveur de la rectification au registre de commerce, des fonds notamment prévus pour « restructuration » et « indemnités de départ ». Une enveloppe pour financer les licenciements... Le groupe Saint-Paul verse 25 millions d'euros annuellement en traitements. pso

Soft cause

Quand les notables de l'Institut grand-ducal virent marxistes. Dans le cadre de son cycle de conférences sur les stratégies d'adaptation d'un petit pays, la section des sciences morales et politiques de l'Institut a détaillé

lundi comment le Luxembourg est passé au XIX^e siècle du statut « d'État agraire incapable de nourrir sa population », termes de Michel Wurth (président d'Arcelor-Mittal Luxembourg) à celui de champion de la sidérurgie : en concédant une partie de sa souveraineté aux entreprises qui redistribuent ensuite les richesses à l'État en opérant tout ou partie de leurs activités sur le territoire du Grand-Duché. L'Arbed avec les minerais contenus dans le sol local, RTL avec les fréquences publiques, SES avec le droit d'exploitation de satellites ou encore la place financière avec la transparence fiscale (au sens de l'absence de taxation de certaines activités) ont bénéficié

du même type de rente sous condition d'en redistribuer une partie, de ruisseler... comme on dit aujourd'hui. Cela a tellement marché, constatent Jean-Jacques Rommes & Co que le logement se fait rare et qu'on vient depuis les pays voisins pour bénéficier de la manne. Dans la logique des concessions octroyées à la sidérurgie et très certainement en pensant aux cités ouvrières, Michel Wurth propose, « pour être un peu provocateur », de déléguer aux entreprises une responsabilité en matière de logement, à l'image de ce qui s'opère via la mobilité et le *leasing* automobile. « Il y aurait un intérêt économique pour l'employeur à faire en sorte qu'il y ait plus de logements efficacement

construits. On aurait une dynamique positive », disserte le respecté Michel Wurth qui espère au passage « moins de frontaliers et plus de résidents ». « Demander des contreparties à des secteurs économiques pourrait être beaucoup plus efficace que de forcer les communes à racheter des terrains. Puisque ceux-ci sont limités et que l'État va payer 75 pour cent du prix, cela n'aura d'autre conséquence que de faire augmenter les prix », lâche Michel Wurth, pas toujours tendre avec la gestion politique. André Prüm (professeur en droit des affaires et ancien doyen de l'Université) pose lui la question, non sans tortiller sa pensée (« ne pensez pas que je recommande cela spécialement »), de savoir si « dans un pays où les terrains susceptibles d'acquérir une construction deviennent tellement rares que la non-utilisation de cette ressource peut développer une difficulté collective de développement », l'on ne devrait pas revoir « ce que l'on entend par propriété privée des terrains et si ça doit être encore un droit permanent, absolu et inaliénable ». Pour rappel, Karl Marx écrivait : « L'aliénation, c'est la pratique du dessaisissement ». pso



Out of sight, out of mind

L'Adem quitte son agence emblématique de la rue Bender (dans le quartier de la Gare) pour s'implanter dans la périphérie, au milieu... de nulle part. Elle emménage dans de nouveaux locaux situés rue Bitbourg, dans la zone d'activités de Hamm, parmi des fiduciaires, administrations publiques, firmes de sécurité et garagistes. Elle y accueillera ses clients à partir de mardi. Le nouveau bâtiment serait « plus moderne et mieux adapté à l'accueil des clients », écrit l'Adem dans un communiqué. L'ancienne agence était exiguë et lugubre (photo : sb), mais présentait

l'avantage d'être située hyper-centralement. Les demandeurs d'emploi, dont le nombre – pour l'instant stable – risquera d'augmenter très vite suite à la crise sanitaire, doivent donc attendre le bus pour aller à leurs rendez-vous auprès de l'Adem. bt

PWC lève le pied

3,5 pour cent de croissance du chiffre d'affaires chez PWC cette année, selon le rapport annuel officieux publié cette semaine (le document officiel est traditionnellement déposé au registre de commerce en janvier). C'est la plus faible progression signée par le plus gros cabinet des Big Four depuis 2012, année de crise au Grand-Duché. Le chiffre d'affaires avait reculé de deux pour cent lors de cet exercice (les comptes vont de juillet à

juin). Le Covid-19 explique une partie de cette performance mitigée cette année, selon le communiqué diffusé mercredi par la firme dont le chiffre d'affaires croît (quand même) de 447 à 463 millions d'euros. L'activité d'audit représente 33,6 pour cent des revenus, la fiscalité 30,4, le conseil 22,5 et l'assurance 13,6. À noter que les fonds alternatifs sont de loin l'industrie la plus rémunératrice (35 pour cent du chiffre d'affaires devant la gestion d'actifs). La firme dit employer 2 796 personnes. Elle en comptait 2 779 à la fin de l'exercice précédent (un peu plus, 2 790, en juin 2018). Dans un entretien accordé à *Paperjam* pendant le confinement le patron de PWC John Parkhouse s'était engagé à ne pas recourir au chômage partiel, à ne pas solliciter d'aide de l'État et à ne pas licencier. Au

cours du mois d'octobre, EY a annoncé un chiffre d'affaires en hausse de treize pour cent sur un an, passant de 236 à 263 millions d'euros (*Land*, 16.10.2020). Dans cette compétition informelle où chacun des Big Four juge l'autre, Deloitte jouera en novembre le rôle d'arbitre pour cette année spéciale. Le cabinet fraîchement installé à Gasperich est le troisième membre du Big Four à clôturer son année fin juin (KPMG fin septembre). pso

Agent de lingerie (m/f)

La Maison du Grand-Duc recrute à tour de bras. Une quinzaine d'annonces ont été publiées sur Govjobs.lu : protocole, courrier, régies, aides de camp, communication, archives, bibliothèque... On y trouve également des postes

qui rappellent le train de vie aristocratique de la maison. Un CDI est ouvert pour « valet », dont la mission consiste notamment dans « la mise en place et service des petits déjeuners/déjeuners/dîner privés » ainsi que dans « la gestion des mouvements journaliers de la famille ». La Cour cherche également un « agent de lingerie » qui doit assurer un « passage de qualité » ainsi que « laver, détacher et sécher le linge de maison ». De préférence pas en public. La plupart des annonces énumèrent en effet « la discrétion et la confidentialité » parmi les « compétences comportementales ». Pour les postes de directeurs, « une habilitation de sécurité du niveau très secret » est demandée en plus. Alors que Jeannot Waringo (photo : sb) avait épilogé le

rapport très décomplexé au droit du travail entretenu par la Cour, celle-ci se cherche désormais un responsable des ressources humaines. Sa mission : « Assurer le respect de la législation sur le travail et veiller au strict respect par tous les collaborateurs de leurs obligations de loyauté et de confidentialité ». Ah oui : Le nouveau RH doit aussi « développer et mettre en œuvre une stratégie de bien-être au travail ». bt



« Autrefois on avait une grande horreur du mot impôt progressif. Lorsque nous avons parlé la première fois dans cette enceinte de l'impôt progressif, je me souviens qu'il y avait des capitalistes qui sentaient les cheveux se dresser sur leur tête ». En 1910, le député socialiste Michel Welter se rappelle les débats des décennies précédentes. « Ils voyaient déjà l'expropriation. Ils parlaient déjà de l'exode de toute la classe capitaliste, si l'on introduisait l'impôt progressif. » La loi du 8 juillet 1913 marque une révolution fiscale. Pour la première fois, le Luxembourg introduit la déclaration obligatoire et la progressivité de l'impôt sur le revenu dans sa législation. Rétrospectivement, les députés s'étonnent de la « résistance opiniâtre » qu'avait rencontrée « le grand principe de la progression » (c'est-à-dire que le taux d'imposition est plus élevé pour les riches, moins élevé ou nul pour les pauvres).

L'histoire de la fiscalité est un des angles morts de l'historiographie luxembourgeoise : trop « technique » pour les historiens plutôt portés sur les discours ; trop « anecdotique » et « ancienne » pour les fiscalistes plutôt portés sur le business. La seule contribution qui s'y soit intéressée de plus près date de 1963 et fut publiée dans le premier numéro des *Études fiscales*. En douze pages, l'auteur (anonyme) fait un bref survol de « L'évolution de la fiscalité directe au Grand-Duché (1839-1940) ». Cette histoire reste donc en large partie à être écrite. Or, une lecture sommaire des débats parlementaires du tournant du siècle permet de remonter aux commencements de la « *Steiergerechtegkeit* » moderne, lorsque les évidences, entretemps passées dans le train-train de l'ordre établi, étaient tout sauf évidentes.

En 1913, l'impôt proportionnel (une *flat tax*, avec un même taux pour tous) paraissait comme « une idée surannée ». Unanimes, les députés-notables invoquent l'esprit du progrès social, « une fatalité », et se prononcent pour la progressivité. Même le Conseil d'État proclame en 1910 sa « pleine adhésion principielle », philosophant sur les « aspirations légitimes, manifestées pour ainsi dire universellement [...] dans les temps modernes. » En réalité, le Luxembourg ne fait qu'imiter les grandes nations européennes, à commencer par la Prusse, référence constante des débats parlementaires, qui avait introduit le principe de la progressivité dès 1891.

Parmi les élites européennes, un consensus s'était imposé sur la question, et le Luxembourg suit le mouvement, avec un léger retard à l'allumage. La lutte fiscale avait duré plus de trente ans. En 1879, le député et juriste Joseph Brincour avait amorcé sa campagne pour un équilibrage des « charges qui grèvent aujourd'hui, dans une mesure fort inégale, le capital, la terre et le travail ». En 1910, il revient à la charge : « Aujourd'hui, la chaumière du mendiant est imposée au même pourcentage que le château du multimillionnaire. »

C'est à cette époque qu'apparaît, dans les débats parlementaires, la métaphore des « épaules solides » supposées porter une plus large partie du fardeau fiscal. En réalité, celui-ci reste très léger. En 1913, le taux maximum sur les salaires, traitements, bénéfices, gains et intérêts n'est fixé qu'à quatre pour cent. Une extrême modération que l'on retrouve dans tous les pays, du moins de l'avant-guerre. « Les taux pratiqués avant 1914, qui sont toujours inférieurs à dix pour cent (et généralement inférieurs à cinq pour cent), y compris pour les revenus les plus élevés, ne sont en réalité pas très différents des taux appliqués au cours du XVIII^e et du XIX^e siècle », note Thomas Piketty dans *Le Capital au XXI^e siècle*.

Le gouvernement luxembourgeois s'empresse de dissiper l'impression de vouloir « niveler les revenus et les fortunes ». Même Michel Welter, figure historique de la gauche luxembourgeoise, calme les ardeurs : « Aucun de nous ne nourrit l'espoir qu'avec cet instrument terrible appelé 'impôt progressif', nous allons niveler les conditions sociales et renverser l'ordre des choses existant ». Citant Proudhon, le notable socialiste estime que « vouloir résoudre la question sociale par l'impôt progressif, c'était amu-

« *Aucun de nous ne nourrit l'espoir qu'avec cet instrument terrible appelé 'impôt progressif', nous allons niveler les conditions sociales et renverser l'ordre des choses existant* »

(Michel Welter, député socialiste, 1910)



Château de la famille Collart-d'Anethan à Dommeldange

Chaumières et châteaux

Bernard Thomas

Comment la « *Steiergerechtegkeit* » fut inventée

ser le peuple avec un joujou fiscal ». Il faut attendre la fin du suffrage censitaire et l'entrée de la nouvelle gauche ouvrière au Parlement pour y entendre des revendications plus concrètement radicales : « Quelqu'un qui a un revenu d'un million pourrait très bien payer douze ou vingt pour cent », estime ainsi en 1919 le député du Parti ouvrier (ancêtre du LSAP) François Erpelding. « 95 pour cent », surenchérit le leader syndicaliste Pierre Krier.

La clef de voûte du nouveau système fiscal était la déclaration obligatoire. Jusque-là, le fisc recourait à des « indices », aux signes extérieurs de la richesse, pour établir l'assiette fiscale. Selon la loi de 1822, le contribuable payait ainsi sept florins par domestique à son service. L'impôt sur l'habitation principale se calculait par rapport au nombre de portes et de fenêtres, un indicateur qui permettait aux « experts-répartiteurs » de fixer l'impôt sans avoir à mettre le nez dans les cahiers de compte. Au XIX^e siècle, la notion de déclaration obligatoire des revenus semblait insolite et immorale. Elle placerait le contribuable « entre son devoir, sa conscience et son intérêt », note encore en 1910 le Conseil d'État, reprenant le mantra qui avait bloqué le débat durant des décennies.

Pour justifier son attentisme, les Sages empruntent à la vulgate de la « psychologie des peuples », un genre alors très en vogue. À l'inverse de nos voisins allemands, écrit le Conseil d'État dans un avis de 1906, les Luxembourgeois n'auraient « qu'une idée tout-à-fait rudimentaire, sinon absolument fausse des devoirs et obligations du citoyen envers l'État ». L'effet en serait la « démoralisation » du citoyen « honnête et consciencieux », désavantagé par rapport à son concitoyen « fraudeur sans vergogne pour qui la probité civique n'est qu'un vain mot, ou plutôt une niaiserie ». Les autorités administratives allemandes seraient d'ailleurs « bien autrement énergiques, résistantes et indépendantes que chez nous, où elles

ne sont que trop souvent énervées et mises en échec par l'ingérence malsaine d'influences étrangères, fruit de nos mœurs par trop patriarcales ».

La question de la fraude fiscale est très présente dans les débats parlementaires de l'époque. Certains députés craignent que les Luxembourgeois finissent par planquer leur magot dans les juridictions voisines. Le principal promoteur de la loi de 1913, Joseph Brincour, rappelle qu'« une très grande partie de nos contribuables peuvent rejoindre presque aussi facilement les villes voisines de Trèves, Thionville, Longwy et Arlon que la Ville de Luxembourg. L'évasion fiscale par l'ouverture d'un compte courant, le dépôt de titres etc. est donc facile à réaliser ». Un extrait qui se lit comme une prophétie inversée de l'évasion fiscale *low-cost* dont la place bancaire luxembourgeoise fera sa spécialité 70 ans plus tard.

En 1927, le député Pierre Krier, figure de proue du syndicalisme (dix ans plus tard, il sera nommé ministre du Travail), soupçonnait les contribuables nantis – dépeints caricaturalement comme « müßige Millionäre, Kettenhändler, Volksausbeuter und Finanzoperateur » – de systématiquement sous-évaluer leurs revenus. En maintenant le secret bancaire, l'État les inciterait à l'évasion fiscale : « Je suis d'avis que tous ceux qui doivent rendre une déclaration d'impôt gagnent un revenu plus élevé que ce qu'ils déclarent, et qu'il est impossible à l'administration fiscale de prouver le contraire. »

Quelques années auparavant, le député-notable socialiste Michel Welter avait revendiqué la création d'un « casier fiscal des personnes qui ont un revenu au-dessus de 10 000 fr. ». Dans ce que Welter désigne par « livre d'or » – « une liste de proscription », rétorque Joseph Bech, député néophyte du Parti de la Droite (ancêtre du CSV) – devraient figurer le passif et l'actif des riches contribuables, des données qui pourraient être échafaudées en croisant

les documents de différentes administrations. La loi ne retiendra pas la revendication du docteur socialiste qui anticipait celle d'un « cadastre financier », popularisé cent ans plus tard par Thomas Piketty.

La loi de 1913 prévoit pourtant une réelle transparence. À l'article 34, on lit : « Il sera dressé tous les deux ans une liste générale de tous les contribuables imposés par les conseils des taxateurs, avec l'indication de la somme à laquelle ils sont imposés. Cette liste sera publiée par la voie du Mémorial ». En 1923, le docteur Welter finira par y figurer, avec un revenu global de 16 900 francs, soit quatre fois le salaire moyen ouvrier (qui était d'environ 4 000 francs). Les maîtres de forges mènent le classement. Ils affichent des revenus globaux cent fois plus élevés que ceux de leurs ouvriers : Émile Mayrisch déclare 551 880 francs, suivi par Gaston Barbanson (541 100), Edmond Muller-Tesch (350 000), Norbert Le Gallais (300 000), Aloyse Meyer (194 670), Léon Laval-Tudor (179 000) et Paul Wurth (164 000). Émile Reuter, ministre d'État à l'époque, ne gagne, lui, « que » 39 185 francs.

Cette liste nominative rappelle que le secret fiscal, souvent essentialisé comme expression d'un particularisme national, de croyances catholiques ou de claustrophobie sociale, est une invention récente. Dans les années 1920, la publicité fiscale ne crée pas le scandale, elle était considérée comme parfaitement banale. (Déjà la loi de 1849 avait instauré la publication annuelle au Mémorial de listes générales nominatives, la première, rendue publique en 1850, renseignait sur 9 080 contribuables.) Vue d'aujourd'hui, cette transparence fiscale paraît extravagante : Rongé par un manque chronique de moyens, le fisc comptait-il sur le contrôle social (ou la délation) des voisins ? Les contribuables étaient-ils fiers d'afficher leur fortune, et leur sens civique ; à la manière de philanthropes qui font graver leur nom sur des ailes de musées ?

« *C'est l'époque de la lutte fiscale, une nouvelle lutte des classes, où penser la fiscalité se ramène à penser la guerre* »

(Alain Steichen, fiscaliste libéral, 1994)

Au lendemain de la Grande Guerre, la situation financière des États européens est désastreuse, le besoin en recettes brûlant. En 1927, le député du Parti de la Droite Albert Wagner s'écrit : « Messieurs, croyez-vous qu'après la guerre affreuse qui a causé tant de ruines et qui a détruit tant de valeurs [...] il soit encore possible de pourvoir aux besoins de l'État avec les mêmes contributions qu'on percevait en 1914, lorsque le monde était florissant ? » Le gouvernement luxembourgeois serre la vis : il introduit une taxe sur les « bénéfices extraordinaires de guerre » en 1917, relève le taux maximal de quatre à six pour cent en 1919 et introduit une surtaxe en 1921 qui frappe les contribuables nantis. Or, en comparaison européenne, les taux restent bas. En Allemagne et en Angleterre, le taux passe de quatre respectivement huit à quarante pour cent entre 1914 et 1919. En France, c'est l'une des Chambres les plus à droite de l'histoire de la République, qui, en 1920, porte le taux supérieur à cinquante pour cent.

En 2008, le patriarche du Barreau André Elvinger notait que « notre droit fiscal est le fruit, si l'on peut dire, de conquêtes et d'occupations ». L'ironie de l'histoire, c'est que la mise en pratique de la progressivité date de l'Occupation nazie. En septembre 1940, la Abgabenordnung allemande est introduite par la Zivilverwaltung, et avec elle un nouveau taux maximum de 54 pour cent, censé financer la guerre totale. En 1944, de retour d'exil, le gouvernement décide de garder intacte la législation allemande sur les revenus ; généré, il préféra pourtant ne pas officiellement la publier. Pour financer la reconstruction du pays et l'État providence, les taux maxima resteront à un niveau élevé, sans que cela ne suscite un débat : ils atteindront leur record historique (57 pour cent) en 1985.

Le principe de la progressivité ne sera plus officiellement remis en question. Pour en trouver une critique récente, il faut consulter la thèse de doctorat soutenue en 1994 par l'iconoclaste Alain Steichen. « C'est l'époque de la lutte fiscale, une nouvelle lutte des classes, où penser la fiscalité se ramène à penser la guerre », écrit le juriste. Dans cette configuration, Steichen voit les riches comme un groupe faible, car politiquement minoritaire : « Les contribuables aisés restent démunis, désorganisés, désarmés. Il se laissent doucement tondre. Leurs bêtises sont entendus, mais ils n'effraient personne ». De cette vision victimisante, il en arrive à revendiquer « des majorités qualifiées, voire l'unanimité » en matière budgétaire ; ceci afin d'éviter « la spoliation des groupements minoritaires ». (Alternativement, le « mode de nomination » des législateurs pourrait être changé, écrit Steichen, plaçant implicitement pour une gouvernance technocratique, post-démocratique.)

L'histoire invalidera les hantises hayékiennes qui tourmentaient l'avocat fiscaliste en 1994. Dans les années 1980 et 2010, le taux maximum passera de 57 à 42 pour cent. L'impôt sur la fortune sera aboli en 2005 dans l'espoir d'attirer experts et UHNWI dans la juridiction grand-ducale. La progressivité, bien que maintenue en principe, sera minée par des régimes dérogatoires, introduites par la petite porte, via des circulaires illégales comme celle sur les stock-options. Dans *Le Capital au XXI^e siècle*, Thomas Piketty constate que « le prélèvement fiscal est aujourd'hui devenu régressif au sommet de la hiérarchie des revenus », un phénomène qu'il s'explique par l'importance qu'ont prise les revenus du capital qui échappent en large partie au barème progressif. Steichen n'est pas dupe. En 1994, le fiscaliste, alors associé de PWC, est bien placé pour savoir que le néolibéralisme a remporté la manche. Dans la conclusion de sa thèse, il note que le droit fiscal est « le reflet d'une religion nouvelle particulièrement développée au Luxembourg [...] dont la doctrine tient en un seul canon : les textes constitutionnels doivent plier devant les lois économiques, notamment celle de la course internationale à la compétitivité fiscale ». Comme les crises et ruptures mondiales qui l'ont précédée, la pandémie ébranlera ces dogmes. ●

CRIME ORGANISÉ AU TEMPS DU COVID-19

Exceptionnelle « résilience »

Fabien Grasser

La Covid-19 a tout bousculé. Les trafiquants de drogue ont adopté la livraison à domicile, des escrocs vendent sur internet des masques jamais livrés, des criminels blanchissent leur argent auprès d'entreprises en difficulté...

« Après avoir été un frein au développement des marchés illicites en raison des politiques de confinement adoptées par la quasi-totalité des pays, la pandémie s'est révélée, grâce à une faculté d'adaptation, un formidable moteur de l'expansion de l'économie illicite », constate Chantal Cutajar, directrice du Collège européen des investigations financières et analyse financière criminelle (CEI-FAC). Cet organisme, situé à Strasbourg et financé par des fonds européens, a résumé, le 14 octobre, la façon dont le crime organisé prospère sur la crise sanitaire et ses conséquences économiques. Au cours d'une conférence dans la capitale alsacienne, des membres d'Interpol, d'Europol, de Tracfin et un sociologue ont décrit l'opportunisme dont fait preuve la grande délinquance face à la situation inédite créée par la Covid-19.

Mais de quoi parle-t-on précisément quand on évoque la criminalité organisée ? « C'est un groupe d'au moins trois personnes, structuré sur une période de temps relativement étendue et dont le but est de commettre un délit grave, puni d'au moins quatre ans d'emprisonnement, afin d'obtenir directement ou indirectement un avantage matériel ou financier », explique Olivier Chainet, spécialiste de la lutte contre le blanchiment d'argent à Europol, précisant que cette définition fait autorité dans la plupart des pays. L'agence européenne de police criminelle recense 5 000 de ces groupes en Europe, dont sept sur dix « ont une dimension internationale ». La nature tentaculaire des mafias italiennes ou des triades chinoises fait exception parmi une multitude d'organisations de taille plus modeste ou moins médiatisées.

Une fois ce constat posé, il convient de réfléchir à ce qu'est la Covid-19 : « C'est une maladie virulente et mortelle dans certains cas, pour laquelle il n'existe pour l'heure ni vaccin, ni remède. Son origine n'est pas établie avec certitude et son évolution n'a pu être enrayée que par des mesures drastiques. Cela donne un joli cocktail qui alimente les peurs et les fantasmes. Et vous avez des gens qui, pour certains, se sont retrouvés seuls chez eux pendant deux mois, sans lien familial ou amical, et ont succombé aux multiples sirènes d'internet », analyse un enquêteur de Tracfin, la Cellule de renseignement financier (CRF) rattachée au ministère français des Finances.

Au Luxembourg, ce « joli cocktail » a donné lieu à des arnaques des plus classiques. Le 31 mars, en plein confinement, c'est le site internet de l'ambassade des États-Unis qui mettait en garde contre des individus opérant autour de Capellen, Mamer et Holzem, proposant à des personnes âgées de désinfecter leur domicile à des tarifs exorbitants. Des escroqueries sur internet ont aussi visé le Grand-Duché, comme des dizaines d'autres pays. Un mail dans lequel apparaissait frauduleusement le logo de l'Organisation mondiale de la santé (OMS) appelait aux dons pour lutter contre la pandémie. Un autre mail, toujours siglé OMS, proposait de consulter une carte interactive sur la présence du virus. Cette carte dissimulait un *malware* permettant aux escrocs de pirater les données des victimes, comme les codes d'accès aux comptes bancaires.

De janvier à avril, Interpol a dénombré 907 000 messages non sollicités et 48 000 pages internet malveillantes avec des messages soulignant le caractère urgent et tragique de la pandémie. Comme l'attestent les profits exceptionnels engrangés par les Gafa pendant cette période, des centaines de millions de personnes confinées dans le monde ont passé beaucoup plus de temps sur internet qu'à l'accoutumée. Un vivier inépuisable de victimes potentielles pour les délinquants. La fréquentation du *darkweb* a également connu une forte hausse avec l'achat de stupéfiants en ligne et une augmentation des échanges de matériel pédopornographique.

« Il n'y a pas de nouveauté dans les modes opératoires, on est sur une permanence des méthodes de fraude et de la criminalité organisée, il y a juste un effet d'opportunisme et d'aubaine », constate l'enquêteur de Tracfin.

D'abord ralentis dans leur business, les trafiquants de drogue ont profité de la précarité des travailleurs de la livraison à domicile pour leur faire convoier des stupéfiants. Alors que le monde entier était assigné à domicile, les livreurs de repas circulaient librement sur leurs vélos et certains y ont parfois trouvé un moyen d'augmenter leurs modestes revenus. Des interpellations ont eu lieu dans plusieurs pays. Mais pas au Luxembourg : « Pendant le confinement, il a été constaté qu'il y avait moins de stupéfiants en circulation. En conséquence, la qualité du produit a diminué et les prix ont augmenté. La demande était supérieure à l'offre car les trafiquants de drogue avaient des difficultés à faire parvenir leurs marchandises au Luxembourg en raison des frontières partiellement fermées. Il n'a pas été possible d'établir que des services de livraison se soient développés », précise la police grand-ducale au *Land*.

Au Luxembourg, pendant le confinement, la qualité des drogues mises sur le marché a baissé et les prix ont augmenté

Ailleurs, la Covid-19 a généré des violences entre bandes rivales de dealers. A Strasbourg, par exemple, les tentatives d'homicide ont augmenté de vingt pour cent durant le confinement en raison de ces logiques de conquête de territoires.

Les délits les plus sophistiqués ont néanmoins visé les gouvernements, établissements publics et entreprises. Les cas les plus pernicieux sont ceux ayant ciblé les hôpitaux au moment où ils étaient submergés. En mars, en République tchèque, un hôpital a été victime d'un « rançongiciel » l'obligeant à rediriger les malades vers d'autres hôpitaux, à annuler des opérations urgentes et à fermer sa maternité et son service pédiatrique. Dans ces affaires, la rançon exigée par les hackers pour mettre fin à leurs forfaits correspondait assez précisément au préjudice qu'ils pouvaient occasionner, note Interpol. « Ces attaques contre les infrastructures de santé pendant la crise sont particulièrement menaçantes et comportent des risques réels », déplore Olivier Chainet, l'agent d'Europol.

La pénurie de masques, de gel hydro-alcoolique et de médicaments antiviraux au printemps a ouvert un boulevard au crime organisé. Dès le 2 mars, l'opération « Pangea XIII » a mobilisé, sous l'égide d'Interpol, 90 pays dans la chasse aux contrefaçons. Plus de 48 000 colis ont été saisis et 121 personnes arrêtées en une semaine. Ces marchandises étaient vendues sur internet et incluaient de la chloroquine.

Pendant que des diplomates américains écumaient les tarmacs des aéroports chinois et raffaient, à coup de surenchères, les stocks de masques destinés à l'exportation, des organisations criminelles se reconvertissaient en fournisseurs virtuels de ces produits. En Allemagne, une entreprise mandatée par le gouvernement pour l'achat de masques a ainsi été délestée de 2,3 millions d'euros dans une affaire associant adresses mails piratées, avances de fonds et blanchiment. Flairant l'arnaque, les dirigeants de la société ont rapidement alerté leur banque pour bloquer les avances versées sur des comptes en Irlande et aux Pays-Bas. Grâce à la coopération internationale, les comptes ont été récupérés et plusieurs personnes arrêtées en Europe et au Nigeria, pays où se trouvaient les cerveaux de l'opération.

Ce cas n'est pas isolé, rapporte Alexander Resch, d'Interpol, citant des « escroqueries par défaut de livraison », ayant toutes en commun la multiplication de comptes bancaires domiciliés dans plusieurs pays. En trois ou quatre jours, les fonds sont virés d'Espagne vers la Hongrie, la Pologne, l'Allemagne, les Pays-Bas, etc. Le but est de brouiller les pistes menant au bénéficiaire final du larcin. « Cela montre que l'argent ne reste jamais longtemps sur les comptes

et, surtout, qu'il faut agir vite et qu'on ne peut pas arrêter les enquêtes aux frontières de chaque pays », soutient Alexander Resch. Il insiste sur la nécessité de renforcer la coopération internationale et d'échanger rapidement les informations entre les Cellules de renseignement financier (CRF) dont sont dotés la quasi-totalité des pays dans le monde.

« L'argent du crime organisé est comme l'ADN dans un crime de sang », soutient Chantal Cutajar, la directrice du CEI-FAC. « Les enquêtes financières sont le meilleur moyen de lutter contre ces groupes car elles retracent les flux d'argent, mettent en évidence les liens entre les personnes impliquées, fournissent des documents servant de preuves et permettent finalement de saisir les avoirs et biens des criminels », explique-t-elle au *Land*, en marge de la conférence du 14 octobre.

La pandémie a accentué les liens entre la criminalité organisée et les organisations terroristes

Les banques jouent un rôle de premier plan dans ce dispositif car il leur appartient de déclarer les opérations suspectes aux CRE. Au Luxembourg, le nombre de déclarations émanant des établissements financiers « a été plus élevé pendant la crise », confirme Max Braun, directeur de la CRF luxembourgeoise. « Dans un premier temps, elles étaient liées à la vente de gel hydro-alcoolique, ensuite de masques et en dernier lieu de médicaments. Il s'agissait de produits contrefaits ou qui n'ont jamais été livrés. Nous avons beaucoup travaillé avec les



Saint Michel, patron des policiers

professionnels de la place financière pour obtenir les informations rapidement et la coopération internationale a été de qualité. » Résultat : les fonds liés à ces escroqueries ont tous été interceptés.

En 2019, plus de 57 millions d'euros suspectés d'appartenir au crime organisé ont été bloqués au Luxembourg. Dans le cadre de la crise sanitaire, les sommes bloquées sont jusqu'à présent modestes, « cela tourne souvent autour de 50 000 euros », précise Max Braun. Ces dernières années la CRF luxembourgeoise s'est arrogée une expertise reconnue dans la lutte contre les « escroqueries au président », également appelées « fraudes aux faux ordres de virement ». Celles-ci peuvent revêtir diverses formes, comme de pousser le comptable d'une entreprise ou un salarié proche du patron à effectuer un virement bancaire en usurpant l'identité de ce dernier. Parfois, c'est le patron lui-même qui est abusé et ordonne un virement vers des comptes détenus par des criminels. Ces fraudes prospèrent depuis le début de la crise sanitaire.

Les grandes places financières sont plus exposées au blanchiment, juge Chantal Cutajar. Circonstance aggravante, les directives anti-blanchiment sur lesquelles reposent la lutte contre l'argent sale dans l'Union européenne « ne sont pas toujours transposées de façon suffisante par certains États membres », au nombre desquels elle cite le Luxembourg. Pour la directrice du CEI-FAC, l'obstacle est politique : « La Commission européenne fait régulièrement des propositions fortes, mais elles sont souvent rejetées par le Conseil des chefs d'État et de gouvernement. Cela fait trente ans que nous avons identifié le problème : les sociétés écrans. Nous savons qu'elles ne servent qu'à contourner les obligations légales. Il faut les interdire. »

Max Braun s'inscrit en faux par rapport à cette affirmation, estimant que ces sociétés ne posent pas problème si elles sont bien réglementées. « L'instauration, il y a deux ans, d'un registre des bénéficiaires effectifs freine leur usage frauduleux. Ouvrir un compte à travers des sociétés écrans n'est plus si simple », argumente-t-il. Sachant qu'un bénéficiaire effectif doit être déclaré dès lors qu'il contrôle au moins 25 pour cent de l'entreprise, le directeur de la CRF reconnaît

cependant que ce cadre peut être contourné en fractionnant de manière fictive le capital de la société. « Certains abusent de ces dispositions », concède le directeur de la CRF, se prévalant des formations dispensées aux professionnels du secteur financier afin qu'ils vérifient la validité des structures.

Le Luxembourg, à l'image des Pays-Bas ou du Royaume-Uni, est souvent cité parmi les pays européens entravant l'adoption de mesures anti-blanchiment plus efficaces. Ces pays ne veulent pas nécessairement encourager le recyclage d'argent criminel mais protéger un modèle économique dans lequel les sociétés écrans servent également aux multinationales pour minimiser leurs impôts. Blanchiment et évasion fiscale s'appuient sur des montages parfois proches.

« Politiquement, il faut prendre conscience de l'imbrication du crime organisé dans le système financier », insiste Chantal Cutajar : « Les politiques doivent comprendre comment leurs décisions peuvent servir le crime organisé. En 2008, au plus fort de la crise, la sphère financière s'est ouverte à la criminalité organisée. Pour les criminels, le but est de générer suffisamment d'argent pour acheter la décision politique. Le crime organisé est un poison pour la démocratie qu'il déconstruit en favorisant la corruption à l'échelle planétaire », prévient la directrice du CEI-FAC.

Au Luxembourg, les autorités n'ont pas, à ce jour, connaissance d'injection d'argent criminel dans des sociétés mises à mal par la pandémie. Mais c'est déjà le cas dans d'autres pays, comme l'Italie, où le crime organisé accorde des prêts ou rachète des parts d'entreprises en difficulté. Cela touche aussi bien les petites entreprises que les grands groupes.

Autre phénomène inquiétant constaté ces derniers mois : le rapprochement entre criminels et terroristes. « Il s'agit en principe d'organisations très différenciées. On savait qu'il y avait déjà des liens, mais le Covid-19 les a accentuées. Immigration clandestine, trafic d'armes et de drogue sont des terrains de coopération entre criminalité et terrorisme », avertit Olivier Chainet, d'Europol. C'est incontestable, le crime organisé est « résilient » face à la pandémie. ●

Le droit chemin

Georges Canto

Dans leur lutte contre le Covid-19, les gouvernements prennent des mesures contraignantes pour consommateurs et épargnants



François Mitterrand, ici à Luxembourg le 29 juin 1981 pour son premier déplacement

de président à l'étranger, a eu recours à l'emprunt public contraint en 1983

La lutte contre le coronavirus se traduit depuis plusieurs mois, et pour une durée qui reste indéterminée, par des mesures de restriction de toutes sortes : confinements généraux ou ciblés, couvre-feux, limitation des déplacements et des regroupements ou encore jauges dans les espaces recevant du public comme les magasins, les musées ou les stades. À cela s'ajoutent des obligations de comportements, sanctions financières à la clé, comme le port du masque. Bon gré mal gré les populations ont fini par s'habituer à ces contraintes dont plusieurs portent pourtant directement atteinte aux libertés publiques. Le problème est que ces dispositions coercitives, pour le moment circonscrites à la sphère sociale, risquent bien de s'étendre à la vie économique. Pourquoi risquer-t-on d'en arriver là ?

Dès le début des confinements, qui avaient mis à l'arrêt un grand nombre d'activités économiques, la plupart des États ont compensé la baisse des

revenus des ménages grâce à des dispositifs plus ou moins généreux de chômage partiel. Dans certains pays, on n'a pas hésité à mettre en œuvre le principe de la monnaie hélicoptère. Théorisé par le prix Nobel Milton Friedman à la fin des années 60, il consiste à distribuer directement de l'argent aux ménages, sans contrepartie et parfois sans conditions, pour soutenir leur consommation. Aux États-Unis un *stimulus check* de 1 200 dollars, familièrement appelé « chèque Trump », a été adressé au printemps à tout adulte ayant gagné moins de 99 000 dollars l'année précédente, à quoi s'ajoutait 500 dollars par enfant à charge âgé de moins de 17 ans. Près de 160 millions de personnes en ont alors bénéficié pour un total colossal de 218 milliards de dollars. Début octobre, le président américain envisageait un « deuxième round ». En France le gouvernement a annoncé le 24 octobre le versement fin novembre de 150 euros aux personnes les plus fragiles : bénéficiaires du revenu

minimum, chômeurs en fin de droits et 1,3 million de jeunes de moins de 25 ans.

Les résultats des aides monétaires n'ont pas été à la hauteur des espérances. Privés d'occasions de dépenser pendant plusieurs semaines et soucieux de constituer une épargne de précaution en prévision d'un fort ralentissement économique, les ménages ont bien moins consommé qu'attendu, accroissant de ce fait même la probabilité de survenance d'une crise (on parle de « d'anticipations auto-réalisatrices »). D'où l'idée assez simple, pour éviter que l'argent distribué ne disparaisse dans une sorte de « trappe à liquidité », de les obliger à consommer ! Il suffirait pour cela de leur distribuer, à la place des aides monétaires (en totalité ou en partie) des bons d'achat à caractère général ou ciblés sur certaines dépenses.

Un exemple en a été donné cet été au Grand-Duché, avec le bon de cinquante euros d'héberge-

ment offerts aux résidents de plus de seize ans et aux frontaliers, à utiliser au Luxembourg entre le 15 juillet et le 31 décembre. Destiné à soulager le secteur Horeca très touché par la crise sanitaire, il a été distribué à 700 000 personnes mais curieusement pas aux touristes ou aux voyageurs d'affaires. Même si aucun chiffre n'a encore été publié sur son efficacité, un calcul simple montre qu'il aura permis l'injection de 35 millions d'euros au minimum dans l'hôtellerie locale. Si la consommation n'a pas pris le chemin espéré, les optimistes auraient pu se consoler en remarquant qu'à défaut d'un rebond des dépenses, une épargne abondante s'est constituée, ce qui est favorable à l'investissement et donc à la croissance. Là aussi leurs espoirs auront été douchés. Loin de se porter sur les marchés financiers, l'épargne accumulée depuis le début du confinement a surtout été déposée sur des supports bancaires liquides et sûrs (compte-courants, livrets, dépôts à terme). De ce fait, la possibilité de la convertir en prêts à moyen ou long terme à l'économie (ce qu'on appelle la « transformation bancaire ») reste limitée. En France ces supports ont engrangé 63 milliards d'euros au deuxième trimestre, contre 30,6 au premier et à peine 16,5 au dernier trimestre 2019 ! À ce moment, ils représentaient déjà près du tiers (30,3 pour cent précisément) du patrimoine financier des ménages.

Au Luxembourg, selon un document publié par la Banque centrale le 2 octobre, alors qu'entre les mois d'août 2019 et août 2020 la somme des bilans des établissements de crédit a augmenté de deux pour cent, les dépôts bancaires des ménages ont crû de 5,6 pour cent pour atteindre 2 287 millions d'euros. Or, dans de nombreux pays européens existent, de longue date (depuis 1978 en France), des incitations fiscales fort coûteuses pour les finances publiques, destinées à fléchir l'épargne des ménages vers le financement direct des entreprises sur les marchés financiers. Force est de reconnaître qu'elles n'ont pas porté leurs fruits car, surtout en temps de crise, la préférence pour la liquidité l'emporte. D'où une autre idée simple : puisque les incitations ne suffisent pas, pourquoi ne pas recourir à la coercition ? Mais sous quelle forme ? Comme il est difficile d'obliger des particuliers à acheter des actions, des obligations privées ou des parts de fonds communs de placement, on pourrait recourir à une technique éprouvée en France depuis plus de deux siècles : l'emprunt public forcé !

L'Hexagone voisin l'utilise en effet depuis l'époque de la Révolution et sans seulement en période de guerre. La dernière fois en 1983, lors d'une crise budgétaire survenue deux ans après l'arrivée de la gauche au pouvoir. Tous les contribuables payant plus de 5 000 francs d'impôt (1 700 euros d'aujourd'hui en parité de pouvoir d'achat) furent contraints de souscrire à un emprunt d'État à hauteur de dix pour cent du montant de leur impôt total. L'opération permit de collecter quatorze milliards de francs, somme équivalente en pouvoir d'achat à 4,4 milliards d'euros d'aujourd'hui, intégralement remboursés en 1985 avec des intérêts annuels de dix pour cent. La technique a été utilisée plus récemment en Californie (en 2009 au moment de la crise elle a augmenté de dix pour cent le prélèvement à la source des contribuables avec un remboursement sans intérêts dès 2010) et en Inde (printemps 2020), mais à l'instar de la France, plutôt comme un moyen de renflouer temporairement les budgets publics que pour financer directement l'économie. Or, un emprunt forcé à moyen ou long terme (cinq à dix ans) permettrait justement de créer une sorte de « cagnotte » pouvant être investie sous l'autorité de l'État dans des emplois productifs. Autre avantage : les fonds pourraient aussi être fléchés vers des entreprises non présentes en bourse, alors que le nombre de sociétés cotées (900 en France, 400 en Allemagne sur le marché principal) est ridiculement faible par rapport au tissu économique. L'argument fait moins de sens pour un pays AAA qui emprunte à taux négatifs.

On pourrait voir là des mesures d'exception, par nature temporaires, liées à une des plus grandes pandémies connues depuis un siècle (le nombre de décès a désormais dépassé celui de la grippe de Hong-Kong qui fit un million de victimes entre 1968 et 1970 et approche du bilan

Pour que les comportements répondent mieux aux préoccupations macro-économiques

de la grippe asiatique de 1957). Il n'en est rien. Elles s'inscrivent dans une tendance, antérieure au Covid-19, de « mise sous contrainte » des consommateurs et des épargnants en contrepartie des aides ou incitations qui leur sont accordées. Il s'agit en quelque sorte de les mettre dans le droit chemin pour que leurs comportements répondent mieux aux préoccupations macro-économiques. Ainsi on reproche de plus en plus aux ménages de ne pas consommer à bon escient. Illustration avec la polémique née en France il y a plusieurs années au sujet de l'Allocation de rentrée scolaire (ARS) : cette indemnité, qui existe depuis 1974, a été versée fin août à quelque trois millions de ménages rassemblant cinq millions d'enfants pour un coût total de plus de 2,5 milliards d'euros soit 25 pour cent de plus qu'en 2019 car pour cause de Covid, elle a été revalorisée de cent euros par enfant. Sous condition de ressources, toute famille ayant au moins un enfant scolarisé de plus de six ans et de moins de 18 ans, a touché de 490 à 504 euros par enfant, selon son âge. Pour un foyer avec trois enfants se situant au plafond de revenus, cela a représenté environ un demi-mois de revenu. Depuis longtemps on soupçonne certains ménages de ne pas la consacrer intégralement à des dépenses liées à la rentrée scolaire comme les achats de fournitures, de vêtements et de chaussures, sans parler des assurances et abonnements associatifs, sportifs et autres. Le versement de l'ARS ferait aussi le bonheur, selon de nombreux témoignages (toutefois jamais étayés à ce jour par des études sérieuses) des vendeurs d'électroménager, de téléphones portables et de matériel audio et vidéo. Même si l'on peut soutenir, en se fondant par exemple sur le travail à distance auquel les écoliers, collégiens et lycéens ont été contraints pendant les confinements, que l'achat d'un téléviseur ou d'un ordinateur répond aujourd'hui à une nécessité pédagogique, les abus sont possibles car les dépenses ne font pas l'objet de contrôles.

Des parlementaires de tous bords, à l'exception notable de l'extrême-gauche, ont proposé de modifier le dispositif. Plusieurs pistes ont été évoquées : des chèques dédiés à l'achat de matériel scolaire et de vêtements, sur le modèle des chèques cadeaux valables uniquement dans certains endroits, ou des « trousseaux » de fournitures distribués par les communes ou par les écoles (qui recevraient donc une partie de l'allocation pour elles-mêmes les achats). Pour Samia Ghali, députée socialiste de Marseille, avec les trousseaux « il n'y aurait plus de listes de fournitures pour les parents et ça éviterait la course aux marques ». Des associations diverses voient dans ce projet une restriction à la liberté d'acheter et un sondage a montré que soixante pour cent des bénéficiaires de l'ARS y étaient opposés. Mais c'était en 2013 et les choses ont changé.

Pour ce qui est de l'emprunt forcé, dans un article remarqué du *Financial Times* le 15 septembre 2011 intitulé « Forced borrowing: the WMD of fiscal policy », les experts Jean-Paul Fitoussi, Gabriele Galateri di Genola et Philippe Weil recommandaient d'en faire un instrument courant de la politique budgétaire, écrivant que « l'emprunt obligatoire est une arme non conventionnelle, mais il est grand temps qu'il soit utilisé, même à petite échelle ». Bientôt, peut-être. ●



Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

DIE KLEINE ZEITZEUGIN

Wo die wilden Kerle wohnen

Michèle Thoma

Ab in den Rust Belt, alle vier Jahre! Auch jetzt wieder, ich kenn mich schon gut dort aus, hab schon gute Bekannte dort. Den Mann mit den Zöpfchen im Bart, der Trump wählen wird, den Mann beim Schießtraining, er wird Amerika verteidigen. Sie sind Mitglieder der „Bikers for Trump“. Die Friseurin die ihre Anführerin ist, sie sind Trump-Groupies. Einmal hat sie Trump was ins Ohr geflüstert und er hat ihr zugezwinkert. In ihrem *home* hat sie ein Helenzimmer eingerichtet, voll mit Superman-Postern und Devotionalien. Sie weint vor Rührung, weil sie an Ihn denkt, und weil sie an ihre Kinder denkt. Sie will das Beste für ihre Kinder. Erst recht jetzt, wo sie weiß, was in Amerika wirklich los ist. „Deep State“, sagt sie, und Hollywood. Sie liebe Trump, sagt sie, so ein Draufgänger, ihre Augen leuchten.

Alle vier Jahre machen sich die europäischen Medienmenschen auf Safari in den Rust Belt. Dorthin wo die großen, dicken, grobschlächtigen Amerikaner_innen wohnen. Die europäischen Journalisten lieben den Rust Belt, die Monotonie, die herabgewirtschafteten Orte, die kaputten Vorgärten, die kaputten Menschen. Alle vier Jahre starten die europäischen Journalisten_innen zur Expedition in den rostigen Gürtel, es schaudert sie, wonnigliche Schauer durchrieseln sie. Meistens sind es Männer, und sie gehen zu den echten Männern, die es noch gibt, hier, sie brechen auf in eine verschollene Männerwelt. Frauen gibt es zwar auch, sie stehen ihren Mann. Die europäischen Journalisten *driven* in großen *cars* durch das verrottete Herz der Finsternis, verwegen- sinnend schauen sie zum Fenster raus, wie toll öd es hier ist. Die Kameras sind auf struppige Farmer gerichtet. Sie gehen auf Safari zu Stahlkochern, die keinen Stahl mehr kochen, und Malochern, deren Maloche keiner kauft. Zu exotischen Ureinwohnern, die sie mit der Waffe in der Hand erwarten, fasziniert schauen sie in Gewehrläufe. Dann löchern sie das Gegenüber mit Fragen. Why, warum nur, warum?

Alle vier Jahre entdecken sie das vergessene Herz Amerikas. So poetisch werden sie. Sie entdecken die dicken Menschen, die kleinen Kirchen in den Ebenen, sie entdecken, dass die Menschen schwarz sind und viele Häuser leer. Aber auch die dicken weißen Menschen werden von den europäischen Journalisten entdeckt, sie wurden lange übersehen, sagen die Journalisten selbstkritisch.

Warum wählen Sie Trump? fragt der Journalist aus dem milden europäischen Westen immer wieder,

Der penetrante Neureichtum des Multimillionärssohn ist ihnen näher als demokratischer Geistesadel

schon ganz erregt, sein *street wisdom* ist ja nicht besonders ausgeprägt. Er staunt über den Schießstand hinter der Do-it-yourself-Kirche, in Amerika erbaut sich Mann Kirche wie anderswo ein Schrebergartenhäuschen, Land der unbegrenzten Mini-Möglichkeiten. Dahinter wird geballert. Er staunt über den Gottesmann, ein ganz anderes Kaliber als die letzten Mohikaner zuhause.

Why? Der struppige Farmer wird Trump wählen. Ob schon der ihn nicht gerettet hat. Vielleicht wird er ihn

ja noch retten. Die Kohlekumpel ohne Kohle werden ihn wählen, auch wenn er sie nicht gerettet hat. Zumindest versucht er es ja. Er ist leider nicht immer nett, sagt eine lustige ältere Frau, sie sagt es nachsichtig. Mit leuchtenden Augen, mütterlich.

Da können die New Yorker Intellektuellen noch so sehr rätseln, warum die Leute so sind wie sie sind. Oder sich noch so sicher sein, dass jetzt gar nichts mehr geht für den von ihnen so genannten Irren. Da kann Paul Auster noch penetrant besorgter dreinschauen als vor vier Jahren und Gattin Siri Hustved auch. Weil der Frust Belt noch schlimmer dran ist. Noch rostiger. Da kann sich die aufgeklärte weiße Mittelschicht noch so sehr um die verratenen Armen im Rostgürtel sorgen.

Die lieben Trump, der ohne Maske zu ihnen herabsteigt, wir vor dem Bildschirm sehen nur die Fratze. Das Macher-Image und der penetrante Neureichtum des Multimillionärssohn sind ihnen näher als demokratischer Geistesadel, er spricht wie sie, sie direkt an. Sie spüren keine Arroganz. Keine soziale Distanz. Am liebsten würde ich euch allen einen fetten Kuss geben! schreit Trump. We love you! steht auf den ihm entgegen geschwenkten Schildern. Trump, why? Die Antwort ist Liebe. Liebe, ein schwerer Fall. ●



CHRONIQUES DE L'URGENCE

Faux nez du méthane ?

Jean Lasar

Le gouvernement allemand embrasse l'hydrogène comme un des axes de l'« Energiewende ». L'empresement de la grande coalition à vouloir sanctuariser la place de l'hydrogène dans sa stratégie climatique est cependant quelque peu suspecte. Pourquoi tant de plaidoyers dithyrambiques pour cette solution si elle vraiment aussi performante en termes d'empreinte carbone ?

La stratégie de l'hydrogène semble servir davantage l'industrie allemande que la transition énergétique

Dans la discussion sur les solutions décarbonées, le dihydrogène a cette particularité de ne pas être à proprement parler une source d'énergie – la molécule n'existant pas sur terre à l'état non lié – mais un vecteur d'énergie censé nous aider à décarboner : un combustible produit par vaporeformage ou électrolyse en amont de son utilisation et dont l'ignition entraîne l'émission de vapeur d'eau, mais pas de CO₂ ou d'aérosols.

Bien qu'incolore, l'hydrogène a été affublé dans cette discussion des adjectifs « vert » et « gris ». Le premier résulte d'une production à partir d'énergies renouvelables, le second suppose un recours aux hydrocarbures. Or, la stratégie développée à Berlin prévoit de faire commencer l'ère de l'hydrogène par une importation massive d'hydrogène produit à l'aide de méthane.

Les experts des groupes industriels allemands – que le gouvernement entend charger de faire de l'hydrogène un des pivots de la transition énergétique – présentent ces jours-ci au Bundestag leurs solutions de production, de stockage et de transport, rapporte le site spécialisé *Klimareporter.de*. L'un d'eux évoque une proportion de 80 pour cent pour cent d'importation par l'Allemagne d'hydrogène gris à l'horizon 2030, une ventilation certes bancale du point de vue de la décarbonation mais, assure-t-il, indispensable si

l'on veut garantir aux entreprises allemandes un prix compétitif de ce gaz non carboné. Un représentant de Siemens Energy préconise de miser pragmatiquement sur des solutions hybrides plutôt que de s'enliser dans des discussions idéologiques. Une entité spécialisée de l'institut Fraunhofer jure que de l'hydrogène vert pourra être produit sous peu et massivement à des prix compétitifs dans des régions du monde où le kWh d'origine renouvelable est suffisamment bas.

La discussion est à la fois très technique et grevée d'incertitudes. A quelle vitesse pourront être créées les infrastructures nécessaires à ce remodelage prométhéen ? Quels coûts de revient engendreront-elles ? La demande d'hydrogène sera-t-elle au rendez-vous ? La méfiance est de mise pour plusieurs raisons. Cette stratégie semble servir davantage l'industrie allemande que la transition énergétique. Par son recours au méthane, tributaire de gazoducs ou de navires gaziers, elle pérennise un modèle centralisateur, le contraire des maillages distribués que permettent les renouvelables. Elle ferme les yeux sur le péché originel du méthane, dont on sait désormais qu'il s'échappe dans l'atmosphère en grandes quantités lors de son extraction et contribue de ce fait massivement au réchauffement. La stratégie allemande de l'hydrogène risque de s'avérer d'ici quelques années être un Monopole du méthane – un va-banque incompatible avec l'urgence climatique. ●

ZU GAST

Vorbereitet auf nichts

Mittwoch, 21. Oktober, 16.30 Uhr. Luxemburg liegt bei fast 500 Neuinfektionen am Tag, doppelt so viel wie im Frühling. Paulette Lenert hält eine ihrer unzähligen Pressekonferenzen ab. Die Botschaft: die Lage ist ernst, die Bevölkerung möge verantwortungsbewusst handeln. Doch: es besteht kein Grund zu irgendwelchen neuen Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche.

Freitag, 23. Oktober, 16 Uhr. Genau 48 Stunden nach der lauten öffentlichen Verneinung der Notwendigkeit neuer Maßnahmen durch die Gesundheitsministerin beschließt die Regierung, dass seine Ausgangssperre verhängt wird. Das Parlament würde nach dem Wochenende mit einem Text befassen. Es gibt an diesem Tag 862 Neuinfektionen – ohne die Grenzgänger. Nachdem in gerade mal zwei Tagen also die Welt scheinbar eine völlig andere geworden war, und höchste Eile im Wettlauf mit dem Virus geboten ist, hat die Regierung noch keine Ahnung, was genau sie dem Gesetzgeber vorlegen will. Das Wochenende verstreicht.

Montag, 26. Oktober. Parlament und Staatsrat erhalten einen Textvorschlag. Dieser wird am 27. noch abgeändert. Das Gutachten des Staatsrats liegt am 28. Oktober kurz vor Mittag vor. Am selben Tag soll das Parlament seinen Bericht dazu verfassen und über das neue Gesetz abstimmen. Das geht schief, weil es schief gehen muss: es ist den Abgeordneten schier unmöglich, binnen zwei oder drei Stunden einen parlamentarischen Bericht zu erstellen, der dem Gutachten des Staatsrates – mit seinen vielen Fragen und Anregungen – Rechnung trägt, und den fertigen Text im Plenum zur Abstimmung zu bringen, wo weitere Gesetze zur Beratung anstehen. Die Abstimmung wird vertagt.

Donnerstag, 29. Oktober. Am Nachmittag passiert das neue Gesetz die Abgeordnetenkammer und tritt am Abend in Kraft. Es herrscht Ausgangsverbot zwischen 23 Uhr abends und sechs Uhr morgens. Eine Woche ist seit der Ankündigung der Ausgangssperre vergangen.

Den ganzen Sommer hindurch hätte die Regierung Planspiele durchführen und

verschiedene Gesetzesvorlagen ausarbeiten müssen, je nachdem wie die Situation sich entwickeln würde. Der mögliche Maßnahmen-Katalog ist bekannt, nichts wird neu erfunden: von erweiterter Maskenpflicht bis zum völligen Lockdown reicht das Spektrum des möglicherweise Notwendigen. Zur Rentrée hätten Textvorlagen für jede Eventualität existieren müssen. Die Regierung weiß genau, dass sie für alles, was eingeschränkt werden soll, ein Gesetz braucht. Binnen drei Tagen kann ein vorbereiteter Gesetzestext die Prozedur durchlaufen und in Kraft treten. Wenn etwas vorbereitet ist. Vorbereitet war: gar nichts.

Frank Engel ist Präsident der Christlich-sozialen Volkspartei

Die Welt wäre vielleicht eine andere, wenn während der letzten Monate konsequente Kontrollen der Corona-Regeln stattgefunden hätten. Einmal ganz von einem bestimmten Lokal im Bahnhofsviertel der Hauptstadt abgesehen, wo überhaupt keine Regeln eingehalten werden, weil sich dort jene verlustigen, die über den Regeln stehen: scheinbar gibt es nicht ausreichend Polizeibeamte, um flächendeckend zu kontrollieren. Es gibt aber 24 Polizeibeamte, 9 Zollbeamte und drei Hunde, die am 13. Oktober in Mertert von 5 bis 9 Uhr morgens eine Fahrzeugpapierkontrolle durchführen können, mitsamt polizeilichem Hilfspersonal. Wo liegen eigentlich hier die Prioritäten?

Wir erleben jeden Tag auf eindringlichere Manier, dass die Regierung hoffnungslos überfordert ist. Würde sie doch endlich die „union nationale“ praktizieren wollen, von der Xavier Bettel im Parlament schwadronierte, als der Krisenzustand beschlossen wurde: man könnte ihr helfen. Sie aber will sich nicht helfen lassen. Und so setzt sich der Kontrollverlust fort – mit potenziell gefährlichem Ausgang. ● Frank Engel

D'GEDICHT VUN DER WOCH



Allerhellgen

Jacques Drescher

Jesuitesch liest de Bëschof Vum Prompter säin Appell: „Mir seene net är Griewer Soss komme mer an d'Heill!“

„Et ass mat schwéi'rem Häerzen, Dass mir an eiser Nout Fir d'Liewen eis entscheeden, A net méi fir den Dout.“

„Dir kënn't är Griewer rëschten, Mee maacht et ganz eleng; Mir halen zwar nach Massen, Mee alles vill méi kleng.“

„Biet roueg“, denkt de Bëschof, „Mee t'hëllef't iech net vill, Haut bréngt eis Kierch de Glawen Un d'Wëssenschaft an d'Spill.“



Art week à l'écran

●○○○○

Jusqu'à la semaine dernière, il y a cru et a « résisté », mais ce mardi, Alex Reding s'est rendu à l'évidence et a informé galeries et partenaires : la Luxembourg art week n'allait pas pouvoir se tenir. Alors qu'il allait entamer la dernière ligne droite avec l'installation des cimaises et des œuvres, le galeriste a renoncé à prendre des risques sanitaires et financiers. « Les exposants et le staff, ça représente déjà les cent personnes autorisées », calcule-t-il en fonction des nouvelles limites imposées. Tout en se disant « choqué », Reding n'en est pas moins « préparé ». « Depuis le mois de juin, on travaille à des solutions numériques de qualité que nous allons donc mettre en œuvre. » Sur le site de la foire (luxembourgartweek.lu), le Hall Victor Hugo a été reproduit en 3D, avec les allées et les cimaises que les habitués reconnaîtront. Les galeries ont livré des photos des œuvres

et des directives d'accrochage, le visiteur virtuel pouvant ainsi se promener dans les espaces et zoomer sur les œuvres. « On pourra même imprimer un pdf avec les informations détaillées. » L'idée est évidemment de sauver l'événement et, dans la mesure du possible, les ventes. Les galeries verseront une « participation minimale » pour cette présence en ligne. La communication, la présence dans la ville (photo de l'œuvre de Jaume Plensa installée au Limpertsberg : sb), les partenariats restent assurés. La moitié du budget est épargnée par l'absence d'installation et les partenaires institutionnels (ministère de la Culture et Ville de Luxembourg) et les sponsors privés (qui représentent vingt pour cent du budget) affichent une solidarité qui devrait permettre de ne pas y laisser trop de plumes. [fc](#)

Famille virtuelle

●●●●○

C'est à peu près la démarche inverse de celle de la Art Week que le Mudam a entrepris avec sa plateforme *Me, Family* (mefamily.mudam.com). « Quand nous avons réalisé que nous ne pourrions pas réaliser l'exposition, nous avons changé de projet pour garder les idées et transformer l'exposition en quelque chose de spécifiquement digital », explique Suzanne Cotter, directrice du Mudam. Conçue par Base Design en dialogue avec les commissaires de l'exposition, Francesco Bonami et Emanuela Mazzonis di Pralaféra, cette plateforme interactive invite le visiteur à s'immerger dans les œuvres (de 24 artistes) présentées et interagir avec les autres visiteurs en temps réel. La thématique est inspirée de l'exposition *The Family*

of Man qu'on ne présente plus, avec l'idée de dresser un portrait de l'humanité en ce début du 21^e siècle : progrès technologique, innovation numérique, divertissement pour les uns, aliénation, inégalités sociales, guerres ou crises climatique pour les autres. Le projet connaît des ramifications dans une publication, des événements et... une exposition bel et bien réelle avec des œuvres de la collection (jusqu'au 21 mars 2021). [fc](#)

MUSIQUES

« Nouvelle » musique

●●●○○

La musique électroacoustique occupe encore aujourd'hui une position d'outsider sur la scène culturelle et c'est pour palier ce manque de visibilité que les Saarbrücker Tage für elektroakustische und visuelle Musik se tiennent chaque année. La septième édition qui se terminera dimanche comprend un programme d'œuvres de compositeurs régionaux et internationaux en coopération avec divers ensembles et artistes vidéo et sonores. L'idée est de briser les préjugés contre la « nouvelle musique » à travers des concerts et des rencontres. Au fur et à mesure, le festival n'a cessé de se développer et est très fréquenté, promettant de découvrir de nouveaux mondes musicaux et visuels. Les concerts ont lieu au KuBa, Centre culturel de l'EuroBahnhof. On retiendra par exemple la prestation de Matthias Krüger, *Trace lumineuse 1 pour basson et électronique*, le

concert de la nouvelle génération, issu d'un appel à participation, la pièce audiovisuelle *Urbis Imago* de Massimo Vito Avantaggiato, la vidéo *Némo* du Coréen June Young Will Kim ou le solo *Des éclairs* par Hervé Birolini sur bobines de Ruhmkorff. Détails du programme sur www.evimus.de. [fc](#)

SCÈNES

Premières

●●●○○

L'édition de novembre du 3 du Trois verra la première de la pièce *AdH(A)rA* de la chorégraphe luxembourgeoise Rhiannon Morgan inspirée par la philosophie bouddhiste (photo : sb). Ce concept métaphysique décrivant un système de cinq couches enveloppant l'être humain où tout ce qui nous distingue du reste de l'univers est rassemblé afin que la conscience puisse s'exprimer pleinement. Interrogeant alors ses propres masques, Rhiannon Morgan propose une progression en cinq actes successifs, à la recherche de sa propre authenticité. La soirée permettra aussi de découvrir *Narr : pour entrer dans la nuit*, le spectacle de sortie de résidence de



la compagnie KiloHertz (KHZ) portée par le chorégraphe français Vidal Bini. La pièce rassemble les deux pans de la démarche de la compagnie : le triangle histoire/mémoire/identité et les enjeux de la pratique de la danse et de sa transmission. Croisant de multiples réflexions sur la perception de la danse dans nos sociétés, ce projet cherche à créer l'impulsion d'une épidémie de vie, joyeuse, folle et peut-être réparatrice. Le 3 novembre à 19h à la Banannefabrik. [fc](#)

Rattrapage

●●●●○



Il faut faire contre mauvaise fortune bon cœur, dit l'adage. Et voilà qu'il se vérifie au Grand Théâtre de Luxembourg : deux pièces qui devaient partir en tournée ne pourront pas traverser les frontières et se jouer à Namur et à Châlons. Les deux créations *Breaking the Waves* et *Hedda Gabler* réinvestiront dès lors les planches du Grand Théâtre. La première, mise en scène par Myriam Muller avait marqué la saison 2018-2019 et sera présentée ce vendredi, le 30 octobre à 19h. La seconde est sans doute le grand succès de la rentrée, avec sept

représentations complètes (photo : Antoine de Saint-Phalle). La pièce d'Ibsen mise en scène par Marja-Leena Junker, sera donnée une huitième fois le jeudi 5 novembre à 19h00. [fc](#)

POLITIQUE

Es wird still

●○○○○

Ohne K-uns-t und Kultur wird's still, ist ein Slogan, der sich gerade in Windeseile über die sozialen Netzwerke verbreitet. Damit solidarisieren sich Kunstschaffende und Kulturinteressierte mit der Kulturszene, der die Corona-Pandemie ohnehin arg zusetzt. Sie wird durch die Verschärfungen der sanitären Schutzauflagen zusätzlich gebeutelt, die, das sagte Kulturministerin Sam Tanson (Grüne) in einem Webinar für die Kulturschaffenden, ab Freitag in Kraft treten: Events nur mit zwei Meter Sicherheitsabstand und sitzend, ab zehn Personen plus Maske und bis 100 Personen maximal im Saal, kein Getränkeauschank, der Verzicht von Vernissagen und Ausgangssperre ab 23 Uhr bedeutet nicht für Veranstalter/innen, dass sie ihr Publikum drastisch reduzieren müssen, sondern dass manche Veranstaltungen komplett ausfallen beziehungsweise abgesagt werden. Für immer mehr selbständige Kunstschaffende geht es inzwischen um die nackte Existenz. Die Regierung werde

in den nächsten Tagen über zusätzliche Hilfen für die Szene beraten, so Tanson weiter. [jh](#)

Flicage

○

Il y a quelques semaine, nous présentions dans cette page, l'initiative du collectif Lagerkultur qui a investi un restaurant fermé de Sandweiler pour y proposer des après-midis de musique électronique. Et voilà que la jeune bande fait l'objet d'une enquête judiciaire pour violation des mesures sanitaires, ce dont ils se défendent. Le 17 octobre, la police a été contrôler l'endroit à la suite de plaintes pour des nuisances sonores, ce que les organisateurs ne nient pas. Ils ont mis fin à la soirée peu après 23h. Mais la plainte concerne aussi la conformité du lieu avec les restrictions sanitaire et le nombre de personnes présentes. « Notre espace a été conçu pour éviter une propagation du virus avec une capacité strictement réglementée, des réservations limitées et pas de déplacements autorisés », se défend le collectif sur sa page Facebook en regrettant un manque d'estime de la part des policiers. Les organisateurs se sont sentis traités en criminels par le seul fait d'exister et de faire exister la culture. Ils ont mis leurs événements entre parenthèses en attendant d'améliorer encore leur dispositif, en concertation avec le ministère de la Santé. Ils espèrent encourager un dialogue constructif entre les autorités et les acteurs de la culture et de la nuit. [fc](#)

ART CONTEMPORAIN

Bourse en images

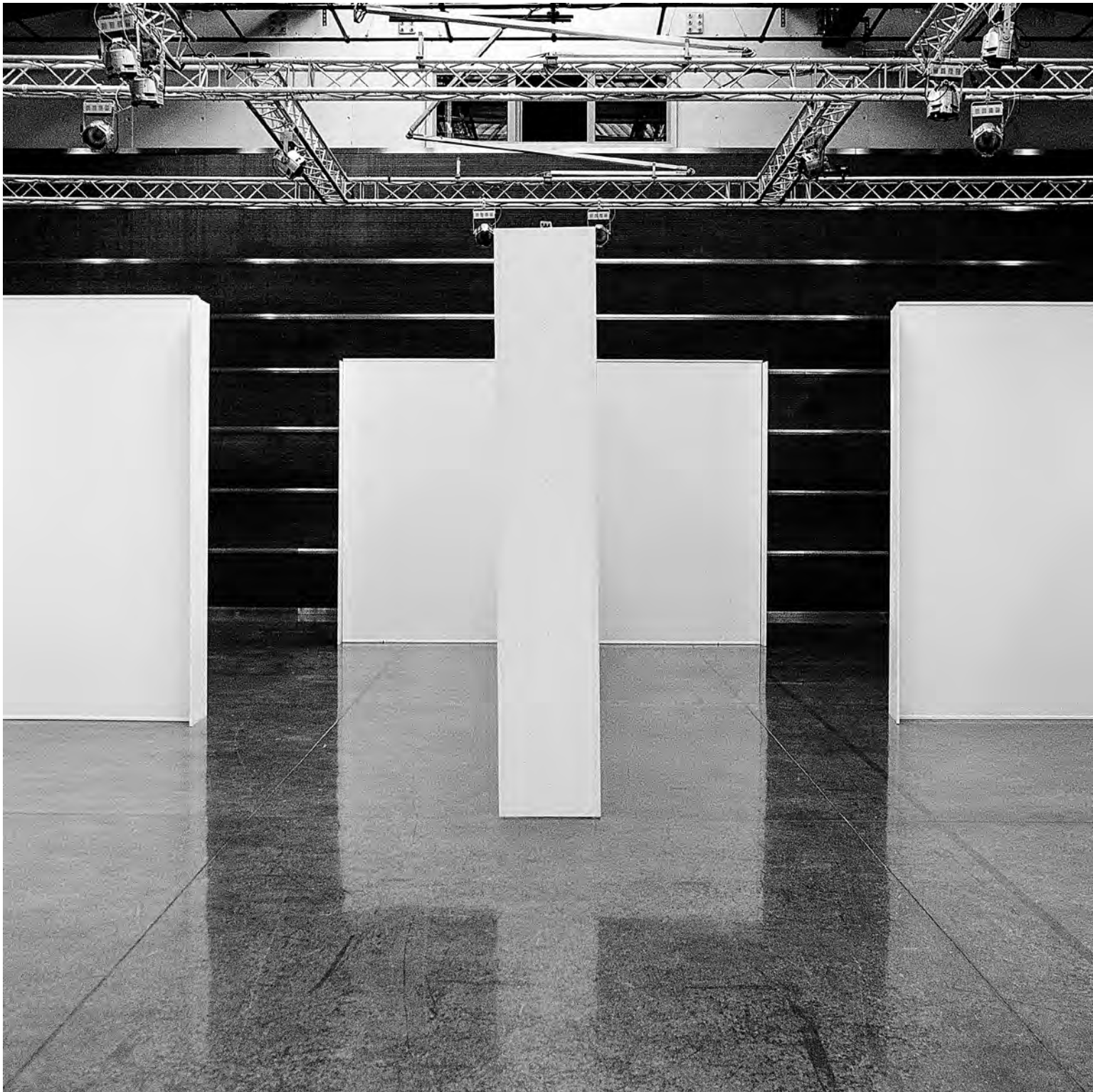
●●●○○

Chaque année, le Centre national de l'audiovisuel (CNA) attribue une aide à la création et à la diffusion en photographie sous forme de bourse. Depuis sa création, 64 projets photographiques ont été soutenus. Pour cette douzième édition, 21 dossiers de candidature ont été remis parmi lesquels le jury a sélectionné six lauréats. La plupart ont déjà bien roulé leur bosse ou sont des habitués des lieux, mais cette bourse n'est pas spécialement destinée à des jeunes talents. Ainsi, les projets de publication de Justine Blau (*phusis krupthestai philei*) et de création du Bruno Baltzer-Leonora Bisagno (*Démolir la façade*), Samuel Bollendorff (*Éléments*), Carine Krecké (*Hatestate / Looking for Abdu H*), Marie Capesius (*Varvakis*) et Birgit Ludwig (*Thickets, Rivers*) ont été sélectionnés. [fc](#)

Le CAL fait salon

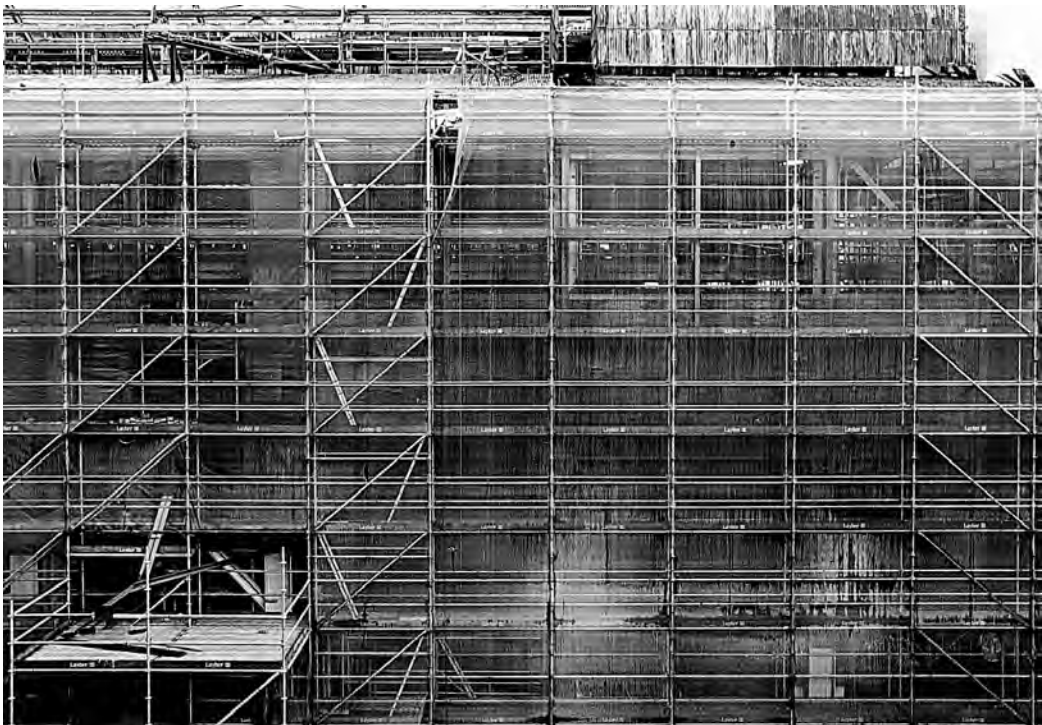
●●○○○

Plus que centenaire, le salon du Cercle artistique du Luxembourg (CAL) reste un moment attendu dans le calendrier des artistes luxembourgeois. L'équipe actuelle a fait beaucoup d'efforts pour moderniser et dynamiser l'institution en s'ouvrant à des formes plastiques plus contemporaines et en conviant un jury à la sélection des participants. Il reste des progrès pour professionnaliser le Salon (et sa communication !) dont le concept-même (notamment l'absence de curateur) est sans doute daté. Mais, il reste une belle vitrine pour les artistes. Cette année, aux côtés des *usual suspects* (Doris Becker, Isabelle Lutz, Carine Kraus, Miika Heinonen, Dani Neuman par exemple), on trouve quelques nouvelles têtes comme Julien Hübsch, Benji Kontz (qui ne vend pas que des voitures) ou, plus inattendu en ces lieux, Filip Markiewicz. Non seulement le port du masque sera obligatoire dans les allées du Tramsschap (photo: sb), mais il faudra réserver son créneau de visite. Du 1^{er} au 22 novembre. www.cal.lu [fc](#)





Les bâtiments Massenoire et Möllerei, le Placher des coulées et les futurs bureaux de l'asbl : un chantier pour Esch2022 à Belval



La culture en chantier

France Clarinval (texte) - Sven Becker (photos)

Esch 2022 sera polarisé sur Belval. Les sites sont encore en plein travaux

Le coup d'envoi de l'année culturelle 2022 sera donné dans environ 500 jours, c'est-à-dire dans seize mois. Les organisateurs (se) rassurent et avancent pour finaliser les chantiers tant au niveau du contenu (on lit pourtant tant de « titres de travail » et de « sera finalisé dans les semaines à venir », y compris dans la communication officielle) que pour les murs. Le pôle d'attractivité sera centré sur Esch-Belval, où les bureaux du staff devraient être finalisés d'ici février (c'est la tour de container avec les fenêtres rondes que l'on voit sur les images) et où plusieurs bâtiments industriels accueilleront des événements tout au long de l'année. Le bâtiment Massenoire (qui a abrité les équipements de fabrication de la masse de bouchage du trou de coulée, à base de goudron appelée masse noire) ne doit connaître que quelques aménagements « cosmétiques » (notamment au niveau des tôles ondulées rendues opaques par le temps). On pourra y voir deux intéressantes expositions autour de recherches sur l'histoire de la région et de ses citoyens et sur les frontaliers.

En revanche, le bâtiment Möllerei, futur centre névralgique des activités, est encore loin de son achèvement. Ce hall de 26 mètres de haut, datant de 1910 servait à la préparation de minerai de fer et des charges de coke pour le haut fourneau voisin. C'est là que se tiendront les quatre grandes expositions qui ponctueront l'année autour de notre rapport à l'identité, la nature, la science ou l'Europe. Expositions d'arts numériques, électroniques et

interactives à grands coups de projections, images de synthèse, environnements sonores, immersions 3D, qui voient l'absence d'œuvres tangibles et réelles ou d'artistes à proprement parler.

Une passerelle reliera la Möllerei à la terrasse des hauts fourneaux et à cet autre nouveau lieu qu'est le Placher des coulées. C'est là qu'une scène et des gradins seront installés en été pour un festival de danse contemporaine prévu par le TROIS C-L et le Luxembourg Collective of Dance.

Une importante partie du programme attend encore d'être dévoilée: celle conçue et apportée par les porteurs de projets qui ont répondu à l'appel. Sur 600 projets envoyés, 140 ont finalement reçu le blanc-seing d'un financement (à hauteur de cinquante pour cent maximum) et d'une intégration au programme. « Les projets ne se réduisent pas à une liste », justifiait Françoise Poos, directrice de la programmation, pour ne pas en dévoiler la teneur. Il appartiendra à chacune des institutions partenaires, des associations ou artistes concernés de tirer leur épingle du jeu pour communiquer et faire connaître leurs programmes. Tout juste sait-on que 18,1 millions d'euros y seront consacrés (contre quinze pour les projets culturels propres de l'ASBL Esch 2022) et que les contrats « seront signés prochainement ». Le prochain rendez-vous est fixé au 17 décembre. Il faut décidément faire preuve de patience pour tirer les fils de la bobine de cette année culturelle. ●



BINGE WATCHING

Hochfunktionaler Soziopath

Es ist verblüffend, wie oft die 1886 von Arthur Conan Doyle geschaffene Figur des Meisterdetektivs Sherlock Holmes seinen Weg zur filmischen Aneignung gefunden hat. Rund 70 Darsteller verkörperten den Helden in etwa 200 Filmproduktionen. Erstaunlicherweise gerät der Privatdetektiv mit dem Erfolg des Polizeifilms, dem *Cop-movie*, in den 1990-er Jahren in die heftigste Krise seiner Existenz in der populären Rezeption. Als metaphorisches Konfliktfeld der urbanen Widersprüche steht da plötzlich die moderne Großstadt, davon erzählen Filme wie *Blue Steel* (1990) oder *Cop Land* (1997). Weil man sich zunehmend an filmische Verbrechen gewöhnt hatte, musste auch der so populäre Privatdetektiv routinierter und immer noch ein wenig komischer wirken. Sherlock Holmes' Wiedergeburt, die einige Zeit auf sich warten ließ, geschah gegen Ende der 2010-er Jahre, und bezeichnenderweise erlebte der Meisterdetektiv seine Wiederkehr gleich doppelt: Auf der Kinoleinwand durch Regisseur Guy Ritchie mit Robert Downey Jr. als Holmes

Sherlock mit Benedict Cumberbatch will die Zuschauer/innen thematisch faszinieren, sie an der Deduktionsarbeit teilnehmen lassen

und Jude Law als Dr. Watson; auf den privaten Bildschirmen geschah dies mit der Serie *Sherlock* (2010-2017), die im Auftrag der BBC produziert wurde, mit Benedict Cumberbatch als Holmes und Martin Freeman als sein Kollege Watson. Die Figur wird hier einer kritischen, stellenweise ironischen Revision unterzogen; dabei erweist sich die Verbindung von Apathie und Deduktion als wirksame Mischung. Während Ritchies Filme den Stoff im viktorianischen Zeitalter belassen, strebt die Serie auch eine zeitliche Erneuerung an, das ist zugleich die Stärke und Schwäche: Es ist eine schrullige und doch auf eine gewisse Weise vertraute Welt, denn die Serienschöpfer Steven Moffat und Mark Gattis, die für die BBC

Benedict Cumberbatch ist Sherlock Holmes



schon die Fernsehserie *Doctor Who* geschrieben, verlegen die Handlung ins London der Gegenwart, wo dieser Sherlock Holmes und seine Gegner irgendwie ziemlich unzeitgemäß wirken müssen, sich dies aber weder selbst noch dem Publikum eingestehen. Kurz, es handelt sich um eine altmodische Serie, die ihre Altmodischeit zwangsläufig mitinszenieren muss, aber durch das zeitgenössische Setting zu kaschieren versucht. So abstrus die Situationen sind, in der die Ermittler sich befinden, so „normal“ sind alle Protagonisten der Geschichte. Und in dieser Normalität sind sie zugleich so unangenehm, dass man sich als Zuschauer/in mit keinem von ihnen wirklich identifizieren mag.

Sherlock will die Zuschauer/innen deshalb umso mehr thematisch faszinieren und an der Deduktionsarbeit teilhaben lassen, ja seine Lust an diesen Gedankenspielen freilegen. Das Spielerische in der Ermittlung, an der Rekonstruktion des Tathergangs, wird betont. In der ersten Folge wird sogar expressiv verbis darauf rekurriert. Die Titelsequenz ist da auch kaum verwunderlich mit heiterer Musik untermalt. Bild und Schnitt vermitteln die Atmosphäre dieser Rekonstruktionsarbeiten anschaulich, das Aufgebot hervorragender Schauspieler macht die Suche nach den einzelnen Schuldigen von Folge zu Folge abwechslungsreich und psychologisch spannend. In *Sherlock* sehen wir einem Mann bei der Arbeit zu, der selbst für die raffiniertesten Kriminalfälle noch zu unterfordert erscheint. Er ist nicht nur seinen Gegnern, sondern auch seinen Partnern mindestens einen Gedankenschritt voraus, dieser Sherlock ist denn auch ganz Überlegenheit und Arroganz. Das Blitzartige seines Verstandes wird filmsprachlich durch schnelle Schnitte, dramatische Soundeffekte und verstreut eingesetzten Texttafeln im Bild inszeniert. Holmes' scharfer Intellekt ist noch nicht einmal Tarnung für sein asoziales Wesen. Benedict Cumberbatch spielt einen Mann, der sich selbst als „hoch-funktionalen Soziopathen“ bezeichnet; ein Schnelldenker und -sprecher, der die Probleme seiner Hochbegabung kennt. „Es ist wie ein Reflex. Ich kann nicht aufhören damit“, meint er. Martin Freeman als Dr. Watson begegnet dieser mitunter herablassenden Britishness mit einer fast schon stoischen Gleichgültigkeit. Das schafft ausreichend Balance im Schauspiel dieser beiden Darsteller, die die Serie über sieben Jahre hinweg tragen konnten. ●

Marc Trappendreher

Auf Netflix verfügbar

FESTIVAL

Famille et religion au CinEast

Loïc Millot

Père et Mare Comme une allusion tacite à la séquence d'ouverture d'*Eyes Wide Shut* (1999), le dernier film crépusculaire de Stanley Kubrick où Nicole Kidman et Tom Cruise se croisent sans jamais se rencontrer, une séquence de *Mare* montre la protagoniste éponyme aux latrines, dans une absence d'intimité qui rappellerait presque les appartements collectifs de l'époque soviétique. Aucun regard, aucun égard pour elle de la part de son mari ou de sa fille qui pénètre dans la salle de bain, comme si Mare était devenue transparente avec le temps. C'est la routine, qui anesthésie les corps, les sens, et où tout comportement semble pris dans une mécanique bien trop bien huilée pour que subsiste encore un peu de place pour les sentiments. Tel est le piège familial qui s'est refermé sur Mare, interprétée par la remarquable Marija Skaricic. Coïncée entre les tâches du quotidien (lessive, cuisine, etc.) et un désir d'ailleurs symbolisé par l'appel d'air d'un avion comme par le bel étranger qu'elle rencontre en chemin, la jeune femme, éternelle insatisfaite, ne cesse pas d'interroger ses envies. Réalisé par la cinéaste suisse Andrea Štaka, *Mare* est un portrait de femme sensible et superbement photographiée qui correspond parfaitement aux revendications égalitaires de notre époque. Des aspects qui n'ont pas échappé au jury international, qui lui a décerné le Prix spécial du jury.

Mare se marie parfaitement avec *Father* (2020), du Serbe Srdan Golubović, issu lui aussi des fonds de la dernière Berlinale où il reçut le Prix œcuménique et celui du public. Mais on suit ici le chemin inverse de la protagoniste en plein doute existentiel, puisque dans cette parabole d'inspiration chrétienne il s'agit résolument de faire famille. Autrement inscrit dans une problématique familiale, le récit s'inspire de faits réels, à savoir la longue marche entreprise vers Belgrade par Nikola pour que lui soient rendus ses enfants. Il n'en fallait pas plus pour faire de cet homme barbu, et à l'air renfrogné, un alter ego



La qualité des images de *Servants* est pour

beaucoup dans le choix du jury international

du Christ, et de son cheminement courageux aux multiples épreuves, notamment contre une administration corrompue, l'équivalent d'une *via crucis*. Le cinéaste ne reste cependant pas dans ce seul registre, puisque le réalisme initialement donné se déplace en cours de route vers le conte de fée, assorti d'éléments poétiques bien sentis. Outre le Prix de la critique remis à *Stories from the Chestnut Woods* (2019) de Gregor Božić, une mention spéciale a été attribuée par le Jury presse à *Father*.

Lux in Tenebris Dans une veine plus explicitement religieuse se distingue *Servants*, d'Ivan Ostrochovský. L'histoire, qui porte sur la douloureuse cohabitation de l'Église avec le Parti Communiste, aussi bien que son noir et blanc soigné que l'on doit au chef opérateur Juraj Chlplik, rappellent irrésistiblement le très bel *Ida* (2013), du Polonais Pawel Pawlikowski. Sauf

ART CONTEMPORAIN

Just walking ; not talking

Josée Hansen

Virgil Abloh (le créateur de la marque de mode ultra-hype Off White) y publie, aux côtés de Hans-Ulrich Obrist, d'Anri Sala, d'Olivier Zahm, de Rita Ackermann, de Richard Pince ou de l'actrice new-yorkaise iconique Chloë Sevigny. Du très loquace critique d'art new-yorkais Jerry Saltz, qui a eu un prix Pulitzer pour son texte *My life as a failed artist*, on peut feuilleter ses photos prises en flâneur lors de ses promenades dans la nature réunies sous le titre *Just walking ; not talking* (2018) et de la créatrice française agnès b. des associations d'images impressionnistes. Agnès b. est d'ailleurs certainement une référence pour l'éditeur Aaron Fabian, elle qui publie depuis 1997, en association avec Christian Boltanski et Hans-Ulrich Obrist, son *Point d'Ironie*, un magazine d'art qui invite artistes, cinéastes et photographes pour des cartes blanches en format affiche diffusées gratuitement et en grand tirage (entre 100 000 et 300 000 exemplaires) dans ses magasins de vêtements à travers le monde.

La galeriste Erna Hécey célèbre les fanzines d'artistes en invitant Aaron Fabian et son Innen Library pour un pop-up

« Je ne publie que ce que j'aime, je demande simplement aux gens qui ont un travail intéressant de me donner du matériel et j'en fais des livres ou des magazines », explique Aaron Fabian. Le graphiste et artiste d'origine hongroise a fondé Innen en 2006 déjà, et ouvert en 2017 une galerie-bureau à Zurich, Halden-

bachstrasse. Il y montre actuellement le duo d'artistes Little Warsaw (András Gálik et Bálint Havas), à l'occasion de la publication de leur zine intitulé *Burn out*, ce qui a motivé Erna Hécey (également d'origine hongroise, décidément...) à non seulement remonter des œuvres de Little Warsaw, quelle représente, mais aussi d'inviter Fabian à proposer un *pop-up-store* dans son espace au Limpertsberg.

On y entre un peu comme dans une bijouterie, tellement la variété et l'esthétique de ces magazines impressionnent. Ils sont pourtant très DIY dans leur aspect (format A5 plus ou moins, papier modeste) et pas chers (vendus en principe aux alentours de dix euros, pour des tirages de quelques centaines d'exemplaires seulement), mais la diversité de leurs modes d'expression, photos ou dessins surtout, donne un survol intrigant de la scène artistique contemporaine mondiale. Innen est cité en référence dans les salons de *zines* comme Printed Matter à Los Angeles et à New York, I Never Read Art Book Fair à Bâle ou la Tokyo Art Book Fair. À côté des livres monographiques, Aaron Fabian publie aussi *Zug*, un magazine biannuel qui vient de fêter ses dix ans.

Ce qui démarque les fanzines de Innen des magazines classiques – comme ceux venus du monde entier promus par exemple lors de la foire *Colophon* organisée par Mike Koedinger au Casino en 2009 –, c'est qu'ils se passent entièrement de textes. On pense forcément aux *Cahiers d'images* lancés récemment au Luxembourg par le graphiste Reza Kianpour (voir *d'Land* du 10 juillet) : des publications légères, ayant un côté ludique, diamétralement opposées aux pamphlets avec leurs messages politiques. Les éditeurs de fanzines artistiques prouvent que, malgré l'avènement des réseaux sociaux et du *clickbait* généré par les images sur Snapchat, TikTok,

que nous sommes ici en Tchécoslovaquie, au début des années 1980, où deux jeunes apprentis séminaristes, Michal et Juraj, sont confrontés au dilemme de cette époque particulière : servir Dieu ou servir la politique du régime, telle est la question. Un choix douloureux dont il faut assumer toutes les conséquences. Le cinéaste témoigne d'une grande maîtrise technique, saisissant, à la façon de Robert Bresson, la grâce de mains en prière, de mains lacérées par la violence d'État, ou encore la sensualité virile d'un corps nu mis à l'épreuve. Et joue habilement de la photogénie des lieux sacrés, comme des paysages soviétiques jonchés de sculptures monumentales à la gloire du régime. *Servants* a remporté le Grand Prix du Festival « pour sa vision haletante et cauchemardesque d'un système qui essaye même de contrôler morale et croyances personnelles, pour son histoire interprétée par un groupe d'acteurs formidables, sa bande-son insidieuse et ses images en noir et blanc qui rappellent le manichéisme totalitaire », selon les termes du jury.

Le film *Collective*, co-produit par la compagnie luxembourgeoise Samsa Film (voir *d'Land* 11.09.2020), a obtenu les suffrages du public, remportant ainsi le Prix du public. Enfin, les Prix des meilleurs courts-métrages ont été délivrés à *Lake of Happiness* de Aliaksei Paluyan (fiction, Belarus/Allemagne/Espagne), *Way of Silvie* de Verica Pospíšilová Kordić (animation, Rép. tchèque) et *We Have One Heart* de Katarzyna Warzecha (documentaire, Pologne). ●

Bonne nouvelle pour ceux qui ont loupé des projections : de nombreux films restent visibles en ligne jusqu'au 8 novembre via la plateforme [cineast.eventive.org](https://www.cineast.eventive.org)



L'éditeur Aaron Fabian a fait une mise en scène

méticuleuse des livres de Innen Books à Luxembourg

Pinterest ou Instagram, la sélection, la mise en page et l'impression de publications papier apportent une réelle plus-value. À feuilleter les livres-fanzines de Innen, on ne peut que leur donner raison : on flâne dans des sensibilités très différentes, le papier, la composition, les couleurs, le cadrage reflètent une vraie intériorité poétique. L'exposition chez Erna Hécey célèbre cette légèreté. ●

Le *pop-up* de Innen Library chez Erna Hécey (20C boulevard Servais à Limpertsberg), accompagné d'une exposition de Little Warsaw, dure encore jusqu'au 31 octobre. Ouvert les jeudi, vendredi et samedi sur réservation via office@ernahecey.com. Plus d'informations : [ernahecey.com](https://www.ernahecey.com) et [innenzines.com](https://www.innenzines.com).

Das Unbeschreibbare im Comic zeichnen

Ines Kurschat

Ausstellung *Shoah im Comic* in der Abtei Neumünster

Als der US-Autor und Zeichner Art Spiegelmann 1980 sein schwarz-weißes Auschwitz-Comic *Maus*. A *Survivor's Tale* veröffentlichte, war die Aufregung groß: dass überhaupt jemand versuchte, den Holocaust in einem Cartoon nachzuerzählen. Das Genre, so der Tenor der Feuilletonisten, sei für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Holocaust nicht geeignet. Durch die fiktive Erzählung und den Fabelcharakter werde das Leid der Juden trivialisiert. Sie als Mäuse und Nationalsozialisten als Katzen darzustellen, sei verharmlosend und bekräftige das Opfer-Narrativ. Spiegelman hatte einen Weg gesucht, die Geschichte seines jüdischen Vaters so zu erzählen, dass es nicht zu realistisch würde. Die Maus war für ihn ein subversives Unterlaufen des antisemitischen Narrativs, das Juden als Ungeziefer enthumanisierte.

Spiegelman war nicht der erste Zeichner, der sich dem Holocaust mit dem Zeichenstift annäherte, und nicht der erste, der sich dabei auf Tiermotive stützte: Der Klassiker *La Bête est morte* von Edmond-François Calvo, erschienen 1944 in den Éditions G.P., ist als Kinderbuch konzipiert, beruht auf Tierarten, um unterschiedliche Protagonisten, wie die Nazi-Besatzer (Wölfe) oder jüdische Kinder (Hasen) zu charakterisieren, und erzielte große Reichweiten.

In *Master Race* von 1955 von den Autoren Bill Gaines und Al Feldstein begegnete ein Überlebender nach dem Krieg einem seiner Peiniger in der New Yorker Subway. Die ersten Publikationen prägte jedoch eine beklemmende Abwesenheit: Juden kamen vielleicht vor, wurden aber nicht genannt. Es war ein Tabu und erst recht war es ein Tabu, sich dem Schrecken in den Lagern zeichnerisch anzunähern. Erst bei Spiegelman steht die Geschichte der Verfolgung der Juden, die Wirkung des erlebten Grauens bis in die Gegenwart, etwa auf seine Beziehung zum Vater, zeichnerisch im Mittelpunkt. Sein Werk gilt heute als Referenz in der zeichnerischen Auseinandersetzung mit den Nazi-Gräueln und als Wendepunkt eines *Story-telling*, das sich mit dem Holocaust und seiner Monstrosität schwertat.

Dabei waren es jüdische Zeichner wie Jerry Siegel und Joe Shuster, Erfinder des Comic-Helden *Superman*, die schon in den 1950-ern Bezug auf Hitlers expansionistische Politik und Verbrechen nahmen. Allerdings blieb es weitgehend bei Andeutungen. Der französische Comiczeichner Pascal Croci, der in seinem 2000 im Verlag Emmanuel Proust erschienen Dokumentarcomic für Jugendliche *Auschwitz* eine fiktive Geschichte im Todeslager spielen lässt, hatte

intensiv recherchiert, Zeitzeug/innen interviewt und ihre Berichte quasi prototypisch zu einer Erzählung zusammengefasst, um das (Über-)Leben und Sterben im KZ zu beschreiben. Seine schwarz-grau gehaltenen Zeichnungen prägt ein düsterer Realismus.

Diese Stile, ihre Entwicklung, Stärken und Schwächen, Motivation und (Kurz-)Biografien der Zeichner/innen zeichnet die Ausstellung *Die Shoah im Comic* des Pariser Memorial de la Shoah nach, die bis zum 8. November in der Abtei Neumünster gezeigt wird: Anhand von Zeit- und Themenkapiteln gehen die Kuratoren, Didier Pasamonik und Joël Kotek, der Frage nach, wie sich die Auseinandersetzung mit dem Holocaust im Comic im Zeitverlauf verändert hat: von eher abstrakten Annäherungen bis zu sehr persönlichen Erzählungen, vor allem durch die Nachkriegsgeneration. Auch das Grauen der Vernichtung, lange Zeit absolutes Tabu, wurde schließlich zeichnerisch dargestellt.

Die Ausstellung, die sich im Seitenflügel der Abtei über vier Räume erstreckt, bietet einen ziemlich kompletten Überblick über die wichtigsten Stationen: Dem glorifizierenden US-Heldenepos der frühen 1950-er steht der französisch-belgische Realis-

Guter Überblick über die zeichnerische Auseinandersetzung mit dem Holocaust



mus der 1990-er und 2000-er Jahre gegenüber. Was sie eint, ist die unmögliche Mission, das Grauen des Nationalsozialismus in Bildern erfassbar zu machen: Ob als fiktive Geschichte oder als (auto)biografische Erzählung, es bleibt immer eine Annäherung. Eine realistische Dokumentation muss scheitern. Das gilt allerdings nicht nur für den Comic, sondern ebenso für andere Genres, wie dem Film. Es ist übrigens kein Zufall, dass die meisten Zeichner (Zeichnerinnen kamen später) männlich waren: Die Comicwelt war und blieb über Jahrzehnte eine Männerdomäne.

Es ist eine lehrreiche umfassende, kompakte Ausstellung, dazu mit Übersetzungen in drei Sprachen: Französisch, Deutsch und Englisch. Allerdings beeinträchtigen die Lichtreflektionen in den glasgerahmten Zeichnungen das Erlebnis zum Teil

erheblich; zudem fiel zumindest dieser Betrachterin die Einordnung der Beiträge nach Relevanz nicht leicht: Abgesehen von *La Bête est morte* oder *Maus* oder auch der Auseinandersetzung durch die Karikaturen von *Charlie Hebdo*, ist nicht immer nachzuvollziehen, welchen Impact ein Comic und sein/e Zeichner/in in der Rezeption durch die Öffentlichkeit oder die Kritik hatten. Das liegt daran, dass die Ausstellung keine weiterführenden Informationen zu den Verlagen oder den verkauften Auflagen liefert. Es ist etwas anderes, ob ein Comic für Erwachsene konzipiert wurde, es in Schulprogramme aufgenommen wird, oder ob es sich um ein Magazin des Untergrunds mit geringer Reichweite handelt. Die ausgelegten Comics zum Anschauen und Lesen am Ende des Parcours fangen dieses Defizit zum Glück ein wenig auf. ●

CINÉMA

Jusqu'à ce que la mort nous sépare. Ou pas

Entretien : Tom Dockal

Rétrospectivement, la Mostra de Venise *anno* 2020 a ressemblé à un rêve qui n'a pas vraiment eu lieu. En plus, après des critiques virulentes en direction de l'équipe autour d'Alberto Barbera – son contrat fut prolongé de quatre ans cette semaine –, la compétition officielle se composait de films réalisés par des réalisatrices avec un ratio jamais vu au Lido. Un de ces films était *Le sorelle Macaluso* (Les sœurs Macaluso) le nouveau long-métrage de l'auteure-réalisatrice italienne Emma Dante.

Emma Dante adapte ici sa pièce de théâtre éponyme en racontant l'histoire de cinq sœurs et leurs liens à travers trois époques : la jeunesse, l'âge adulte ainsi que le troisième âge. Derrière les codes du mélodrame classique se trouve une réflexion touchante sur la dépendance réciproque de cinq êtres liés par le sang. Au-delà des notions de vie ou de mort. Ces cinq êtres deviennent un seul au cours des vies de chacune d'entre elles. L'appartement familial qui veille sur les cinq femmes comme un membre parental — qui sont d'ailleurs inexistantes dans la constellation du film — y joue un rôle déterminant. *Le sorelle Macaluso* réussit une balance intéressante d'être une fresque familiale à travers les temps et une *tearjerker* qui risque d'activer les glandes lacrymales. Tout en restant en dessous des 90 minutes de film. Nous avons eu la chance de rencontrer à Emma Dante lors de son passage au Lido pour parler de la manière de travailler avec trois comédiennes sur un seul personnage, des difficultés de l'adaptation d'un texte de théâtre en scénario de film et pourquoi la myopie n'aurait pas que des désavantages.

D'Land : Vous avez écrit cette pièce et l'avez adaptée vous-même au cinéma. Un scénario de film est une pièce de littérature très éphémère et avec une utilité très claire, pas comme un texte de théâtre. Quelle était la difficulté, le défi de cet exercice de réécriture ?

Emma Dante : Heureusement je ne l'ai pas écrit toute seule mais avec deux co-scénaristes, Giorgio Vasta et Elena Stancanelli. On

Douze actrices (et la réalisatrice) pour cinq personnages



voulais raconter des gens vivants qui vivent avec des morts. Mais ces morts ne devaient pas ressembler à des fantômes. C'était ça la difficulté. Comment montrer qu'on passe notre vie avec nos morts dans un dialogue entre les deux.

Je n'ai pas vu la pièce de théâtre, mais j'ai appris qu'elle se joue avec une temporalité en moins par rapport au film. Les personnages jeunes, qui ouvrent et tiennent un bon tiers du film, ne font pas partie de l'œuvre théâtrale. Comment avez-vous pris la décision d'ajuster ce niveau ?

Dans le spectacle, il n'y pas d'âge. Seulement un temps. La pièce se base sur l'espace, alors que le film se base sur le temps. Et c'est dans l'espace qu'il y a cette coexistence entre les gens qui sont morts et ceux qui sont vivants. Mais pour donner l'idée de cette promiscuité entre les morts et les vivants au cinéma c'était très important d'ajouter des âges à partir de cette journée qui marque à jamais la vie des sœurs.

Même si le film se distingue clairement de la pièce, l'espace de l'appartement a tout de même une importance cruciale. Et il fonc-

tionne presque comme une scénographie de théâtre aussi. Comme votre premier long-métrage *Via Castellana Bandiera*, *Le sorelle Macaluso* assume sa nature presque théâtrale. Comment avez-vous construit ce personnage, qui est l'appartement ?

Ce qui est bizarre c'est qu'au théâtre, le plateau était vide. Il n'y avait pas de scénographie du tout. Mais il y en a clairement une dans le film. On a loué l'appartement du film pendant dix mois avant le début du tournage. Il était complètement vide lorsqu'on l'a trouvé et on a commencé à répéter avec les comédiennes deux semaines avant le tournage dans cet espace toujours vide. Accompagnées du scénographe, on ajoutait au fur et à mesure les meubles et les objets. On organisait quasiment un casting pour chacun des meubles.

Le film d'ouverture du festival de Venise - Lacci de Daniele Luchetti - a mis en place une double distribution pour ses personnages. Vous en ajoutez une de plus et laissez exister vos personnages à travers trois générations. Comment avez-vous travaillé ces personnages avec vos comédiennes ? En groupe ou une après l'autre ?

Pendant les deux semaines de répétitions, j'ai travaillé avec les douze actrices qui jouaient les cinq personnages. Il y avait des jours par exemple où j'avais les trois actrices qui jouaient le personnage de Katia ou celles qui jouaient Pinuccia. Dans l'appartement, on voyait leurs gestes et leur façon de se déplacer dans l'intérieur. L'idée était de faire de sorte que chacune d'entre elle finisse avec les mêmes manières du personnage. C'est comme ça que je travaillais avec elles.

C'était comment de confronter les trois générations - les plus jeunes et les moins jeunes - pour le faire travailler ensemble ?

La plus jeune fille était finalement beaucoup plus professionnelle que la majorité des actrices adultes. Le seul problème

qu'on a eu avec elle était quand elle a perdu des dents. On lui a mis des fausses dents, mais elles les a rejetées. C'était le seul petit moment de tension pendant le tournage.

C'est très intéressant d'observer les films de quelqu'un qui vient du théâtre. Dans votre premier film, vous aviez enfermé vos actrices dans une voiture et une rue et, ici, vous ouvrez l'espace et les laissez agir dans un appartement aux fenêtres ouvertes. Est-ce que vous allez continuer à ouvrir les espaces des vos personnages ou est-ce que vous allez vous ouvrir vers des espaces cinématographiques aussi ?

C'est vrai que dans *Via Castellana Bandiera* la rue était presque un huis-clos ou un couloir dans un appartement. La façon avec laquelle je travaille sur l'espace au théâtre ou au cinéma est très différente. Au théâtre, j'ai toujours l'impression d'être myope. C'est-à-dire que je ne vois jamais les détails. Comme si mon regard venait de très loin. Le cinéma me permet de corriger à travers les lentilles cette vision myope de la réalité. C'est comme ça que je le vois. Il y a la possibilité de regarder les détails dans un espace, même s'il est très petit, mais c'est la perspective qui prend une dimension très large. Ce qui me permet de voyager dans cette vision qui devient plus large sur le détail. ●

Prochaines projections du film lors du Festival de film italien de Villerupt:
Vendredi, 30 octobre: 16 h au Cinéma Rio
Vendredi, 6 novembre: 20h30 à la Kulturfabrik d'Esch-sur-Alzette
Samedi, 7 novembre: 10h30 au Cinéma Rio



Le Grand-Duché de Luxembourg n'a jamais été une puissance coloniale, mais il fut largement associé à la politique coloniale de la Belgique. De nombreux Luxembourgeois partirent s'installer au Congo belge entre 1880 et 1960. Missionnaires, ingénieurs, commerçants, artisans et même fonctionnaires coloniaux, ils participèrent en grand nombre à la colonisation en Afrique centrale.

Dans la première monographie consacrée à l'aventure coloniale luxembourgeoise au Congo, l'historien Régis Moes retrace l'histoire des colons luxembourgeois et analyse leur statut légal au Congo belge, la composition socioprofessionnelle de leur groupe, mais aussi la propagande coloniale faite au Grand-Duché.

Cette colonie qui nous appartient un peu

La communauté luxembourgeoise au Congo belge 1883-1960

Ce travail de recherche de 438 pages illustrées, primé meilleur mémoire de Master 2 par la Fondation Robert Krieps en 2010, vient d'être réédité et est à nouveau disponible en librairie au prix de 35 euros ou sur land.lu

Schwarzes Erbe

Martin Ebner

Im Haus für Industriekultur in Darmstadt hütet Rainer Gerstenberg einen raren Schatz: Matrizen, Stempel, Schablonen und Maschinen der D. Stempel A.G., einer einst berühmten, 1985 untergegangenen Schriftgießerei. Der 73-Jährige ist aber kein gewöhnlicher Museumswärter. Er nimmt die Anlagen immer wieder in Betrieb und gießt Lettern aus einer klassischen Blei-Antimon-Zinn-Legierung. Gerstenberg stellt sich als „letzter gelernter Schriftgießer Europas“ vor: „Ich halte die 570-jährige Tradition aufrecht, die mit Johannes Gutenberg begann.“

Die „letzten Wissenszentren“ des historischen Buchdrucks seien bedroht, warnt Annette Ludwig, die Direktorin des Gutenberg-Museums in Mainz: „Noch gibt es einige wenige Druckwerkstätten, die im Handsatz und Pressendruck Bücher herstellen und dieses Wissen auch weitervermitteln.“ Diese traditionellen Berufe würden aber nur noch von wenigen Spezialisten ausgeübt: „Die authentischen Informationsquellen der Handwerksbetriebe gehen verloren, wenn diese letzten noch tätigen Fachleute in den Ruhestand gehen. Ihre Kenntnisse und Erfahrungen würden in Vergessenheit geraten, ebenso wie die zahlreichen Maschinen und Werkstatteinrichtungen, die niemand mehr bedienen oder deren Bedeutung und Funktion keiner mehr kennen könnte.“

Ludwig will auf den „bevorstehenden Verlust dieser so bedeutenden Handwerkstechniken aufmerksam machen“. Bei Reisen nach Ostasien habe sie immer wieder gesehen, dass dort die Geschichte des Buchdrucks als nationales Erbe betrachtet und lebendig gehalten werde. Europa habe da Nachholbedarf. Unter dem Titel „Mainzer

Impuls“ hat die Museumsdirektorin deshalb einen Aufruf zur „Rettung der ‚Ingenieursleistung‘ von Gutenberg“ initiiert: „Wir fordern den umfassenden Schutz der historischen Technologie des Buchdrucks, vom Stempelschnitt über den Schriftguss und den Bleisatz bis zum Pressendruck.“

Konkret seien dazu diese Maßnahmen erforderlich:

- Der Buchdruck solle in die Unesco-Liste des dringend erhaltungsbedürftigen Immateriellen Kulturerbes aufgenommen werden.
- Die noch aktiven Betriebe im analogen Druckbereich und künstlerisch-handwerklich arbeitende Druckwerkstätten sollten gezielt unterstützt werden.
- Vorhandene Netzwerke, zum Beispiel die Europäische Route der Industriekultur, sollten ausgebaut und finanziell gestärkt werden.
- Mehr Geld brauche es für viele kleine Museen, die in ihrer Existenz bedroht seien, aber auch für das Gutenberg-Museum samt Werkstatt und Spezialbibliothek in Mainz, das „Weltmuseum der Druckkunst“.
- Druck- und Mediengeschichte sollten in den Lehrplänen von Schulen und Berufsschulen verankert werden.
- Die Aus- und Weiterbildungskapazitäten an Berufs- und Hochschulen sollten für „Medientechnologien Druck“ mit dem Schwerpunkt „künstlerische Druckverfahren“ vergrößert werden.
- Vor allem aber sollte eine „internationale Arche Noah für die Gutenbergsche Technik“ gegründet werden: „Dort sollen die noch wenigen praktizierenden Fachleute ihr Wissen an jüngere Interessenten weitergeben, um das praktische, immaterielle Wissen lebendig zu halten.“

Die Idee zu diesem Appell war Ende 2018 bei einer Konferenz in Mainz entstanden: Es sei „ein breites Bewusstsein dafür zu schaffen, den Fortbestand des Erbes Gutenbergs und damit einer der wichtigsten Kulturleistungen der Menschheit zu sichern“. Den „Mainzer Impuls“ haben am 30. September 2020 als erste Michael Ebling, der Oberbürgermeister, und Marianne Grosse, die Kulturdezernentin von Mainz, unterschrieben. Immerhin versteht sich die Stadt Mainz als „Wiege des europäischen Buchdrucks“. Seither haben den Aufruf 35 weitere Unterzeichner signiert: Politiker, Verleger, Bibliotheksdirektoren, vor allem aber Vertreter von Museen, die sich ebenfalls für den Erhalt historischer Drucktechnik engagieren.

Das Deutsche Zeitungsmuseum in Wadgassen bei Völklingen zum Beispiel hat zusammen mit dem Internationalen Arbeitskreis für Druck- und Mediengeschichte ein „Webarchiv Schwarze Kunst“ aufgebaut, das aus ganz Europa Einrichtungen verzeichnet, die sich der Druck- und Papier-Geschichte widmen. Aus Luxemburg ist ein Eintrag dabei: Im Kulturhuf Grevenmacher ist die Ausstellung *Gutenberg Revisited* zu sehen; Besucher können dort auch selbst aktiv werden und mit einer historischen Handpresse Weinetiketten oder andere kleine Souvenirs drucken.

Staatlich geregelte Ausbildungsgänge für Berufe wie Schriftgießer oder Schriftsetzer gibt es schon seit den 1990er Jahren nicht mehr. Der Heidelberger Verein für die Schwarze Kunst vergibt aber Walz-Stipendien: Nächstes Jahr sollen sieben junge Leute

jeweils zwei Monate zu traditionellen Druckerwerkstätten „wandern“. Der Verein vermittelt außerdem Setzer und Drucker für Blockunterricht in Schulen, in denen noch Bleisatz und Druckmaschinen vorhanden sind. Der „praktische Umgang mit dem begreifbaren, dreidimensionalen Medium“ soll nicht nur zu einem „erweiterten Verständnis für Schrift und Typographie“ führen. Die alten Handwerkstechniken seien von „grundlegender zivilisatorischer Bedeutung“ und Teil unseres Kulturerbes: „Der Buchdruck ist das Fundament für die Medienrevolution, die wir mit der Digitalisierung heute erleben.“ ●

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse

Recrutement de remplaçants (M/F) temporaires pour l'enseignement fondamental

Toute personne intéressée à effectuer des remplacements dans les écoles fondamentales publiques luxembourgeoises peut introduire un dossier de candidature afin de solliciter l'admission au stage en vue de l'obtention de l'attestation habilitant à faire des remplacements dans les écoles fondamentales.

Peuvent être admis au stage de quatre semaines en vue de l'obtention de l'attestation habilitant

à faire des remplacements dans l'enseignement fondamental, les candidats qui :

- Sont détenteurs d'un diplôme luxembourgeois de fin d'études secondaires classiques ou d'un diplôme luxembourgeois de fin d'études secondaires générales ou d'un diplôme reconnu équivalent par le ministre ayant l'Éducation nationale dans ses attributions ;
- Ont fait preuve d'une connaissance adéquate des trois langues administratives telles que définies par la loi du 24 février 1984 sur le régime des langues ou en ont été dispensés selon les dispositions législatives en vigueur. (Les candidats ayant obtenu un diplôme de fin d'études secondaires classiques ou générales luxembourgeois remplissent d'office cette condition).

Pour de plus amples détails, les candidats sont priés de consulter la page suivante :

<http://edulink.lu/r6s4>
ou de s'adresser au
Service de l'enseignement fondamental du ministère
Mme Jessica Wolff
tél. : 247-85938.

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 26.11.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de menuiserie intérieure en bois à exécuter dans l'intérêt de la construction du Lycée technique pour professions de santé et hall des sports
Logopédie à Strassen ; phase 1 : internat

Description succincte du marché :
– Portes et plusieurs ensembles vitrés avec portes ;
– Tablettes de fenêtres et armoires intégrées pour 49 chambres ;
– Mobilier intégré pour les espaces de séjour.
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
Durée prévisible du marché : 40 jours ouvrables
Début prévisible des travaux : 1^{er} trimestre 2021

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent

être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
26.10.2020

La version intégrale de l'avis n° 2001797 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 09.12.2020
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement à remettre via le portail des marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Il n'y aura pas de séance d'ouverture publique de la procédure ouverte.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Direction des travaux relative au chantier : Passage à faune – CR110, Phase 1 : Abaissement de la voirie et murs de soutènement.

Description succincte du marché :

Mission de direction des travaux, c'est-à-dire mise à disposition de personnel technique qualifié pour le contrôle et la surveillance de chantiers de génie civil (voirie et ouvrage d'art).

Quantitatif :
– Directeur des travaux : 4 800 heures ;
– Métreur : 5 300 heures ;
– Géomètre : 4 800 heures ;
– Suppléments pour heures de nuit, heures de dimanche et/ou jours fériés et heures supplémentaires.
Durée approximative de la mission : 54 mois
Début prévisible de la mission : mars 2021

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission sont à télécharger à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
La remise électronique des offres est obligatoire. Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
29.10.2020

La version intégrale de l'avis n° 2001581 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :

Date : 09.12.2020
Heure : 10.00 heures

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Contrat d'assurance tous risques chantier dans l'intérêt du réaménagement et de l'extension du Centre militaire Grand-Duc Jean au Herrenberg à Diekirch.

Description succincte du marché :
Attribution d'une police d'assurance Tous Risques Chantier pour le projet d'une envergure de 140 000 000 euros. La durée prévisible de la mission est de 72 mois, à débiter le 01.04.2021.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les dossiers de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le portail des marchés publics conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les dates et heures fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
29.10.2020

La version intégrale de l'avis n° 2001629 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

d'Letzebuenger Land

Rédacteur en chef Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), **Rédaction** France Clarinval (48 57 57-26; fclarinval@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-35; ikurschat@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu), **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg Courrier Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Letzebuenger Land **Instagram** letzebuenger_land **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,50 € **Abonnement annuel** 160,00 € **Abonnement étudiant/e** 85,00 € **Comptes en banque** CCPLLULL: IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLLULL: IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLLULL: IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL: IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL: IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL: IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

www.land.lu

Métaphysique surréaliste

Loïc Millot

Le musée de l’Orangerie à Paris expose Giorgio De Chirico dans une période très succincte de sa création (1909-1918), marquée par la mythologie, puis la guerre.

Peintre italien, Giorgio De Chirico (1888-1978) est cependant né en Grèce, à Volos, capitale de la Thessalie et berceau de l’expédition des Argonautes. Tout comme son frère cadet trois années plus tard, Alberto Savinio, écrivain et peintre également. Il n’est dès lors pas étonnant si l’œuvre de Giorgio s’origine dans la mythologie, comme en témoignent les deux œuvres qui ouvrent l’exposition que lui consacre le musée de l’Orangerie à Paris. Exécutées en 1909, *Prométhée*, comme *Le Centaure mourant*, reçoivent l’influence d’Arnold Böcklin (1827-1901) et de Max Klinger (1857-1920), auteur d’une série de gravures intitulée *Erste Zukunft* à laquelle la figure de la seconde toile, renversée sur le dos tel le *Marsyas écorché* de José de Ribeira, est redevable. D’après l’architecte Dimitrios Pikionis, Chirico a passé de nombreuses heures à étudier les gravures du cabinet des estampes de la Pinacothèque de Munich, ville où sa famille est installée en 1906. Le grattage de la toile avec le dos du pinceau – visible notamment sur les rochers surplombant la créature gisante – se veut imiter la technique de l’eau forte. Sensuit, pendant deux années (1909-1911), un tour d’Italie : à Florence, Milan, et Rome, où il a ses premières « révélations » métaphysiques, puis à Turin où il séjourne sur les pas affolés de Nietzsche, dont Chirico est alors un fervent lecteur.

C’est à Paris toutefois, où il rejoint sa mère et son frère en 1911, que sa peinture affirme résolument une dimension métaphysique célébrée par l’exposition parisienne, *Giorgio de Chirico. La peinture métaphysique*. Un qualificatif que l’on doit au poète Guillaume Apollinaire, cet ardent passeur de Modernité qui l’introduira auprès du marchand Paul Guillaume, fondateur de la revue *Les Arts de Paris* et découvreur de jeunes talents (Modigliani, Soutine, Derain...) dont le musée de

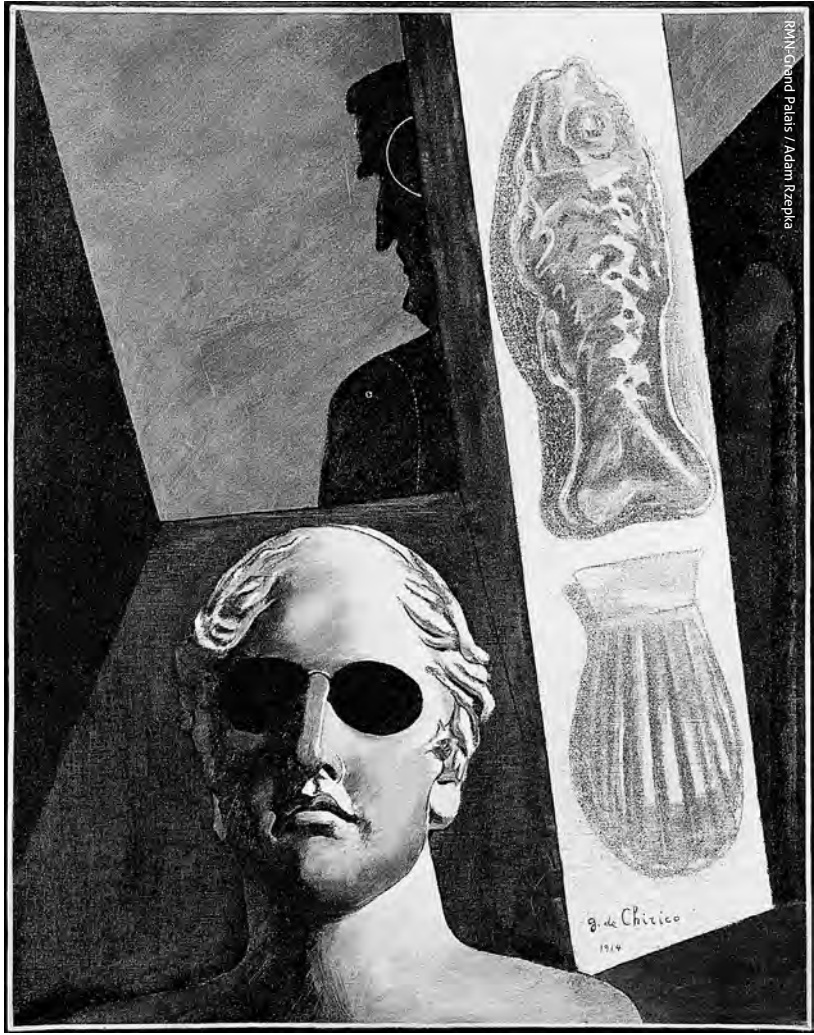
Au sein d’un monde qui plonge dans la folie meurtrière, débute une peinture du retrait, du repli, où se concentrent en vases clos divers objets ordinaires montés ensemble

l’Orangerie conserve aujourd’hui la collection. On prend la mesure de cette dimension métaphysique dès les cimaises de la deuxième salle où se dressent *La Nostalgie de l’infini* et *La Récompense du devin* (1913). Sous un soleil de plomb, prédominent la solitude des signes et le silence des ombres, que sculptent plus ou moins arbitrairement d’antiques architectures mêlées à des éléments modernes. Une citation du peintre rappelle à nous ce mystère immanent à la *physis*, à la nature : « Sur la terre, il y a bien plus d’énigmes dans l’ombre d’un homme qui marche au soleil que dans toutes les religions passées, présentes et futures. » S’ils ne se tenaient en un milieu urbain, de tels paysages désertiques évoqueraient par avance les westerns de Sergio Leone.

Sur une des rares horizontales que comptent ses toiles roule au loin un train à vapeur, présence

symbolique du père décédé en 1905 qui exerçait le métier d’ingénieur ferroviaire. Dans cet environnement quasiment dépeuplé de vie humaine, l’espace évidé rend sensible la moindre chose : une statue d’Ariane assoupie, un buste de femme, aux côtés desquels cohabitent incongrûment quelques artichauts ou une grappe de bananes (*L’Incertitude du poète*, 1913). Comme dans les rêves, l’image ne souffre d’aucune contradiction. Tout peut y prendre place sans hiérarchie aucune. Double et gémellité sont ici choses courantes, comme les zones d’ombre et de lumière. Ainsi en est-il de ces *Deux Sœurs* (1915) réifiées en mannequins ou encore de ce *Vaticinateur* (1914-1915), figure allégorique de l’artiste dont la vision médiumnique fait l’économie de la vue. D’où les lunettes noires arborées au sein du *Portrait (prémonitoire) de Guillaume Apollinaire* (1914) décliné à la fois sous la forme d’une ombre et d’une tête de statue, ou les yeux fermés de ce *Revenant* (1914) qui deviendra la propriété d’André Breton.

Avec l’entrée en guerre de l’Italie en 1915, De Chirico rentre au pays avec l’intention de combattre au sein de l’armée transalpine. Avec son compatriote Carlo Carrà, il sera finalement interné pour troubles nerveux à l’hôpital militaire de Ferrare. Là, au sein d’un monde qui plonge dans la folie meurtrière, débute une peinture du retrait, du repli, où se concentrent en vases clos divers objets ordinaires montés ensemble (cartes géographiques, encadrements, biscuits...). Sur des toiles au format désormais réduit, des fragments de cadres sont empilés les uns sur les autres, dans une violente cacophonie de lignes divergentes qui traduisent le mal-être de l’artiste (*La Nostalgie de l’ingénieur*, 1916). Ainsi déclare-t-il au sujet de ses tableaux ferrarais : « La ruse la plus profonde qui revient des horizons inex-



Portrait (prémonitoire) de Guillaume

Apollinaire, par Giorgio De Chirico, 1914

plorés pour fixer dans la métaphysique éternelle, dans la terrible solitude d’un incompréhensible lyrisme, un biscuit, l’angle formé par deux murs, un dessin qui suggère quelque chose de la nature du monde imbécile et insensé qui nous accompagne dans cette vie ténébreuse ». Contrairement aux grandes étendues de ses débuts, l’espace pictural est à présent saturé, sans issue possible sur le monde extérieur, devenu dès lors illusoire. Aux côtés de ses toiles maladives reposent celles de contemporains italiens réalisées à la même époque : de Carrà bien sûr, mais aussi des natures mortes de Giorgio Morandi et un très bel *Homme au chapeau* (1914) d’Alberto Magnelli. Après quelques toiles exécutées à l’issue de la Grande

Guerre, dont de superbes *Poissons sacrés* (1918-1919) peints à son terme par Chirico, l’exposition s’achève brusquement sur l’année 1918, sans justifier le choix d’une si brève périodisation (1909-1918). Un parti pris malheureusement proche de celui des Surréalistes, qui rejetèrent par la suite sa peinture, au lieu d’essayer de comprendre comment cette peinture métaphysique se renouvelle et traverse les décennies suivantes. ●

Giorgio de Chirico. La peinture métaphysique, Musée de l’Orangerie, Jardin des Tuileries, Paris. Jusqu’au 14 décembre

EXPOSITIONS

Tour patriotique à Berlin

Lucien Kayser

Un tour, des fois près de l’ancien tracé du mur, Prenzlauer Berg et Kreuzberg, pour finir carrément à l’ouest, Charlottenburg

L’évocation comporte sa part de douleur, qui ramène au tout début du siècle. C’est en novembre 2002 que Michel Majerus nous a quittés, âgé de 35 ans seulement, dans l’accident d’avion près de Niederanven. Il allait revoir sa famille à Esch-sur-Alzette, rentrant de Berlin qui était devenue comme une seconde patrie. Aujourd’hui, la famille a gardé ce pied-à-terre, a installé au Knaackstrasse 12, le Michel Majerus Estate, lieu de

mémoire, mais ouvert à d’autres artistes, à des expositions bien sûr en relation avec notre compatriote.

Comme souvent dans les grandes villes, il faut pousser une porte qu’on dira cochère, passer par un couloir, traverser une cour intérieure, pour déboucher à l’endroit où, sur la droite, se suivent deux salles (un bureau ou magasin les côtoie, l’Estate lui-même est instal-

lé au premier étage). En ce moment, pas de véritable dépaysement avec la demi-douzaine de tableaux, de grand format, accrochés aux murs, bien qu’ils ne soient pas de Michel Majerus (mais leur univers enlevé qui nous fait face, colorié, est un vibrant hommage, tellement il est apparenté). D’ailleurs, leur auteur Takashi Murakami le proclame haut et fort, jusque dans le titre de l’exposition (ouverte jusqu’en février 2022) assurée par Tobias Berger : *Michel Majerus Superflat*, associant le nom du disparu au mouvement qu’il a lui-même fondé, et si les deux artistes ont (eu) en commun le croisement des beaux-arts et de la culture pop, cela se fait ici à la japonaise. Murakami a peint ces tableaux les deux dernières années, quand il a découvert l’œuvre de Michel Majerus ; il a été impressionné par sa liberté extrême, autre chose l’a retenu où il a vu encore de la parenté : « Majerus vereinte die Kultur der späten 1980er Jahre, die Gamekultur, den japanischen Pop, alles – aber auf der Oberfläche... Sein Werk ist extrem nüchtern, ganz im Gegensatz zu Anselm Kiefer oder Gerhard Richter. »

Si tout se passe en surface, à fleur de peau picturale, serait-on tenté de dire, cela n’en est que plus virevoltant, entraînant, figures anthropomorphes ou géométriques emportées vivement, inscriptions qui s’imposent avec force. Du Japonais, on connaît les fleurs qui s’épanouissent, les larges sourires, sur les t-shirts, voire les sacs féminins. L’exemple même de la dichotomie, ou symbiose, dont il a été question dans cet art. Il fournit la transition à l’exposition, Künstlerhaus Bethanien, elle est collective, mais c’est Eric Schumacher qui nous a fait faire le chemin à Kreuzberg, pour une installation, *come high go low*, lui a-t-il donné comme titre, voilà pour le rapprochement, il ne va pas au-delà.

Elle est plus large, plus nourrie, plus complexe, que dernièrement dans les salles de la galerie Nosbaum&Reding. Les principes, les matériaux, sont restés les mêmes, mais il existe une orchestration tout autre, plus ample. L’espace est toujours parfaitement structuré, tribut de l’artiste à l’urbanisme, aux villes modernes, mais là-dessus

Eric Schmacher fait de notre visite une succession de découvertes et de surprises

le paysage s’avère très variée, et le visiteur se fait vite un peu comme le piéton, le promeneur, parmi les sculptures qui allient la rigueur et leur rude finesse.

Eric Schumacher, de cette façon, fait de notre visite une succession de découvertes, de surprises, suivant les points de vue qui changent, les regards qui embrassent le tout pour s’attarder aussitôt à un détail, et font naître un sourire aux lèvres pour répondre à l’humour, à la fantaisie des objets assemblés : *Installed together on a grid, the works charmingly point to the man-made and equally random arrangement of the* « unplaces » *that accompany our daily public life.*

Dernière étape, et changement radical de quartier dans ce tour berlinois, étape toujours artistique, mais les œuvres s’y trouvent aux murs d’un restaurant, Leonhardtstrasse 13, et gageons que beaucoup de clients ne se doutent guère que les tableaux renvoient à une vie antérieure (avec quand même de beaux prolongements) de celui qui les accueille avec Heike Kaschny. Œil averti, lui, prend plaisir comme jadis et naguère à se laisser aller au fil des structures répétitives de Luc Wolff ; et le manger n’est pas moins délectable. L’autre soir, il était fait de plats portugais, nonobstant l’enseigne luxembourgeoise du restaurant, de Mauelf. Pour ce qui est du qualificatif élogieux, amplement mérité, on ne manquera pas de l’ajouter après le passage. ●

Künstlerhaus Bethanien, détail de come high go low de Eric Schumacher



Je mehr bio, desto stink

Ines Kurschat

Es liegt was in der Luft, ein ganz besonderer Duft, sang einst eine glockenklare Frauenstimme, um Lust auf einen bestimmten Filterkaffee zu machen. Der Werbesong ist uralte, aber der Duft von leckeren braunen Bohnen als Willkommensgruß ist zeitlos und war stets die Belohnung eines Besuchers, der sich in einem der zahlreichen Cafés oder Bäckereien in der Stadt niederlassen wollen, um gemütlich bei einer Tasse Kaffee die Zeitung zu lesen oder Kontemplation zu betreiben.

Manchmal duftete es in der Stube darüber hinaus nach den soeben dem Backofen entnommenen goldbraunen Hörnchen, wahlweise mit Schokolade oder einfach buttergelb. Zusammen ergab das dieses besondere Frühstücksflair, bevor es in den hektischen Alltag ging. Die Italiener wissen darüber Lieder zu singen und Filme zu drehen.

Das ist vorbei. De facto abgeschafft. Stattdessen, wenn man heute früh morgens ein Café oder eine Bäckerei betritt, wartet direkt hinter der Eingangstür auf einem Tisch eine Flasche, ein Schild mit penetrant rotem Pfeil weist den Besucher/die Besucherin darauf hin, sich vorher die Hände zu desinfizieren, ehe er oder sie sich in die Schlange an der Theke einreihet. Dann geht es an den Tisch, nein, den nicht, denn der ist mit rot-weißen Signalband abgesperrt. Der daneben ist frei, mit einer Plexiglasscheibe vom Nachbarn getrennt.

Das ist als solches ja vernünftig und nachvollziehbar. In Zeiten, wo ein potenziell tödlicher Virus grassiert, muss jede/r zurückstecken und seinen / ihren Beitrag leisten: Sei Teil der Lösung und nicht des Problems, hat der Premier gemahnt. Das wollen wir alle sein, und sei es nur, damit diese ganzen Schutzmaßnahmen und der gefühlte Dauer-Ausnahmezustand endlich ein Ende haben.

Aber, und das ist ein echtes Problem: Warum müssen die Desinfektionssprays so schlimm stinken? Ja, mir fällt kein anderes Wort ein: Da freute man sich, dass man wegen der strengen Hygieneauflagen in Schwimmbad und Fitnesscenter wegen der Abstandsregeln nicht mehr vom lästigen Geruch von Haarspray oder Aftershave belästigt wird – und dann geht es ins Café und man riecht wie eine ganze Billig-Parfümerie. Jeder leckere Geruch von Kaffee und

Kuchen ist überdeckt. Muss das sein? Warum gibt es Desinfektionsgels nur in müßelnder Version?

Wir haben den Test im Bahnhofsviertel gemacht: Die vorgefundenen „Duft“-Noten reichen von Krankenhausgeruch, muffigem Pfirsich bis zu

hochprozentigem, aber abgestandenem Alkohol. Am schlimmsten sind die, die man sich ahnungslos in die Hände spritzt, dann zum Tisch geht, wo

Ein Spender für desinfizieren-des Handgel



die Begleitung naserümpfend meckert: Was ist mit dir los? Hast du das Toilettenspray als Deo benutzt? Angesichts solcher Begrüßungsszenen macht die Variante Alkohol richtig Sinn.

Auch Bio hilft hier nicht. Im Gegensatz zu Seifen und Körperlotionen, wo es immer eine geruchsneutrale Version für Hypersensible gibt, gilt das bei den Handgels nicht: je mehr bio, desto stink. Die Biosprays riechen entweder nach verfaultem (Bio) Obst oder sauer-penetrant. Immerhin hat der Stinkfaktor den sanitären Nebeneffekt, dass frau Cafés beginnt zu vermeiden, quasi eine selbstauferlegte Ausgangssperre – um dem Gel zu entgehen.

Und dann die Konsistenz und die Anwendung: von sämig-seifig, dass es sich wie Spülmittel anfühlt („Sie baden gerade Ihre Hände darin“) bis wässrig-flüssig, dass danach die Hände nass sind. Wie blöd, wenn dann keine Servietten aufzutreiben sind. Wahlweise ist das Gel mit der Hand aufzutragen, wobei man dann eine Falsche anfasst, die Hunderte vor einem in der Hand hatten. Schlauer ist es mit dem Ellbogen oder mit dem Fuß. Das sieht elegant aus, erinnert an einen Treteimer für den Hausmüll und ist zumindest ehrlich: So ähnlich riechen die Hände danach auch.

Wer all das nicht will, dem sei ein Geheimtipp verraten: Es gibt ein Café in einem populären Hauptstadt-Viertel, da haben die Wirtsleute mitgedacht: Wer dort trinken oder speisen will oder nur Zweimeter-Gesellschaft sucht, tritt durch die Eingangstür und steht in einer Zeitmaschinen-ähnlichen Box. Per Knopfdruck strömt Luft aus mehreren Düsen, blaues Licht erstrahlt; angeblich tötet es Bakterien und Viren ab. Das Patent stammt aus Südkorea. Wie es genau wirkt, weiß die freundliche Bedienung nicht zu sagen. Die Reaktionen der Besuchenden seien gemischt: Die einen finden es zu laut und trauen der Chose nicht. Die anderen finden es super, zumindest beim ersten Mal kommt so ein *Beam me up, Scotty-Feeling* auf. Und ehrlich, wer würde sich derzeit nicht an einen anderen virenfreien Ort beamen wollen? Das Beste: Der Virenkiller-*Walkthrough* macht zwar reichlich Lärm, aber er stinkt nicht. ●

Stil

LES PRIS



Gault & Millau

Malgré l'annulation en dernière minute de son traditionnel gala, le guide *Gault & Millau Luxembourg* a présenté ses lauréats pour l'édition 2021. Un palmarès qui surprend peu pour les catégories les plus en vues, mais qui fait la part belle à quelques jeunes (photo : fc). Ainsi, après son titre de Meilleur restaurant de légumes au monde et alors qu'il a opté pour une carte gastronomique cent pour cent végétale, René Mathieu, le chef

de la Distillerie à Bourglinster, reçoit le très convoité titre de Chef de l'année. Le jury a souligné l'optimisme, la générosité et l'engagement du chef, très actif pendant le confinement. Dans son sillage, la récompense pour le jeune chef va à Louis Linster (Restaurant Léa Linster) qui vient de fêter ses trente ans et suit les traces de sa mère dans le restaurant qui porte son nom (voir *d'Land*, 16.10.2020). Au rang des récompenses, et de la jeunesse, on trouve aussi l'excellent Ryodo Kajiwara (Ryodo) comme « Nouveauté remarquable de l'année » ou Nathalie Pham (Two6Two) désignée « Hôtesse de l'année ». Le tout jeune Nathan Roellinger (Maison Lefèvre) remporte le prix du « Sommelier de l'année ». Plus ciblés, le prix du « Méditerranéen de l'Année » va à Renato Favaro (Còmo), celui de la « Pâtisserie de l'année » à Carole Lesquer (La Villa). Enfin,

le Bazaar est nommé « Bar de l'Année » et le Bellamy est le « Pop of the Year ». La Fédération Horesca est récompensée du titre de « Personnalité de l'année » pour ses efforts entrepris pour le secteur. Malgré une année difficile et en dents de scie, les restaurants ont été visités par les inspecteurs du guide et les notes revues. Peu de changements cependant, avec quelques notes en hausse (Jardins d'Anaïs, Léa Linster, Chateau de Clervaux, par exemple) et 18 restaurants et bars qui font leur entrée dans le guide Luxembourg cette année. fc

LA PERSONNALITÉ

François Jagut

Pendant plus de vingt ans, Alain Pierron a veillé aux destinées

de la cuisine du restaurant « Les Roses », au Casino 2000. Voilà qu'il passe le fouet à celui qui a été son chef de partie, puis son second pendant près de quinze ans, François Jagut (photo : Casino 2000). Ce Breton de quarante ans raconte puiser dans ses souvenirs d'enfance quand il voyait sa grand-mère travailler les produits du terroir pour livrer une cuisine contemporaine. Il a



travaillé dans de grandes maisons françaises et a notamment côtoyé Olivier Roellinger et Marc Veyrat, deux grands chefs étoilés français, qui l'ont largement inspiré. Arrivé au Luxembourg en mars 2005 « pour quelques semaines », il restera aux Roses en y grim pant les échelons dans la brigade. Le voilà donc devenu chef exécutif avec Loïck Martinez, jeune chef de 23 ans comme second. S'il suit le style de cuisine de son prédécesseur, François Jagut ajoute sa touche personnelle, notamment en rendant hommage à sa Bretagne natale. C'est ainsi que le homard juste cuit, accompagné de racines travaillées en pickles ou la Saint-Jacques accompagnée de butternut confit et d'un audacieux sorbet au jus de carottes fermentées figurent pour l'instant au menu. Le chef n'oublie pas de s'intéresser au terroir local et valorise ainsi la truite de l'Our avec un chèvre frais ou une glace

au cépes qui accompagne un tube de chocolat fourré d'une ganache à la mûre du meilleur effet. Pour le reste, rien de change aux Roses, ni l'inénarrable sommelier Thierry Corona, ni les pampilles d'un autre temps, ni la traversée des machines à sous pour parvenir au restaurant. Mais après tout, c'est le casino qui permet au restaurant de maintenir – aussi – des prix très attractifs. fc

L'ENDROIT

Simbiosa

Au regret de ne pas pouvoir faire vivre leur site pour événements à la Moselle, l'équipe du Schengener Haff a développé une nouvelle enseigne plus « street food ». Simbiosa a ouvert dans le quartier de la Gare à Luxembourg et surfe

sur la vague des « bowls » et du veggie, avec meubles de seconde main, ampoules à filament et plantes au plafond. Pas d'une folle originalité, mais la volonté de bien faire, avec 80 pour cent de recettes véganes, et de la recherche de qualité pour les viandes et poissons. Le client choisira un des bowls existant (bœuf, tofu ou sashimi, tous à 14,90 euros, quand même) ou créera le sien sur mesure avec une impressionnante liste de protéines, légumes, graines et sauces. Même chose pour les plats de frites (maison), garnies de légumes, fromage, bœuf ou les grosses pommes de terre agrémentées de diverses sauces. On finit avec le plus intéressant : les *rolls* : ces pains briochés généreusement farcis de légumes ou de poisson. Là aussi, le prix (9,50 euros) est très au-dessus de la moyenne des sandwiches, même si on est loin du banal jambon-beurre. fc



land



Placements

Et maintenant ? Penser l'après

Pierre Sorlut

Le nombre de cas de Covid-19 atteint des proportions inégalées. La deuxième vague que l'on redoute depuis le mois d'avril déferle bel et bien. Les hôpitaux parent à l'urgence. On vit la menace sanitaire dans une certaine impuissance. Des gens meurent prématurément. Parallèlement, les États européens, et parmi eux le Luxembourg, se ruinent en stabilisateurs conjoncturels, notamment le très couteux chômage partiel, pour maintenir les économies sous respiration artificielle. Et dans la même impuissance, l'on attend les faillites. Inévitables. Paradoxalement, l'investisseur s'en sort bien. Par l'immobilier, d'abord. Tous les trimestres, le prix au mètre carré bat des records. Les finances des restaurants, hôtels, commerces, de l'événementiel sont exsangues, mais l'on se presse pour acheter de la pierre. Les prix continuent de grimper quand la vie dans les rues se meurt. Pense-t-on que le fléau n'est que temporaire ? Sûrement. C'est en tout cas ce que les marchés ont acté. Très vite, les bourses des pays développés ont réparé la destruction de valeur du mois de mars. Les fonds domiciliés au Luxembourg le révèlent à l'échelle locale.

Les marchés se sont redressés, mais l'économie réelle est affectée comme jamais depuis la Deuxième Guerre mondiale. La finance ne sert-elle pas avant tout à financer les entreprises et l'économie réelle ? Oui, mais les marchés bénéficient surtout là de l'interventionnisme des banques centrales qui rachètent les titres et injectent des liquidités. L'argent ne manque donc pas aux entreprises cotées et à ceux qui paient dessus. On s'en félicite pour tous les gens qui comptent

sur ces placements pour leur retraite. Mais comme les instituts monétaires sont prêts à tout pour garantir la stabilité des marchés financiers, en ressort une sorte d'aléa moral des plus injustes qui fait que ceux qui ont de l'argent en excès sont sûrs de gagner au casino boursier. Alors que les autres restent sur le bas-côté. Au fond, ce qui dérange le plus dans ce contexte, c'est que les gens et les entreprises qui ont des sous ne peuvent ni dépenser (du fait des restrictions multiples) ni investir (par manque de visibilité). Confinements et restrictions conduisent à de l'épargne forcée.

On regrette que le canal de transmission monétaire soit obstrué et que les États ne soient pas davantage aidés pour juguler les conséquences du Covid-19. Les contribuables, notamment les Européens (qui investissent assez peu en Bourse) seront condamnés à payer les dettes accumulées au cours de cette crise si la BCE ne revient pas sur son obstination à refuser toute annulation, même partielle et exceptionnelle, de la dette souveraine. Le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), nous dit-même que l'hypothèse n'a jamais été envisagée au cours des eurogroupes et ecofin. Manque d'ambition ? Manque de courage ? Excès de croyance en l'orthodoxie monétaire ? Ou mutisme contraint pour ne pas exciter les cours de bourse ? Des gens plus proches de l'économie et plus libres de parole, comme Michel Wurth localement (clairement pas le plus excentrique des économistes), regardent cette éventualité de l'annulation de la dette avec intérêt pour que, le fossé qui se creuse ne devienne une tranchée.

Index

23

La pierre en vert et contre tout

L'immobilier continue d'attirer les investisseurs malgré les changements réglementaires
Pierre Sorlut

24-25

« On avait un trou dans le gruyère »

Le ministre des Finances Pierre Gramegna dit avoir réparé les injustices fiscales et détaille l'engagement budgétaire dans le vert
Interview : Pierre Sorlut

26

Die Zeit der Hortung ist gekommen

Die Deutschen stecken das Geld vermehrt in Girokonten und Aktien, Immobilien und Gold
Martin Ebner

27

À la recherche d'une méthodologie

L'engagement environnemental, sociétal et de gouvernance est mal cerné, parfois aliéné
Georges Canto

28

"No red alert in Luxembourg"

Professor Koulovatianos explores the characteristics of the Covid-19 crisis and its potential national implications
Interview : Pierre Sorlut

DÉCOUVREZ L'OFFRE DE PLACEMENTS DURABLES LA PLUS COMPLÈTE.

Pour plus d'informations, rendez vous sur [raiffeisen.lu](https://www.raiffeisen.lu)

LA BANQUE QUI APPARTIENT À SES MEMBRES

Banque Raiffeisen, société coopérative



Raiffeisen

Coordination : Pierre Sorlut
Photos : Sven Becker

La pierre en vert et contre tout

Pierre Surlut

L’immobilier luxembourgeois garde l’intérêt des investisseurs malgré des changements réglementaires limitant son rendement financier

15,7 pour cent sur un an pour les appartements existants du deuxième trimestre 2019 au deuxième trimestre 2020. 16,7 pour le neuf, selon les chiffres de l’Observatoire de l’habitat. La progression impressionne d’autant plus qu’elle a été ponctuée d’un gel des transactions pendant six semaines, Covid-19 et confinement obligent entre mars et mai. La crise économique, matérialisée au Grand-Duché par la perspective de la chute de sept pour cent du PIB à la fin de l’année ne ralentit pas les acquéreurs. « On dit toujours qu’on a atteint un maximum. Qu’on est dans une bulle. Que ça va exploser. Ça fait 25 ans qu’on l’attend », explique Andrea Rossi, directeur de la banque des particuliers chez ING. Mais l’immobilier conserve un intérêt indéniable et la crise ne le limite pas vraiment. Le Luxembourg est le deuxième pays européen ayant connu la plus forte croissance des prix immobiliers durant la dernière décennie. Selon Eurostat, les prix ont augmenté de 85,8 pour cent depuis 2010. Seule l’Estonie fait mieux, ou pire selon, avec un doublement des valeurs (100,5 pour cent exactement). La moyenne de la zone euro s’établit elle à 25 pour cent (les prix ont baissé en Grèce, en Italie, en Espagne et à Chypre). L’office statistique européen informe en outre que le Grand-Duché a connu la plus forte augmentation des prix de l’immobilier en Europe au deuxième trimestre, une période caractérisée par le confinement et le début de la crise économique. Les prix ont grimpé de 4,4 pour cent par rapport au trimestre précédent en plein Covid-19. La moyenne de l’UE se limite à 1,5 pour cent.

Sur le marché national, structurellement en forte tension du fait d’un manque d’offre par rapport à la demande, les investisseurs concurrencent ceux qui cherchent un logement. Et la concurrence est faussée. Des déductions fiscales, dites de l’amortissement pour usure, donnent un avantage à celui qui place son argent. Cette injustice alimente en outre la hausse de l’immobilier. L’investisseur est prêt à payer plus cher pour revenir sur son investissement a posteriori avec des déductions de revenus auxquelles celui qui habite le bien n’a pas accès. Dans une logique de *Steiergerechtegkeit* et de politique de logement durable, le gouvernement propose, dans son projet de budget 2021, de modifier les règles de l’amortissement. Aujourd’hui six pour cent de la valeur d’un bien de moins de six ans sont amortissables pendant six années. L’acquéreur-investisseur d’un appartement neuf acheté 800 000 euros peut déduire annuellement de ses revenus pendant six ans 38 400 euros. Cette somme correspond à six pour cent de la valeur du bien, en l’espèce la construction, exception faite du terrain, dont on estime la valeur à vingt pour cent du total. Si l’appartement avait plus de six ans, alors la déduction s’élèverait autour de 12 800 euros (pour la compréhension, on n’ajoute pas les autres dépenses déductibles comme les frais d’obtention) puisque le taux s’établit ensuite à deux pour cent.

Core vs periphery

Les services du ministre des Finances Pierre Gramegna (DP) veulent ramener le taux d’amortissement à cinq pour cent durant cinq ans pour les logements neufs, dans la mesure où la somme des valeurs à la base du calcul ne dépasse pas un million d’euros. Au-delà, le taux d’amortissement accéléré est de quatre pour cent. Une nouvelle douceur fiscale est en outre introduite : un taux accéléré d’amortissement de six pour cent pour dix ans pour les dépenses effectuées dans le cadre d’une rénovation énergétique. Pour le banquier d’ING Andrea Rossi, il est « un peu tôt pour évaluer les conséquences » de ces propositions sur l’investissement immobilier. Mais l’intéressé considère que compte tenu de la nature du marché, ces mesures n’empêcheront pas de gagner de l’argent dans la pierre. « On est confiants. Les clients continuent à acheter », explique Andrea Rossi. « L’investisseur conserve son intérêt » malgré la crise, l’augmentation des

« Demain si on a un immeuble avec des chambres on trouvera un investisseur, c’est sûr et certain »

Roby Cluyssen, JLL

prix et les futures mesures fiscales, confirme Roby Cluyssen, responsable du département « Résidentiel » chez le conseiller immobilier JLL. Même s’il s’attend à « un impact » et à perdre un petit argument de vente. Le Luxembourg reste un marché « sûr » : « Le risque de l’investisseur est très très faible aujourd’hui », commente Roby Cluyssen.

Les possibilités de rendement demeurent à court et long termes. « Rien n’a fondamentalement changé », poursuit le spécialiste qui révèle toutefois de nouvelles tendances. Les investisseurs ne sont plus concentrés que sur le *core*, à savoir le centre-ville. Des zones périphériques génèrent de l’intérêt, notamment Strassen, Mamer ou Capellen, pour se placer à proximité du futur tracé du tramway. Différence, Esch ou Belval, où les tickets d’entrée sont moins élevés, bénéficient aussi d’un gain d’intérêt. Les investisseurs ne privilégient plus forcément le neuf, constate aussi Roby Cluyssen. Est-ce dû aux primes dites *clever* du plan *Nei Start* qui apportent des aides à ceux qui veulent améliorer la performance énergétique de leur(s) bien(s) ? Ou bien est-ce la perspective du nouvel amortissement accéléré écologique ? Dur à dire pour le directeur de JLL.

Mais le *must*, c’est la colocation, explique Roby Cluyssen. Ce mode de logement permet à l’investisseur des rendements plus élevés. « On achète une maison unifamiliale avec des espaces communs ou un appartement deux-trois chambres. Et on essaie de trouver des gens qui travaillent dans la même société, » détaille-t-il. Un appartement de trois chambres rapporte davantage lorsqu’il est saucissonné en trois locataires que loué à une seule famille. Trois loyers rapportent dans cet exemple théorique 2 100 euros. Un seul 1 800. Via la colocation, la rentabilité croît avec le nombre de mètres carrés. C’est le chemin inverse pour une location classique. Ce type de logement intéresse particulièrement les jeunes auditeurs des *Big Four* et l’entrepreneuse Carole Caspari en a fait son modèle d’affaires avec Altea et sa plateforme *furnished.lu* (Land, 24.05.2019), qui compte un portefeuille de 800 chambres meublées. *Reporter.lu* explique d’ailleurs ce mois-ci que la qualification fiscale de ses revenus fait l’objet d’un débat devant les juridictions administratives. Carole Caspari considère qu’il s’agit de la gestion de son patrimoine privé, le fisc d’une activité commerciale, écrit le média en ligne.

Chassé-croisé

Qui sont les investisseurs de l’immobilier résidentiel au Luxembourg ? Roby Cluyssen évoque une grande variété de profils, un mélange de locaux et d’étrangers. Ces derniers expriment un désir d’investir dans des capitales, mais ils sont limités dans leur choix car des villes comme Bruxelles ou Amsterdam plafonnent en termes de rendement. Les in-

vestisseurs particuliers belges s’intéressent au Grand-Duché pour son potentiel. Des *family offices* se positionnent pour leurs clients. « Ils achètent des immeubles entiers avec un budget de 25 à trente millions d’euros », informe le directeur de JLL. Eaglestone a vendu deux programmes neufs à Hollerich et Bonnevoie à deux familles belges pour vingt millions d’euros l’unité. « Demain si on a un immeuble avec des chambres on trouvera un investisseur, c’est sûr et certain », assure Roby Cluyssen, y compris en dehors de la capitale, conformément à la volonté gouvernementale de désengorger le centre et de multiplier les pôles d’attractivité.

Pour plusieurs raisons aussi, l’investissement immobilier s’opère depuis le Grand-Duché au dehors des frontières. À la Bil, le responsable de

la banque privée pour les clients résidents, Raoul Stefanetti, défend d’abord l’intérêt de la diversification géographique des actifs. Un client disposant d’un patrimoine de trois millions d’euros trouvera via un investissement de quelque 125 000 euros (apport minimum) dans un *Raif* (Reserved alternative Investment fund), la possibilité de mitiger son risque marché, en termes de région, mais aussi de classe d’actif (résidentiel ou bureau). Alors que la part d’investissement dans la pierre ne doit peser que pour dix ou vingt pour cent des actifs selon une croyance partagée chez les gérants de fonds, les portefeuilles des investisseurs locaux sont souvent surexposés à l’immobilier local (du fait d’une accumulation incrémentale de patrimoine et d’un renchérissement naturel et continu du foncier). Raoul Stefanetti indique en outre que la crise apporte son

lot de « bonnes affaires » dans les principales capitales européennes, comme Londres ou Paris, avec des sociétés « distressed » qui cherchent à se débarrasser promptement d’immobilier à fort potentiel, en termes de rendement locatif et de plus-value à terme.

Bien sûr, l’investissement en actions doit compléter le portefeuille d’investissement, rappellent en chœur les conseillers financiers. Chez BCEE Asset Management, le directeur Carlo Stronck souligne que les banques centrales soutiennent les marchés coûte que coûte. « Il faut continuer à investir », assure-t-il. Le gérant de fonds croit dur comme fer qu’un placement bien diversifié sur le marché actions à quatre ou cinq ans fructifiera davantage qu’un compte épargne. ●



Des family offices achètent des immeubles entiers pour le compte de leurs clients



Rue de la
Congrégation, le
ministre des
Finances Pierre
Gramegna espère
avoir trouvé la
pièce manquante à
l'édifice fiscal
entourant
l'investissement
immobilier

« On avait un trou dans le gruyère »

Interview : Pierre Sorlut

Le ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), explique comment le projet de budget fait la part belle au vert, moins à la pierre

D'Lëtzebuurger Land : Monsieur Gramegna, vous avez présenté le budget voilà deux semaines. À côté des dépenses pour juguler la crise du Covid-19, vous revendiquez un investissement résolu dans la durabilité. Est-ce que vous voulez faire valoir une opportunité dans un contexte difficile ?

Pierre Gramegna : J'aime beaucoup cette manière de poser la question. Dans chaque difficulté il y a des opportunités. Cela peut sembler relativement banal, quand on a un déficit très important comme on aura cette année, de trouver quelque chose de positif. Dans une crise comme la pandémie que nous traversons, et avec les conséquences économiques et financières qu'elle pose, il convient de réfléchir un peu plus profondément. Comme je l'ai dit en conclusion de mon discours, les climatosceptiques ont été les grandes victimes collatérales de la pandémie.

Pourquoi dites-vous cela ?

On a bien vu que lorsque l'on ferme au moins partiellement les économies, la planète se porte mieux. Pas besoin d'épiloguer. C'est un fait. Cela nous encourage tous pour dire qu'on ne va pas repartir exactement sur le même pied. En faisant les mêmes erreurs ou en évitant de repenser les modèles économiques. La durabilité de l'économie ou plutôt sa soutenabilité, pour ajouter une dimension sociale, il faut en tenir compte. On a toute une série de mesures pour cela dans le projet de budget.

Notamment une taxe d'abonnement réduite sur les fonds d'investissement durables...

Un dispositif très clairement vert. On voulait agir en faveur des fonds d'investissement soutenables. C'est vite dit, mais ce n'est pas facile à faire. L'UE nous a heureusement facilité les choses... même si les négociations entre nous à 27 ont été difficiles, nous nous sommes mis d'accord sur la taxonomie. On a un cadre de référence européen qui pose des critères à retenir. Ça c'est la première chose.

Quelle est la deuxième ?

On a 4 700 milliards d'euros sous gestion au Luxembourg. Mis à part quelques fonds très très pointus et spécialisés, la plupart d'entre eux ne se sont pas posé la question de savoir s'ils ont des caractéristiques d'investissements qui remplissent les critères ou pas. Dans le modèle qu'on a imaginé, la taxe d'abonnement baisse de cinq points de base à un point de base, en proportion de l'augmentation des investissements verts. Le maximum de réduction qu'on peut avoir c'est à partir de cinquante pour cent. Si le fonds d'investissement remplit les critères sur ces cinquante pour cent, alors il ne paie qu'un point de base sur cette moitié des actifs. Si le fonds investit cent pour cent dans du durable, il payera un point de base sur

le tout. L'idée est d'encourager les entreprises qui n'avaient pas ça comme critère de l'intégrer et, deuxièmement, plus elles font évoluer leurs investissements, plus elles peuvent en bénéficier. C'est une approche dynamique.

C'est bigrement compliqué...

Oui. On a l'impression que c'est vraiment lourd comme système. Il faut désigner, justifier... Mais les entreprises devront le faire de toute façon si elles veulent se donner un label d'investissement vert. Elles auront toujours une obligation de reporting, de faire une déclaration a posteriori qui démontre qu'elles ont investi comme elles l'avaient annoncé. Faire ce reporting permettra de gagner la réduction sur la taxe d'abonnement.

Cela implique des compétences. Envisagez-vous des retombées positives de ces nouvelles réglementations intégrant le concept de durabilité ?

C'est un bon exemple de ce qu'on peut faire. Nous avons en tant qu'État choisi un emprunt soutenable aussi. C'est le même raisonnement. On s'engage au début à respecter un cadre, le cadre européen, la taxonomie, mais aussi les principes de l'Icma (International Capital Market Association), plus le respect des objectifs de développement durable des Nations Unies. Ceci est le cadre qu'on se donne. L'argent qu'on emprunte sera investi exclusivement à ces fins et on aura une obligation de reporting en tant qu'État. C'est un changement de fonctionnement général qui est en train de se mettre en

« Au Luxembourg, investir dans la pierre, c'est un des investissements les plus lucratifs qui soit »



place. Il ne suffit pas de faire de belles déclarations. Il faut aussi démontrer ce qu'on avait promis et aussi faire le bilan énergétique.

Faut-il attendre d'autres mesures pour les prochaines années pour favoriser le développement d'une place financière durable ?

En nous donnant ce cadre pour les obligations durables début septembre nous avons déjà posé les jalons. Nous avons été les premiers à l'utiliser, mais c'est un cadre auquel pourront se rattacher tous ceux qui veulent émettre des obligations soutenables, vertes ou sociales. Nous nous sommes donné un instrument. Ce qui a eu le plus de visibilité, c'est peut-être l'emprunt, mais l'instrument d'encadrement est encore plus important.

Mais au niveau des incitatifs fiscaux, envisagez-vous d'autres instruments pour attirer de nouveaux acteurs de la finance durable ?

Ce que nous avons aussi c'est le Luxembourg Green Exchange. Une plateforme d'échange sur laquelle on retrouve plus de la moitié des obligations durables du monde. Elles se développent très vite. Nous sommes en octobre, ont été émises en cette année particulière cinquante pour cent d'obligations durables de plus qu'en 2019. Et la marge de progression est énorme. L'année dernière, moins de cinq pour cent des obligations qui ont été émises par les entreprises ou les États étaient durables. On peut faire beaucoup plus. Pour la place, c'est fondamental.

Pour autant l'Association des banques et banquiers dit dans sa newsletter que le budget 2021 manque de mesures spécifiques pour la transition énergétique et digitale. Qu'est-ce que vous répondez à cela ?

Je pense qu'on a pris certaines mesures cette fois-ci. Par exemple, l'introduction d'un amortissement de six pour cent pour les investissements des particuliers dans la rénovation énergétique de l'immobilier locatif. Le fait que pour la TVA, vous puissiez bénéficier du taux super réduit de trois pour cent dès dix ans après la construction (au lieu de vingt ans) pour une rénovation. Ce sont des mesures fiscales qui sont rattachées à la politique du logement. Où on a aussi des critères de maison passive... On voit que les mesures fiscales, les mesures pour le logement, les mesures pour la finance soutenable se complètent.

Oui, mais l'investissement immobilier devient moins intéressant. Est-ce que c'est une volonté de privilégier le vert à la pierre ?

Le changement de règle sur l'amortissement accéléré de l'investissement immobilier locatif complète effectivement le cadre. On avait un amortissement accéléré de six pour cent sur six ans et on passe à quatre pour cent sur cinq ans au-dessus d'un million d'euros. Pour le petit investisseur, le citoyen qui détient un patrimoine immobi-

lier dont la somme des amortissements ne dépasse pas un million d'euros, le taux est de cinq pour cent sur cinq ans. Les détracteurs de cette mesure disent qu'on rend l'investissement dans l'immobilier moins attractif parce qu'on peut moins déduire.

D'autres diront que c'est plus juste...

Oui aussi, mais il faut regarder le contexte dans lequel a été prise la mesure en 2002. On voulait faire en sorte que l'investissement immobilier soit très attractif pour que le secteur privé investisse énormément dans le logement pour augmenter l'offre. Celle-ci a augmenté, mais pas assez. Après 18 ans, si la mesure avait créé un miracle, ça se saurait. En plus, six pour cent, à l'époque quand les taux d'intérêt tournaient autour de cinq pour cent, vous pouviez dire que c'était un taux proche de celui qu'on paie sur l'emprunt. Maintenant on est à un pour cent. Cette mesure est devenue financièrement beaucoup plus attractive encore. Avec un tel écart de taux d'intérêt, on aurait dû avoir une explosion de l'offre. Cela n'a pas été le cas. Voilà pourquoi il fallait changer. Puis fondamentalement, aujourd'hui, au Luxembourg, investir dans la pierre, c'est un des investissements les plus lucratifs qui soit. Très bien. Mais en même temps les investisseurs en quête de bon placement vont chiper des logements à des primo-acquéreurs. Et cela favorise l'augmentation des prix immobiliers. Donc un cercle vicieux. C'est une mesure, peut être en tout premier lieu, destinée à réduire la course des prix.

Revenons au budget. Les stabilisateurs conjoncturels coutent cher. Et leur nécessité pourrait se prolonger au-delà de 2020. On se dirigerait vers un scénario défavorable. Comment le ministre des Finances envisage-t-il cette perspective ?

Nous avons reçu le feu vert de la Commission européenne pour prolonger la mesure de chômage partiel et d'autres comme les aides aux entreprises. Donc on va travailler sur les modalités dans les prochaines semaines. Il faut savoir que le fonds de relance et de solidarité pour les secteurs les plus touchés (restauration, tourisme, événementiel, hôtellerie et culture) est mis en place pour six mois. C'est en fait complètement contraire aux règles de la concurrence. La Commission vient de nous dire, vu la deuxième vague, qu'on pourra travailler là-dessus. On amendera éventuellement le budget pour tenir compte de ces ajustements.

Quelle est la marge de manœuvre budgétaire ?

On aura un déficit de cinq milliards d'euros cette année. C'est énorme. On aurait dû avoir des comptes à l'équilibre. L'année prochaine, on divise le déficit en deux s'il n'y a pas une nouvelle fermeture des économies à l'échelle européenne. Disons que le gros des mesures est quand même sur cette année, avec une partie sur l'année prochaine, ce qui crée bien sûr une certaine incertitude. On

« Les investisseurs en quête de bon placement vont chiper des logements à des primo-acquéreurs »

s'est endetté, oui, à peu près cinq pour cent de notre richesse, c'est beaucoup, mais par rapport aux autres pays européens, nous avons une proportion des plus basses. L'endettement allemand était au-dessous de soixante pour cent. Il va passer à 75 pour cent. Nous on part de 22-23 pour cent. On va arriver à 28. L'année prochaine à 29. La marge de manœuvre elle sert à ce niveau-là avec une grosse incertitude sur l'année prochaine. On n'annonce pas des réformes fiscales générales alors qu'on n'a absolument pas de visibilité. Mais on a quand même une vingtaine de mesures ponctuelles cette année, réparties dans quatre-cinq catégories que sont notamment équité sociale et compétitivité, soutenabilité, logement et environnement. Les impacts budgétaires dans un sens et dans l'autre sont relativement raisonnables. Quand on parle d'une réforme ou d'une modernisation de la fiscalité, ce sont des enjeux et des montants beaucoup plus grands, que ce soit positif ou négatif. Il y a déjà des personnes qui sont favorables à l'augmentation de la pression fiscale, d'autres pour à un relâchement afin de favoriser la croissance. Par rapport à ces deux extrêmes, mieux vaut avoir du calme et de la prévisibilité.

Vous évoquez la justice fiscale. Au sujet de la réforme de la fiscalité des fonds d'investissement spécialisés. N'y aura-t-il pas des difficultés techniques à mettre en place ce prélèvement obligatoire de vingt pour cent, par exemple si les biens luxembourgeois partent dans un fonds irlandais ?

Ce point précis de la réforme a été plus complexe à élaborer qu'on ne le pense. J'ai été beaucoup critiqué parce que, depuis deux ans, on demandait quand cela allait arriver. Nous avons beaucoup travaillé sur le sujet et sommes arrivés à une conclusion relativement simple. Avec ce changement nous mettons fin à des abus évidents. Les FIS n'ont pas été faits pour ça (être utilisé par des investisseurs locaux pour défiscaliser location et plus-value, ndlr). Des gens judicieux ont utilisé cette structure qui était précieuse pour la boîte à outils de la place financière. Le raisonnement est très simple. En principe les pays imposent les plus-values sur les immeubles et les loyers. Le Luxembourg ne l'avait pas fait dans ce cas précis, même

si les fonds d'investissement étrangers détenant des biens immobiliers au Luxembourg étaient bien évidemment déjà soumis à une imposition. C'est pour ça qu'on avait un trou dans le gruyère. Or on a le droit de taxer l'immeuble luxembourgeois, loyers et plus-values, qui se trouve dans un véhicule fonds d'investissement spécialisé luxembourgeois.

Comment cela va-t-il s'organiser ?

Par cet artifice des FIS, il y a eu une exclusion qu'on répare. Dans la loi, on prévoit que ceux qui détiennent des immeubles au Luxembourg à travers des fonds sont obligés de le signaler à l'ACD. On a retourné le problème en disant, les personnes physiques signalent les immeubles dans les déclarations fiscales tous les ans. Les fonds auront l'obligation de signaler qu'ils détiennent des immeubles luxembourgeois.

Au niveau européen enfin, à l'eurogroupe ou à l'ecofin. Quelle est la teneur de la discussion, notamment vis à vis de l'action de la BCE ? Christine Lagarde rejetait encore la semaine passée la monétisation de la dette, mais une annulation partielle n'est-elle pas envisagée ?

Ce sujet n'a pas été évoqué de quelque manière que ce soit à l'ecofin ou à l'eurogroupe. Que ce soit très clair. Ça n'a même jamais été sous-jacent dans la discussion.

C'est un axe de discussion pourtant...

Certes. J'en évoque un autre, par la bande, dans certaines de mes interventions : On a mis le pacte de stabilité entre parenthèses pour 2020 et 2021. Très bien. Mais il va falloir se poser la question de savoir comment il doit être mis en place à la sortie, si on doit y mettre des bémols et des dièses. Comme on est en plein dans la deuxième vague, ce n'est peut-être pas le moment. Après un ou deux ans de pandémie, on regardera l'état des finances publiques de tous les pays membres et la réalité toute crue sera assez différente de l'époque avant Covid.

Vous discutiez déjà des réformes de l'UEM avant le Covid-19...

Je suis retombé sur un de mes tweets dans lequel je disais qu'il faudrait, dans le pacte de stabilité, considérer les investissements de manière différente des dépenses courantes. J'y tiens, je l'ai déjà dit. C'est tombé longtemps dans l'oreille de sourds. En 2008 on a renforcé la discipline budgétaire. On avait peur pour la stabilité financière, pour la santé des banques, etc. Mais un euro investi dans une route, un rail ou un satellite est traité de la même manière que des dépenses courantes. Et ce n'est pas bien. Parce que le déficit d'investissement de l'Europe, on ne l'a jamais rattrapé depuis 2008. Il faut encourager l'investissement. ●

Die Zeit der Hortung ist gekommen

Martin Ebner

Wohin mit dem Geld, wenn alles geschlossen ist?
Die Deutschen stecken es vermehrt in Girokonten und Aktien, Immobilien und Gold



Sparkasse und D-Mark: Viele Deutsche legen jetzt noch mehr Geld auf Sparkonten

Die Deutschen wirtschaften wie die Eichhörnchen, meint der Ökonom Daniel Stelter: fleißig, aber auch ein bisschen doof – daher gehörten sie „zu den Ärmsten in Europa“. Die Nagetiere verbuddeln unermüdlich Nüsse, finden sie dann aber oft nicht wieder. Die Deutschen exportieren erfolgreich Autos und Maschinen, aber keine andere Nation lege „ihre Ersparnisse so schlecht an“, kritisiert Stelter. Im Jahr 2017 hatte jedenfalls ein deutscher Haushalt ein Vermögen von im Schnitt nur 241 300 Euro, während es zum Beispiel die Spanier trotz hoher Arbeitslosigkeit auf 273 600 Euro brachten. Wobei diese Durchschnittszahl durch einige wenige Milliardäre noch geschönt wird. Der Median-Wert offenbart: Die ärmste Hälfte der deutschen Haushalte blieb unter 60 800 Euro, während sogar die ruinierten Griechen immerhin 65 100 Euro schafften. Begründet wird das Hinterherhinken damit, dass die Deutschen bislang relativ wenig Aktien und Immobilien besitzen.

Höhere Sparquote Ob sie nun die Nullzinsen ausgleichen wollen, wegen Corona weniger konsumieren oder mehr Zukunftsangst als ohnehin schon haben: Viele Deutsche horten jetzt noch mehr Geld auf Bankkonten. Laut einer Studie, die der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) zum Weltspartag veröffentlicht hat, wird die Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland dieses Jahr voraussichtlich auf rund 15 Prozent steigen. In den vergangenen Jahren waren jeweils zwischen 10,1 und 10,8 Prozent des verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante gelegt worden. Andreas Martin, Vorstandsmitglied des BVR, erläutert: „Der massive Anstieg des Sparens ist ein Corona-Sondereffekt. Ausgefallene Urlaubsreisen und verschobene Autokäufe werden nur allmählich nachgeholt.“ Erst nach 2021 rechnet der BVR mit einem Rückgang der Sparquote auf wieder rund elf Prozent.

Mehr Spargroschen Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank ist das Nettogeldvermögen der deutschen Privathaushalte im ersten Quartal 2020 deutlich gefallen: um 142 Milliarden auf 4 447 Milliarden Euro. Der Grund dafür waren „erhebliche Bewertungsverluste“ an den Börsen, vor allem bei Aktien und sonstigen Anteilsrechten (minus 101 Milliarden) und bei Investmentfonds (minus 83 Milliarden). Das reine Sparen dagegen, die „transaktionsbedingte Geldvermögensbildung“, erreichte „per saldo mit rund 90 Milliarden Euro einen historischen Höchstwert“.

Im zweiten Quartal 2020 stellte die Bundesbank dann wieder eine „deutliche Steigerung beim Geldvermögen der privaten Haushalte“ fest: Insgesamt wuchs es um 253 Milliarden, beziehungsweise vier Prozent bis Ende Juni auf den neuen Rekordwert von 6 630 Milliarden Euro. Das Nettogeldvermögen nach Abzug der Schulden stieg um 236 Milliarden auf 4 722 Milliarden Euro. Die „transaktionsbedingte Geldvermögensbildung“ erreichte mit einem Saldo von 109 Milliarden Euro schon wieder „einen historischen Höchstwert“. Besonders die Zuflüsse in Bargeld und Sichteinlagen wuchsen: plus 72 Milliarden. Die Anlagen in Sparbücher und Sparbriefe wurden „weniger reduziert als im Vorquartal“. Als „treibende Kraft“ sieht die Bundesbank besonders die Bewertungsgewinne von Aktien (plus 74 Milliarden) und Investmentfonds (plus 64 Milliarden). Die deutschen Privathaushalte freuten sich nicht nur über ihre Kursgewinne, sondern investierten auch vermehrt: in Aktien netto gut sechs Milliarden, in andere Beteiligungen zehn Milliarden und in Investmentfonds 13 Milliarden.

Mehr Aktien Im Gegensatz zu früheren Krisenzeiten zogen sich die Deutschen diesmal nicht von den Börsen zurück, ganz im Gegenteil: Broker und Direktbanken kamen zeitweise mit der Eröffnung neuer Depots schier nicht nach. Der Frankfurter Broker Flatex zum Beispiel, der den Broker Degiro übernommen hat, gibt an, in diesem Jahr bereits 350 000 neue Kunden gewonnen und seinen Gewinn im ersten Halbjahr um 116 Prozent gesteigert zu haben. Nach einer Erhebung des Marktforschungsunternehmens Kantar im Auftrag der Postbank wagten sich 3,2 Prozent der Befragten zum ersten Mal an eine Geldanlage in Aktien; 7,2 Prozent kauften mehr Wertpapiere als bisher. Am beliebtesten waren dabei Aktien (62 %), vor ETFs (39,8 %) und Investmentfonds (22,2%). Als Sparziele wurden vor allem „Rücklagen für unerwartete Ausgaben“ (39,5 %) und „Altersvorsorge“ (36,6 %) genannt, weit vor „Erwerb von Wohneigentum“ (12,5%), „Autokauf“ (11,6%) oder „Rücklagen für Kinder“ (10%). Knapp 13 Prozent der Befragten gaben allerdings an, überhaupt nichts sparen zu können oder wollen.

Der *Allianz Global Wealth Report 2020*, der Ende September veröffentlicht wurde, bestätigt, dass die Deutschen im Vergleich zu anderen Industrienationen nicht besonders reich sind. Ende 2019 lagen

sie mit einem Geldvermögen von pro Kopf rund 57 100 Euro auf Platz 18, zum Beispiel hinter Frankreich (63 381 Euro), Belgien (94 804 Euro) und den Niederlanden (114 287 Euro). Es gebe zwar immer mehr deutsche Millionäre, die Mittelschicht aber „schafft wenig Wohlstand“ – die Hälfte der Haushalte habe weniger als 18 000 Euro Finanzreserven.

Mehr Diversifizierung Von „stupid German money“ mit „home bias“ könne dagegen keine Rede mehr sein, finden die Analysten der Allianz. Die deutschen Anleger seien „besser als ihr Ruf“: Aktien machten zwar immer noch nur 5,6 Prozent ihres Finanzvermögens aus, aber in den letzten sechs Jahren hätten sie 5,8 Prozent ihrer frischen Ersparnisse direkt im Aktienmarkt investiert – mehr als traditionelle Börsen-Fans wie Amerikaner oder Franzosen. Dabei investierten die Deutschen überwiegend in ausländische Aktien (54%), weshalb der Anteil nicht-deutscher Aktien in ihren Portfolios seit 2013 von 25 auf 38 Prozent gestiegen sei. Eine kluge und erfolgreiche Auswahl: Der Wert dieser Auslandsaktien sei um 65 Prozent gestiegen, während der Weltaktienindex MSCI World in der gleichen Zeit nur um 42 Prozent zugelegt habe. Das könnte man allerdings auch negativ sehen: Deutsche Investoren wenden sich zunehmend von dem Land ab, das sie vermutlich am besten kennen – und machen anderswo mehr Geld.

Mehr Beton Der größte Posten im Gesamtvermögen ist nach wie vor immobil: Ende 2018 hatten die Deutschen von einem privaten Sachvermögen von schätzungsweise 8,66 Billionen ungefähr 4,73 Billionen Euro in Gebäuden und Grundstücken stecken. Ende 2019 zählte das Statistische Bundesamt 42,5 Millionen Wohnungen, davon 53,5 Prozent zur Miete. Nach einer Studie der Firma Interhyp, die Baufinanzierungen vermittelt, hat Corona den „Run auf Immobilien nicht gestoppt“. Trotz „temporärer Preisrückgänge“ sei der durchschnittliche Kaufpreis von 403 000 Euro im Jahr 2019 bis Ende Juni 2020 um sieben Prozent auf 434 000 Euro gestiegen, der Quadratmeterpreis im Schnitt um sechs Prozent auf 3 330 Euro. Nach Zahlen des Immobiliendienstleisters CBRE wurden im ersten Halbjahr 2020 rund 41,8 Milliarden Euro im deutschen Immobilienmarkt investiert, 34 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Davon seien auf das schwächere zweite Quartal nur 13,6 Milliarden Euro entfallen: Die Investoren sei-

Aktien machen zwar nach wie vor nur einen kleinen Teil des Finanzvermögens der Deutschen aus. Doch in den letzten sechs Jahren investierten sie mehr im Aktienmarkt als Amerikaner und Franzosen

en bei einzelnen Asset-Klassen vorsichtiger geworden, zum Beispiel bei Hotels.

Mehr Gold Ungebrochen ist dagegen der Drang zur traditionellen Inflationsvorsorge Edelmetall. Händler meldeten im ersten Halbjahr lange Lieferzeiten, und einzelne Münzen, etwa Krügerrands, waren zeitweise ausverkauft. Nach Schätzungen der Reisebank kauften deutsche Privathaushalte bereits von 2016 bis 2019 rund 220 Tonnen Gold. Angeblich besitzen nun 26 Millionen Deutsche zusammen rund 8 900 Tonnen, davon über 4 900 Tonnen Münzen und Barren. Der World Gold Council konstatiert ebenfalls, dass kein anderes Land so viel in Gold investiert: Im ersten Halbjahr 2020 sollen die Deutschen für 4,4 Milliarden Euro 83 Tonnen Goldbarren und Goldmünzen gekauft haben, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 120 Prozent. Prepper empfehlen in Traktaten wie „Gold vergraben, aber richtig“, diese Schätze nicht zu Hause oder im Bankschließfach aufzubewahren, sondern zu verstecken. Vielleicht finden sie dann ja die Eichhörnchen. ●

Am liebsten unverzinst

Geldvermögen der deutschen Haushalte seit 1999

Privates Geldvermögen	31.03.1999	31.12.2019	31.03.2020
insgesamt (Mrd. Euro):	3 147,7	6 465,4	6 337,2
davon (Anteile in Prozent):			
Bargeld, Sichteinlagen	9,60	27,37	28,52
Sparbücher, Sparbriefe	29,11	12,81	12,84
Lebens- und Rentenversch.	28,36	36,06	37,16
Aktien	15,90	10,88	9,73
Investmentfonds	8,75	10,52	9,53

Quelle: Zeitreihen der Deutschen Bundesbank laut [tagesgeldvergleich.de](https://www.tagesgeldvergleich.de). Wegen veränderter Berechnungsmethoden sind die Zahlen zum zweiten Quartal 2020 nicht mit den älteren Statistiken vergleichbar.

Dass Sparbücher, einst die beliebteste Geldanlage, keine Zinsen mehr bringen, hat sich durchaus zu den Deutschen herumgesprochen: Der Anteil ihres so „angelegten“ Geldes ist seit 1999 um 55 Prozent gesunken. Trotzdem machen Bargeld und Bankeinlagen immer noch rund 41 Prozent des gesamten Geldvermögens aus: mehr als 2,6 Billionen unverzinsten Euro. Ansonsten investieren die Deutschen vor allem in vermeintlich sichere Lebens- und Rentenversicherungen, de facto also überwiegend in Euro-Anleihen: rund 37 Prozent ihres Geldvermögens – ein Zuwachs von 31 Prozent, beziehungsweise 1 112,80 Milliarden Euro. Der Anteil des in Aktien angelegten Geldes ist in den letzten 20 Jahren um 38 Prozent gesunken – allerdings vom Tiefpunkt im Finanzkrisen-Jahr 2009 wieder um 13 Prozent gestiegen. Am stärksten ist jedoch der Anteil von Bargeld und Sichteinlagen gewachsen: um satte 197 Prozent, in absoluten Zahlen ein Anstieg um 1 259,7 Milliarden Euro.

Von Ende 2019 bis Ende März 2020 ist das Geldvermögen insgesamt zurückgegangen, besonders wegen des Einbruchs bei Wertpapieren. Ansonsten haben sich die bestehenden Trends verstärkt: Die Deutschen stecken noch mehr Geld in Versicherungen und lassen noch mehr Guthaben auf Girokonten. Ende Juni 2020 hatten die Deutschen 2 443 Milliarden Euro in Lebensversicherungen investiert, 1 882 Milliarden auf Girokonten oder als Bargeld, 811 Milliarden Termingeld und Spareinlagen, für 794 Milliarden Aktien, für 666 Milliarden Investmentfonds und für 115 Milliarden Schuldverschreibungen. 30 Milliarden sind in der Rubrik „Sonstiges“ verzeichnet. ●

À la recherche d'une méthodologie

Georges Canto

L'engagement environnemental, sociétal et de gouvernance (ESG) des entreprises est mal cerné, parfois aliéné



Le voile se lève peu à peu sur les critères environnementaux, sociaux et de gouvernance

Connaissez-vous ConocoPhillips ? Cette société américaine, cotée à Wall Street, présente la particularité de bénéficier de la note AA, soit la deuxième sur une échelle de sept, attribuée par MSCI au titre de son engagement ESG (environnemental, social et de gouvernance) et a même gagné un rang depuis 2019. Or, il s'agit d'une entreprise pétrolière dont le siège est à Houston au Texas ! Vous avez peut-être, il y a quelques années, pris de l'essence dans les stations-services Jet qu'elle possédait en Europe. Son rating flatteur lui vaut de figurer dans le portefeuille des deux principaux gérants d'actifs mondiaux, réputés pour leur intransigeance sur le respect des critères ESG. Le cas n'est pas isolé, au point que dans un article publié fin septembre 2020 sur le site suisse Allnews, les experts britanniques Andrew Cave et Baillie Gifford se demandent si « les notations ESG ont vraiment du sens ». Comme on l'imagine leur réponse était négative pour trois raisons.

La première tient à la grande diversité des thèmes ESG. Les auteurs s'interrogent ainsi sur « le poids accordé aux droits des salariés et aux impacts environnementaux par rapport aux dispositions en matière de gouvernance et à la politique fiscale » et estiment que lorsque des thèmes aussi différents sont agrégés dans une seule notation « d'importants aspects sous-jacents sont occultés ». En deuxième lieu, comme il est difficile d'évaluer une entreprise du point de vue de l'utilité de ses produits et de l'impact de ses activités sur les personnes et l'environnement, « les agences de notation ont tendance à n'identifier que les risques ESG » alors qu'une analyse pertinente devrait également prendre en compte les avantages ESG « par exemple

perso» des notes attribuées au conglomérat Berkshire Hathaway de Warren Buffett. Au contraire, en matière d'obligations, « les différences de notations entre les agences sont davantage l'exception que la norme ». Les autorités ont fini par s'en émouvoir car elles y voient un frein possible à la progression des investissements ESG, alors même que les produits financiers se multiplient pour répondre à une demande croissante, qui s'est même renforcée depuis la crise sanitaire. Selon la *Global Sustainable Investment Alliance*, les actifs « gérés durablement » s'élevaient à 30 600 milliards de dollars en 2018, un montant encore modeste par rapport au total mais en hausse de 38 pour cent en deux ans, en raison de l'engouement des investisseurs de toute nature : selon un article du magazine *Forbes*, les trois-quarts des épargnants dans le monde souhaitent mettre en phase leurs placements avec leurs valeurs et leur éthique. Les dirigeants d'entreprise ne sont pas en reste, notamment outre-Atlantique où selon une étude de Deloitte 63 pour cent d'entre eux déclaraient que « l'amélioration de la société » était un objectif supérieur à « générer des profits ». De fait, plus de 25 pour cent des sociétés cotées en bourse dans le monde sont désormais mesurées et notées ESG, la plus grande partie se situant aux États-Unis où 26 pour cent des investissements sont orientés ESG.

Mais dans son édition 2020 des *Perspectives sur l'entreprise et la finance* parue le 29 septembre, largement consacrée à l'investissement ESG, l'OCDE reconnaît que « les acteurs du marché manquent encore de données pertinentes, comparables et vérifiables pour procéder aux vérifications requises, gérer les risques et mesurer les retombées ». Une situation d'autant plus contrariante que « l'utilisation de l'analyse ESG est en passe de devenir l'un des principaux outils permettant aux investisseurs de gérer toutes sortes de risques non financiers, des expositions au carbone aux violations des droits humains » selon Greg Medcraft, de la Direction des entreprises et des affaires financières à l'OCDE. De plus selon le *Panorama des pensions*, publié par la même organisation le 26 mai 2020, révèle la prise en compte croissante des facteurs ESG dans les portefeuilles des fonds de pension, des

caisses de retraite et des assureurs. Ces investisseurs institutionnels recourent de façon importante à des données ESG externes fournies par de nombreux prestataires de services, alors que pour G. Medcraft, « les pratiques actuelles ne donnent pas au marché les informations dont il a besoin ».

Le rapport pointe encore une fois la dispersion des notations, peu surprenante dans la mesure où il existe plus de mille indices ESG et où d'autres sont en préparation. Ce foisonnement pourrait inciter certaines entreprises à faire jouer la concurrence pour choisir le « fournisseur d'indices qui convient le mieux à leur discours ESG ». Le document admet également « un biais implicite de notation ESG » en faveur des grandes entreprises et des marchés plus grands et avancés, ce qui pourrait affecter la bonne allocation du capital au détriment des autres entreprises. Ces problèmes de qualité des données et en conséquence les résultats parfois surprenants des analyses et des notations, peuvent finir par altérer la confiance des investisseurs qui « doivent disposer des outils et des informations nécessaires », notamment pour évaluer les risques et mesurer l'impact des actions entreprises. C'est pourquoi, selon l'OCDE, « les pouvoirs publics et les régulateurs doivent d'urgence s'employer ensemble à améliorer les données utilisées dans le cadre des investissements ESG » le plus urgent étant l'élaboration d'un

ensemble commun de principes et lignes directrices à l'échelle mondiale.

Deux axes se dégagent. D'un côté donner un cadre plus cohérent, et éventuellement plus contraignant, aux obligations d'information des sociétés. Actuellement leur communication avec leurs actionnaires actuels et potentiels « au sujet de leurs décisions, stratégies et critères de performance en lien avec les facteurs ESG » n'est pas satisfaisante, de sorte que les investisseurs ont du mal à comprendre comment leur épargne est ou sera utilisée. Malgré le coût qu'elle peut représenter la divulgation de leurs performances ESG revêt désormais une importance aussi grande que celle de leurs résultats financiers. Dans ce domaine les autorités de contrôle des marchés peuvent jouer un rôle-clé en invitant les sociétés cotées à plus de pertinence et de clarté au niveau des dispositifs de remontée d'informations ESG, car d'après le rapport même les conseils d'administration n'obtiennent pas nécessairement les données leur permettant de « gérer les risques ESG d'une manière qui favorise la création de valeur à long terme ». La récompense de leurs efforts en la matière sera la possibilité d'attirer plus facilement des financements à un coût compétitif « reflétant pleinement les facteurs ESG ».

Par ailleurs, un travail important devra être fait dans les agences de notation, dont les différentes méthodologies manquent globalement de transparence. Il existe peu d'indicateurs largement acceptés, cohérents, comparables et vérifiables sur lesquels fonder les évaluations. En pratique, cela signifie comme on l'a vu qu'une entreprise peut obtenir un score ESG élevé auprès d'un prestataire de services, mais beaucoup plus faible auprès d'un autre. Ici la tâche sera sans doute plus difficile car l'engouement pour l'ESG a provoqué la naissance d'un important business de la « notation verte », d'autant plus florissant que faute d'un cadre méthodologique contraignant il était facile de se différencier des concurrents. Faire « rentrer dans le rang » les centaines d'acteurs de ce fructueux marché est une vraie gageure. ●

ACQUISITIONS | SALES | RENTALS | VALUATIONS | INSURANCE | REAL ESTATE CONSULTING

DO YOU WANT
YOUR SALE OR RENTAL
TO CLOSE SUCCESSFULLY?

GET STARTED WITH
A REALISTIC VALUATION *
OF YOUR PROPERTY.

OUR VALUATIONS ARE ACCURATE & RELIABLE,
FREE & NON-BINDING. NO OVER-, NO UNDERRATING.
NO DECEPTIVE CLIENT PITCHING. NO STORYTELLING.
NO BULLSHIT ASSESSMENTS.

PAUL FABECK
OWNER & FOUNDER

BRICKS REAL ESTATE SOLUTIONS
SOLUTIONS IMMOBILIERES
EXCELLENCE IN REAL ESTATE

2, PLACE DE NANCY | L-2212 LUXEMBOURG | T: 26 44 11 61 | INFO@BRICKS.LU | WWW.BRICKS.LU

“No red alert in Luxembourg”

Interview : Pierre Sorlut

Professor Christos Koulovatianos (Uni.lu) explores the characteristics of the Covid-19 crisis and its potential national implications



Les rues commerçantes de Luxembourg-Ville lors de la braderie

D’Lëtzebuurger Land: At what stage of the crisis are we standing? Is it a U, V, √, W, VW, WW, WWW?

Christos Koulovatianos : Please, allow me to add the letter L to this alphabet soup, the possibility of an absolute GDP drop that can be persistent for longer than a decade. Letter L has been the experience of the Greek economy after the 2008 crisis, the worst known economic outcome during peace times, exceeding the deep and prolonged “U” of Indonesia from 1997 to 2007 (Asian crisis).

What about Europe then?

In Europe, most governments had late responses to the emergence of the covid-19 pandemic, experiencing longer and often less effective lockdowns. In addition, these lockdown responses have not been coordinated across EU member states. More importantly, different EU members have quite diverse structural economic features and fiscal resilience. The 2008 financial crisis exacerbated these differences among EU member states, which persist to date. For example, Greece, Italy and Portugal have very high fiscal debt/GDP ratios and their economies have high or substantial dependence on services exports like tourism. Now EU countries are in the second covid-19 wave, but more prepared to flatten the curve of intensive-care bed use. Yet, economic activity cannot be as vibrant. With the hope of covid-19 vaccines on the horizon, and taking into account the diverse features among EU members, I would say that EU-core economies are likely to experience V shapes (V’s with longer time-span than this of China), and EU periphery countries are likely to experience U shapes, depending on the percentage of company bankruptcies. In my opinion, core EU countries, like Luxembourg, are already climbing the recovery leg of the V shape. Periphery countries may stay down for a while. Economics Nobel laureate Bengt Holmström has a recent study with statistical evidence on strong seasonality of covid-19. According to this study, the virus may become a bigger challenge for Europe this winter. Therefore, W shapes (with less deep peak-through second-wave legs), are possible, too.

There’s no L scenario then?

For the periphery countries, I do not predict an L shape. Yet, I want to emphasize that we must be alert in order to fully prevent any L shapes, especially for the large economy of Italy. In December 2020, investors must be prepared to hear dreadful debt/GDP-ratio numbers for EU periphery countries. The investor response to these announcements of official statistics by Eurostat should be calm, because the European Stability Mechanism (ESM) has put enough money on the table for dealing with high fiscal debts. Continued coordination among EU member states on securing these funds is important. More coordination among EU member states even on the lockdown strategies seems also important to me.

Is there a way out of this?

We must take a big lesson from China : investments. The covid-19 crisis gives us time to build new things. As ECB Governor Christine Lagarde has emphasized, it is time to speed up building our Green Investments in the EU. I think this direction is correct. With so low interest rates, boosting a publicly funded component of Green Investments is likely to stimulate various private investments in the EU. Such a cross-country EU policy would be quite beneficial for Luxembourg, the home of EIB and a place where private Green Investments already flourish. Therefore, the government of Luxembourg should promote this Green-Investments EU economic policy through its external-affairs experts and politicians.

Is this crisis comparable to any other in history?

All past crises had different causes. Yet, all crises can teach us a lot about today’s situation and risks. In severe crisis, a period of dysfunctional banking has similar effects to these of heart attacks on the human body. Dysfunctional banks block central channels of private funds to productive investments, leading to misallocation of resources, such as unnecessary company bankruptcies and very high unemployment. Most academic research by economists on covid-19 has focused on seeking lessons from the Spanish flu pandemic of 1918, which had four successive in-

« It is however too early to feel totally safe or relaxed »

fection waves and many similarities to the covid-19 pandemic shock (up to the two first waves, so far). However, the fact that the First-World War was ending around 1918, does not allow us to assess the economic impact of the 1918 Spanish flu pandemic: it is difficult to separate the economic effects of war from the economic effects of the pandemic.

So far the banking sector has not been affected.

The covid-19 crisis is, thankfully, not similar to the severe 1929 and 2008 crises, because the banking sector is not directly involved. This non-direct involvement of banks means that the crisis does not have a systemic-risk component, a shock within the heart of the economic system. The covid-19 shock is an external shock, that obliges us to cease production temporarily, avoiding systemic risks through fiscal borrowing of some funds from the future. Nevertheless, it has been just twelve years after the 2008 crisis, and many western economies have accumulated quite high fiscal debt. Because bank regulation since 2010 has created balance-sheet buffers, my feeling is that banks will be resilient until a covid-19 vaccine slows down the pandemic. Yet, we must be concerned with highly indebted EU periphery states. EU member states should understand these fiscal risks and coordinate through optimally managing ESM funds.

What does the research in finance say?

While all crises are unique, there are common features and common lessons. All crises arrive as unexpected shocks, increasing the level of uncertainty, increasing the “unknown unknowns” factor. For example, in the summer of 2020, investors were not sure if there would be a covid-19 vaccine before a second wave, or the other way around. This additional uncertainty discourages investments. Yet, investments are the most crucial engines of a recovery. We therefore need to apply our policy lessons for stimulating investment. Today, thanks to the development of decision theory through robotics, we have a better understanding of decision-making and asset pricing under “unknown unknowns”. In addition, we live in times of developed financial markets, being able to measure the effects of this uncertainty through the outcomes of derivatives markets, such as the progression of the VIX index. Such measurements, combined with model simulations, tell us that big shocks, such as the covid-19 pandemic and lockdowns, can lead to misallocations. In the past few months, economists rapidly developed economic models of the pandemic (“SIR” models with forward-looking markets), incorporating the impact of lockdown expectations on asset pricing. These models can estimate the possibility of private-market failures that can lead to crises and serve as laboratories for assessing the role of fiscal and monetary policies.

Aren’t we approaching a contamination on the financial system?

I am happy to say that, so far, our data does not point at red alerts in Luxembourg. Nevertheless, it is too early to feel totally safe or relaxed. We are analyzing several databases, connecting many dots. The FNR-funded “Mortgage” project examines the potential impact of covid-19 on nonperforming mortgage loans, developing similar diagnostics to these used by medical doctors. The “Mortgage” team focuses on spotting socioeconomic groups that are likely to be

stressed by mortgage obligations during a covid-19 shock, studying the economic interactions of these socioeconomic groups with the rest of the economy. It examines the pre- and post-covid-19 evolution of incomes in households with different occupations, linking these income changes to the home ownership profiles and loan-to-value ratios of these households. A highly specialized group from the University of Luxembourg collaborates with top Statec researchers in order to link data from new Statec surveys with past data from several databases. This task helps us measure quantitative differences across groups of households with different qualitative characteristics. Together with my PhD student, Maksim Nezhelskii, I am working on a simulated model that targets putting this detailed picture together through a model of different forward-looking households that trade assets, consumption goods, buy houses on mortgage loans, and service these loans.

What does the model say?

Importantly, house prices in this model are affected by the pressure that covid-19 lockdowns put on them. The model serves as a laboratory for studying two key issues. First, the model serves as a “stress test” laboratory, trying to spot households that might financially “collapse” first, due to covid-19 lockdown pressure or lack of sufficient government subsidies. Such unlucky households sell their houses at cheap prices, in order to survive financially (fire sales). Other households that are more unlucky may default on their mortgages (non-performing loans). Such a process, may lead to a big drop in house prices in the model. A big drop in house prices may affect the loan to value ratios in banks, putting pressure on the balance sheets of banks. So far, our simulations predict small slowdowns in house prices in Luxembourg. Yet, the model has the ability to detect conditions that may lead to a big drop in housing prices early. Second, the model serves as a policy laboratory, evaluating whether government policies for preventing the crisis have been sufficient, or whether there are better policies to be implemented in the future.

What would you look at as an investor in terms of economic aggregates?

Let me emphasize up front that the effects of lockdowns on the economy, are not a balanced aggregate shock. In our services-oriented economy, the lockdowns did not affect persons who could work from home as much as other persons in more social professions, such as restaurant owners, or hairdressers, etc. This simple example tells us that examining aggregates will not offer a complete or safe picture. Some aggregates can alert us to “elephants in the dark room”. Key problematic aggregates are fiscal debt/GDP ratios, non-performing loans of banks, stock prices of banks, and the relation of such aggregates to private investment and consumption of mostly durable goods (such as houses or cars). Yet, I must alert investors that, during the covid-19 crisis, the key is the evolution of these aggregates, not the observed levels of these variables at a given point in time. Having Eurostat announcing enormous debt/GDP ratios in this coming December, should not cause panic. The pandemic wave will pass, and a V-shape, even a U-shape GDP progression will improve such numbers vastly. Nevertheless, I would recommend hedging against investments in high fiscal-debt/GDP-ratio countries, keeping an eye on their banking sectors and on the EU policies announced for ensuring these countries through EU funds. Such announcements can turn investments in such countries into an opportunity after the covid-19 crisis. ●



Christos Koulovatianos, professor in the department of Finance at the

University of Luxembourg, is also part of the Research Covid-19 Taskforce

That’s an economic forecast then...

Predictions are very difficult, but I will attempt one. Let us start from the hands-on experience of China: a quick V shape within one year. China’s approach to the covid-19 crisis was early and drastic lockdowns, taking deep economic losses in the beginning, but enabling a quick restart of its industrial economy. The Chinese data released on October 19, 2020, reveal another key feature: capital formation, investment, fueled most of the Chinese recovery. This investment was largely triggered by fiscal policies stimulating bank lending. Hoping that this data is accurate, China’s recovery is very good news for the global economy. Few other economic regions in the world have the structural economic features of China and fewer implemented China’s covid-19 policies. I therefore doubt whether we will see such an impressive recovery forming letters like V or W within such a short time-span elsewhere.